

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Wilmont Haacke  
Staat, Gesellschaft  
und politische Zeitschrift

Dieter Lattmann  
Die Intellektuellen  
und die Politik

Christian Graf von Krockow  
Reform  
als politisches Prinzip

B 9/76

28. Februar 1976



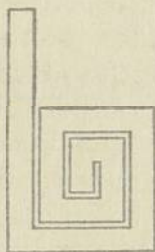
Wilmont Haacke, Dr. phil., geb. 1911 in Monschau, o. Professor (em.) für Publizistik an der Universität Göttingen; 1934 bis 1939 redaktionelle Mitarbeit u. a. am European Herald und Berliner Tageblatt; seither wissenschaftliche Lehr- und Forschungstätigkeit an den Universitäten Prag, Freiburg, Mainz, Münster und Göttingen; Mitherausgeber der Zeitschrift „Publizistik“.

Veröffentlichungen u. a.: Julius Rodenberg und die Deutsche Rundschau, Heidelberg 1950; Handbuch des Feuilletons, 3 Bde., Emsdetten 1951—53; Die Zeitschrift, Schrift der Zeit, Essen 1962; Publizistik. Elemente und Probleme, Essen 1962; Die politische Zeitschrift 1665—1965, Bd. 1 Stuttgart 1968, Bd. 2 in Vorbereitung; Publizistik und Gesellschaft, Stuttgart 1970. Herausgeber mehrerer Feuilleton-Sammlungen.

Dieter Lattmann, geb. 1926 in Potsdam; seit 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages, tätig im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft und stellvertretend im Auswärtigen Ausschuß sowie im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung; seit Januar 1975 Vorsitzender der SPD-Arbeitsgruppe Kultursozialpolitik; Mitbegründer des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) e. V. und dessen erster Bundesvorsitzender.

Christian Graf von Krockow, geb. 1927; bis 1969 o. ö. Professor für Politikwissenschaft, zuletzt in Frankfurt a. M.; seither freier Wissenschaftler und Publizist.

Neuere Bücher u. a.: Nationalismus als deutsches Problem, München 1974<sup>2</sup>; Soziale Kontrolle und autoritäre Gewalt, München 1971; Sport und Industriegesellschaft, München 1974<sup>2</sup>; Sport — Eine Soziologie und Philosophie des Leistungsprinzips, Hamburg 1974; Mexiko — Wirtschaft, Politik, Gesellschaft, Kultur, München 1974.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:  
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.



## Staat, Gesellschaft und politische Zeitschrift

Die politische Zeitschrift wird heute von vielen Zeitgenossen gegenüber den Möglichkeiten moderner Massenkommunikationsmittel als ein etwas altmodisches Medium gewertet; das geschriebene Wort, der schriftliche Diskurs muten im Vergleich zur optischen Raum- und Zeitraffertechnik beispielsweise des Fernsehens als eine beinahe atavistische, jedenfalls weniger effektive Form der Vermittlung an. Daher ist es kein Wunder, daß die mit der „Anstrengung des Gedankens“ zusammenhängende Mühe des Schreibens von Jahr zu Jahr weniger geschätzt wird — das gilt zumindest von gewissen Leserschaften. Das Zurückgehen der Auflagenziffern bei den kultur-politischen Zeitschriften und die somit eintöniger werdende publizistische Landschaft kontrastiert nur scheinbar mit der anhaltenden Aufwärtsentwicklung auf dem Markt der Publikums- oder gar der Fachzeitschriften<sup>1)</sup>. Tatsächlich stehen beide Tendenzen in einer gewissen Wechselbeziehung: Der verstärkten Hinwendung zur fachlich-speziellen Sehweise der Daseinserscheinungen entspricht die zunehmende Skepsis (oder gar Unfähigkeit?) gegenüber einer universalen Perspektive. Welche Erklärung gibt es dafür? Es kann zusammenhängen mit Resignation, die sich angesichts unübersehbar und zumeist unbeeinflussbar gewordener Probleme der Welt einstellt. Daraus resultiert der Wunsch, sich stärker denn je in die privaten Sphären der vertrauten, d. h. noch überschaubaren Umgebung zurückzuziehen.

Dergleichen Verängstigungen, die mitunter zu Fluchtversuchen vor der gegebenen Freiheit und ihrer Öffentlichkeit führen, erfahren derzeit unter dem Schlagwort „Tendenzwende“ eine Art gesellschaftlicher Rehabilitierung. Dennoch sollten solche verständlichen Schwächeerscheinungen nicht zu einem Epilog auf zeitkritisches Denken und Schreiben jeglicher Herkunft führen. Das gewiß als vorübergehend anzusehende geistig-politische Intervall sei um so intensiver für eine Bestandsaufnahme all dessen genutzt, was über die Jahrhunderte hin als „Schrift der Zeit“ oft einen entschiedenen Widerspruch gegen die

Zeit bedeutete. Es sollte zu bedenken bleiben, daß die jederzeit auf Fortschritt pochenden politischen Zeitschriften häufig, kaum veröffentlicht, schon verboten oder zumindest eingeeignet worden sind. Von der publizistikwissenschaftlichen Forschung abermals aufgeschlagen, trägt das Erinnern an sie wesentlich dazu bei, das stets schwierige Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Öffentlichkeit, ja „Öffentlicher Meinung“ zu klären.

Von Hans-Joachim Schoeps stammt die Beobachtung, daß für die Gewinnung eines zeittypischen Gesellschaftsbildes das Studium der Zeitschriften aufschlußreicher noch als das der Tagesblätter sein könne. In einem Forschungsbericht über die erregenden letzten Monate der Weimarer Republik, wie sie sich im Reflex der führenden politischen Zeitschriften an der Wendemarke zwischen zwei einander ablösenden Epochen abzeichnen, hat Schoeps konstatiert, daß sogar eine nur nachträglich vorgenommene Lektüre verschiedener „profilierter Zeitschriften zu perspektivischem Denken“ zwingt<sup>2)</sup>. Gerade diese gehaltreichen Periodika vergleichend zu lesen und ihre diversen Auslegungen der gleichen Geschehnisse zu überprüfen, erlaube es, die geschichtliche Entwicklung „von wechselnden politischen Positionen anzusehen“. In dieser Hinsicht hat Schoeps Gedanken neu belebt, wie sie Jahrzehnte zuvor Martin Spahn den Historikern in seinem Aufsatz „Die Presse als Quelle der neuesten Geschichte“ ans Herz legte<sup>3)</sup>. Allerdings sind sie seinem Rat seither nur allzu selten gefolgt. Welch anregende Gedankengänge für ein sinnvolles Aktualisieren der publizistischen Medien durch die ihnen gewidmete Wissenschaft! In der Tat erlaubt es das Analysieren von Inhalt und Form politischer Zeitschriften, zu gültiger geistesgeschichtlicher Darstellung komplizierter gesellschaftlicher Zusammenhänge vorzudringen.

<sup>2)</sup> Hans-Joachim Schoeps, Das letzte Vierteljahr der Weimarer Republik im Zeitschriftenecho, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 7. Jg., 1956, S. 464—472.

<sup>3)</sup> Martin Spahn, Die Presse als Quelle der neuesten Geschichte und ihre gegenwärtigen Benutzungsmöglichkeiten, in: Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik, 2. Jg. 1908, Nr. 37 und 38 (S. 1163 ff. und 1202 ff.)

<sup>1)</sup> Wilmont Haacke, Ohne Zeitschriftenkultur — keine Kulturzeitschriften, in: Der Journalist, Januar 1976, Nr. 1, S. 26—27.



# I. Zur Differenzierung von Zeitung und Zeitschrift

Eingangs gilt es zu fragen: Erstens, in welchem Status befindet sich die Zeitschriftenforschung überhaupt? Zweitens, wieweit ist speziell die politische Zeitschrift bisher erforscht worden? In aller Kürze bleibt zu antworten, daß Zeitungskunde, Zeitungswissenschaft, ja selbst die der Publizistik gewidmete Wissenschaftsdisziplin die Zeitschrift von jeher gegenüber der Zeitung vernachlässigt haben. Im Sinne geistes- und kulturgeschichtlicher Erkenntnis erscheint das als beklagenswert. Obendrein wendet sich seit geraumer Zeit die im wesentlichen durch amerikanische Autoren und Methoden beeinflusste analytisch-empirische Kommunikationsforschung fast ausschließlich den moderneren Massenmedien zu<sup>4)</sup>. Daraus resultiert die Gefahr, daß das traditionsbelastete Medium ‚politische Zeitschrift‘ weiterhin übersehen wird.

Ihre eigenartige politische Bedeutung liegt darin, daß sie von Beginn an ein Instrument der Meinungsbildung gewesen ist, durch das sich einzelne an Gruppen, dann auch über diese an Vielheiten gewandt haben. Das solche Einsichten neuartiger sind, als man vermuten könnte, ergibt sich aus einer kritischen Rückschau in die raren Vorleistungen zur Erhellung der Genealogie der politischen Zeitschrift. Beispielsweise ist in Schlözers an der Universität Göttingen Jahrzehnte hindurch gehaltenen Zeitungskollegs von Zeitschriften in Unterscheidung zu Zeitungen niemals die Rede gewesen. Eindeutig geht das aus den 1777 gedruckten Aufzeichnungen über die Vorlesung hervor, welche den Titel trug: „Entwurf zu einem Reise-Collegio, nebst einer Anzeige seines Zeitungs-Collegii“<sup>5)</sup>. Der Staatsrechtler Schlözer hat den Studenten die Lektüre der Zeitungen des In- und Auslandes als eine ihr politisches Wissen erweiternde Lektüre empfohlen. Damals nahmen sie seinen Rat ernst, zumal er nicht nur als Professor, sondern vor allem als Zeitschriftengründer und -herausgeber einen Namen in Europa erlangt hatte. Als Historiker und Systematiker der Kommunikationsmittel seiner Zeit wie als Theoretiker ihrer Wirkung bleibt Schlözer nach wie vor des Konsultierens wert. Doch

zwischen Zeitungen und Zeitschriften zu differenzieren, das hat er nicht versucht. Nach einer solchen unbedingt notwendigen Sondierung ist in keinem der während des Rationalismus an zahlreichen Hohen Schulen — seinerzeit zumeist im Rahmen der Disziplin Kameralistik und Statistik — gelesenen Pressekollegs gefragt worden<sup>6)</sup>.

Haben sich denn Zeitungen und Zeitschriften nicht von Beginn an nach Absicht und Aufmachung durchaus deutlich unterschieden?

Inhaltlich entsprachen die ersten Wochenzeitungen — in geschlossenen Jahrgängen nachweisbar seit 1609 — voll und ganz der Benennung ‚Zeitung‘<sup>7)</sup>. „Zytung“ hieß nie mehr und nie weniger als Nachricht. Die Fülle der Ereignisse des Dreißigjährigen Krieges ließ sie Nachrichten, d. h. Zeitungen, publizieren. Diese sensationellen „Zytungen“ waren es, welche die Zeitungen seit Beginn des 17. Jahrhunderts zu einer den informationshungrigen Menschen unentbehrlichen Zeitkost werden ließen. Als dann ein halbes Jahrhundert später die ersten Zeitschriften auf die Welt kamen, hatten sie ihren späteren Namen eigentlich von Anbeginn verdient. Waren sie doch nach Inhalt und Form sogleich das, was sie unter äußeren wie inneren Variationen bis zur Gegenwart geblieben sind. Gänzlich anderer Natur als die Zeitungen präsentierten sie sich als Schriften der Zeit<sup>8)</sup>. Aufklärung verbreitend, traten sie als gedruckte Niederschriften der Zeit, zur und über die Zeit auf. Der Aufklärung folgend und aus ihr folgernd, verwandelten sie Aufschreie in Aufschriften, in Schlagworte und Schlagzeilen gegen den verhaßten Absolutismus.

Dennoch sind die beiden einander von Beginn bis zur Gegenwart ebenso innig verwandten wie höchst gegensätzlichen Medien der Kommunikation von ihren wissenschaftlichen Be-

4) Wilmont Haacke, Probleme der Kommunikationsforschung innerhalb der Publizistikwissenschaft, in: Publizistik und Gesellschaft, Stuttgart 1970, S. 114 bis 129.

5) Entwurf zu einem Reise-Collegio von A. L. Schlözer, Prof. in Göttingen, nebst einer Anzeige seines Zeitungs-Collegii von A. L. Schlözer, Professor in Göttingen, 1777, in: Publizistik, 10. Jg., 1965, H. 4 (Kirchner-Festschrift), S. 504—514.

6) Walter Schöne, Zeitungswesen und Statistik, Jena 1924; ferner: Otto Groth, Die Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft. Probleme und Methoden, München 1948.

7) Vgl. Walter Schöne (Hrsg.), Die Relation des Jahres 1609, Leipzig 1940 (= Die deutsche Zeitung im ersten Jahrhundert ihres Bestehens, 1609—1700); Die deutsche Zeitung des 17. Jahrhunderts in Abbildungen, Leipzig 1950; Die deutsche Zeitung (= „Die deutsche Zeitung im ersten Jahrhundert ihres Bestehens“, 1609—1700); Wo erschien die älteste gedruckte Zeitung? Leipzig 1940 (= Forschungsberichte zur Geschichte des Pressewesens, H. 1).

8) Wilmont Haacke, Die Zeitschrift — Schrift der Zeit, Essen 1961.



obachten erst im 20. Jahrhundert exakt auseinandergehalten worden. Weder in den zeitungskundlichen Kollektionen des 18. noch in den zeitungswissenschaftlichen Kompilationen des 19. Jahrhunderts war man um begriffliches Abgrenzen zwischen Zeitung und Zeitschrift bemüht. Dieser Mißstand mag verursacht haben, daß unangebrachte Verwechslungen zwischen Zeitung und Zeitschrift sich bis in jüngste Forschungen hineinziehen. Damit ist nur eines der mannigfachen Probleme angedeutet, welche die Zeitschrift ihren Erforschern stellt, die, mit Ausnahme der Illustrierten oder der für notorisch Somnambule geschaffenen „Regenbogen-Presse“, ganz gewiß kein Massenmedium ist.

Noch Carl Theodor Welcker war im „Staatslexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften“ (1843) nicht in der Lage, zwischen Zeitung und Zeitschriften zu differenzieren<sup>9)</sup>. Mit verwunderlicher Verspätung taucht erstmalig im „Staatslexikon“ von 1952 ein einzig und allein dem Begriff „Zeitschrift“ gewidmeter Artikel auf. Darin bemerkt Karl Bömer, die Zeitung sehe ihre Hauptaufgabe in der Verbreitung tageswichtigen und gegenwartsnahen Nachrichtenstoffes, „wogegen die Zeitschrift ohne Bindung an den Tag das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben des Menschen begleitet“<sup>10)</sup>. Wahrhaftig hat die Unabhängigkeit vom Tagesgeschehen die Zeitschrift von Beginn an — und gegen jegliche Zensur — öffentlich Gedankenfreiheit fordern lassen. Das war weder den „Intelligenzblättern“, die der Staat gründete, noch den privilegierten Zeitungen, welche der Staat beaufsichtigte, gegeben<sup>11)</sup>. Solange in Deutschland die Fürsten herrschten, unterlagen die Zeitungen strenger Aufsicht und nachsichtsloser Beobachtung.

Über die politische Zeitschrift als Spezifikum existiert innerhalb der bisher gleichfalls nur in fragmentarischen Ansätzen vorhandenen Zeitschriftentypologie erst eine einzige, den monographischen Rahmen sprengende Arbeit. Es handelt sich um die verdienstliche Studie

von Hubert Max „Wesen und Gestalt der politischen Zeitschrift“ (Essen 1942). Im Untertitel heißt sie „Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Erziehungsprozesses des deutschen Volkes bis zu den Karlsbader Beschlüssen“. Vertieft man sich in die Studie, so stellt man allerdings fest, daß Hubert Max in erster Linie nur die Zeit von 1789 bis 1819 aus den drei Jahrhunderten der bisherigen Existenz der politischen Zeitschrift herausgehoben hat. Eine Gesamtdarstellung des Aussagemittels „politische Zeitschrift“ hat er nicht geschaffen<sup>12)</sup>. Eine Definition der politischen Zeitschrift enthält seine Studie gleichfalls nicht. Sind das nicht Gründe genug, solchen Mängeln abzuweichen? Schließlich haben manche politischen Zeitschriften — ungeachtet ihrer mitunter geringen Auflagen und ihrer häufig tragischen Kurzlebigkeit — auf wenigen Seiten Sprengstoff für ganze Epochen geliefert. Als Beweis mögen die lediglich in einem einzigen Doppelheft erschienenen „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ genügen, die von Karl Marx und Arnold Ruge 1844 gemeinsam aus ihrer Pariser Emigration ediert wurden<sup>13)</sup>.

Zeitschriften-Monographien, wie sie bisher zu verschiedenen Anlässen an manchen Universitäten erschienen sind, wurden mitunter bloß erstellt, um Jubiläen zu dienen. Als beachtliche Ausnahme zeichnen sich einige von der Historischen Schule zu Göttingen veranlaßte Untersuchungen ab. Gelehrte wie Heimpel, Nürnberger, Roos und Schramm haben seit etwa zwei Jahrzehnten politische Zeitschriften von Rang in systematischem Zusammenhang untersuchen lassen. Zu nennen bleiben die Studien von Ingeborg Boldt über Cottas *Deutsche Vierteljahresschrift* (1957), von Wolfgang Scheel über das *Berliner Politische Wochenblatt* (1964) und von Michael Behnen über das *Preußische Wochenblatt* (1965)<sup>14)</sup>.

<sup>12)</sup> Hubert Max, *Wesen und Gestalt der politischen Zeitschrift. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Erziehungsprozesses des deutschen Volkes bis zu den Karlsbader Beschlüssen*, Essen 1942 (= *Pressestudien*, herausgegeben von Hubert Max, Reihe A, Bd. 1).

<sup>13)</sup> Friedrich Lenz, *Staat und Marxismus. Grundlegung und Kritik der marxistischen Gesellschaftslehre*, Bd. 1, Stuttgart 1922.

<sup>14)</sup> Ingeborg Boldt, *Großdeutsch-bürgerliche Zeitkritik zwischen Revolution und Reichsgründung. Dargestellt an Cottas Deutscher Vierteljahresschrift 1850—1870*, Phil. Diss., Göttingen, 1957; Wolfgang Scheel, *Das „Berliner Politische Wochenblatt“ und die politische und soziale Revolution in Frankreich und England. Ein Beitrag zur konservativen Zeitkritik in Deutschland*, Göttingen 1964 (= *Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft*, Bd. 36); Michael Behnen, *Revolution, Reaktion und deutsche Einigung im Spiegel des preußischen Wochenblattes (1851—1861)*, Phil. Diss., Göttingen 1965.

<sup>9)</sup> Carl Theodor Welcker, *Zeitschriften*, in: *Staatslexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften in Verbindung mit vielen der angesehensten Publicisten Deutschlands* herausgegeben von Carl von Rotteck und Carl Theodor Welcker, 15. Bd., Altona 1843, S. 853—838.

<sup>10)</sup> Karl Bömer, *Zeitschrift. Begriff, Geschichte, Statistik*, in: *Staatslexikon*, im Auftrag der Görres-Gesellschaft herausgegeben von Hermann Sacher, Freiburg 1932, Bd. V, Sp. 1532—1534.

<sup>11)</sup> Hubert Max, *Intelligenzblatt — Intelligenzwesen*, in: *Handbuch der Zeitungswissenschaft*, Teil II, Leipzig 1942, Sp. 1806—1845 (dasselbst umfangreiche Bibliographie).



Daß diese partiell in der Göttinger Publikationsreihe „Bausteine zur Geschichtswissenschaft“ edierten Zeitschriftenforschungen keine Begriffsbestimmung der politischen Zeitschrift als eines publizistischen Mediums enthalten, versteht sich aus der von historisch-politischen Problemen des 19. Jahrhunderts beherrschten Themenstellung der genannten Forschungen. Es sei dabei freilich nicht übersehen, daß der Publizist historisch-politische Zeitschriften nicht allein ob seinem Fragen nach der Wirkung auf das Publikum, d. h. auf die Öffentlichkeit, anders sieht. In der Frage nach ihrer Wirkung auf Zeitgenossen oder Nachgeborene steckt ein Grund mehr, die politische Zeitschrift als Medium der Kommunikation von der Seite der Publizistikwissenschaft zu untersuchen. Am fruchtbarsten wäre freilich eine dem Erforschen der politischen Zeitschrift gewidmete Zusammenarbeit zwischen Geschichts- und Publizistikwissenschaft.

Ein paar Worte darüber, warum Zeitschriftenforschung gerade in Göttingen etabliert worden ist: Seit Schlözers zuletzt für das Wintersemester 1795 angekündigter Vorlesung über die ‚stets genierten Gazetten‘ hat eine um die Erkenntnis der periodischen Presse bemühte Wissenschaft an der Georgia Augusta keinen Platz inne gehabt<sup>15)</sup>. Erst mit der 1962 erfolgten Übernahme des Wilhelmshavener Instituts für Publizistik in die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät konnte an diese Tradition angeknüpft werden<sup>16)</sup>.

Göttingens Zeitungen, angefangen mit den *Göttingischen Policey-Amts-Nachrichten* (1755 bis 1757) des Kameralisten Johann Heinrich Gottlob von Justi, haben die Welt nur selten erschüttert. Dagegen konnte selbst ein anderes in Göttingen erschienenenes Blatt nicht an, das sich bereits 1757 gleichsam antizipatorisch *Die Welt* genannt hat. Andererseits ist Göttingen seit der Gründung seiner Universität ein weltweit voll Achtung genannter Geburtsort gelehrter, fachlicher, historischer, ökonomischer, ja politisch gewichtiger Zeitschriften gewesen<sup>17)</sup>. Schlözers *Staats-Anzeigen* (1782—1795) haben Göttingen während der letzten Dezennien des 18. Jahrhunderts

ebenso international ins Gespräch gebracht, wie das Wieland mit seinem *Teutschen Merkur* (1773—1810) für Weimar vermochte<sup>18)</sup>. Von Beginn an bis zur Gegenwart ist das Zeitschriftenwesen gemäß seinen Stoffen und Formen fast so universal in die Breite und in die Tiefe gewachsen wie die Universitäten selbst. Mit Recht hat der Berliner Literaturhistoriker Richard Moritz Meyer die *Deutsche Rundschau* im Jahre 1914 „eine gedruckte Universität“ genannt<sup>19)</sup>. Es ist nicht zuletzt die Universalität der Zeitschrift, welche jedes Bemühen erschwert, sie sinnvoll für die wissenschaftliche Erschließung zu ordnen.

Im Zuge solcher Überlegungen ist von Joachim Kirchner zu sprechen, der sein Lebenswerk dem zuvor vernachlässigten Medium Zeitschrift gewidmet hat. Zu reden ist dabei von den beiden, jeweils zweibändigen Werken „Die Grundlagen des deutschen Zeitschriftenwesens“ (beendet 1931) und „Das deutsche Zeitschriftenwesen, seine Geschichte und seine Probleme“ (abgeschlossen 1962)<sup>20)</sup>. Ohne Kirchners in der Tat die Basis schaffenden Werke wäre es nicht möglich, die Zeitschrift, welche in ihrer Bedeutung bislang weder von der Zeitung noch vom Film, noch vom Rundfunk, noch vom Fernsehen

---

<sup>18)</sup> Vgl. u. a. Hans Wahl, *Geschichte des Teutschen Merkur*. Ein Beitrag zur Geschichte des Journalismus im 18. Jahrhundert, Berlin 1914; Friederike Fürst, *August Ludwig Schlözer. Ein deutscher Aufklärer im 18. Jahrhundert*, Heidelberg 1928; ferner: Renate Zelger, *Der Historisch-politische Briefwechsel und die Staatsanzeigen August Ludwig von Schlözers als Zeitschrift und Zeitbild*, Phil. Diss. München 1953; Derek Maurice van Abbé, *Christoph Martin Wieland (1733—1813). A literary biography*, London 1961.

<sup>19)</sup> Wilmont Haacke, *Julius Rodenberg und die Deutsche Rundschau. Eine Studie zur Publizistik des deutschen Liberalismus (1870—1918)*, herausgegeben von Walter Hagemann in der Reihe: Beiträge zur Publizistik, Bd. 2, Heidelberg 1950, S. 174.

<sup>20)</sup> Joachim Kirchner, *Die Grundlagen des deutschen Zeitschriftenwesens. Mit einer Gesamtbibliographie der deutschen Zeitschriften bis zum Jahre 1790*. Erster Teil: Bibliographische und buchhandelsgeschichtliche Untersuchungen, Leipzig 1928 — Zweiter Teil: Die Bibliographie der deutschen Zeitschriften bis zur französischen Revolution. Statistische Ergebnisse, Leipzig 1931. Ferner: Ders., *Das Deutsche Zeitschriftenwesen. Seine Geschichte und seine Probleme*, Teil I: Von den Anfängen bis zum Zeitalter der Romantik, 2. neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden 1958 — Teil II: Vom Wiener Kongreß bis zum Ausgange des 19. Jahrhunderts, mit einem wirtschaftsgeschichtlichen Beitrag von Hans-Martin Kirchner, Wiesbaden 1962; ders., *Bibliographie der Zeitschriften des Deutschen Sprachgebietes bis 1900 in vier Bänden*, Stuttgart 1969—1976; ders., *Ausgewählte Aufsätze aus Zeitschriftenwesen und Geistesgeschichte*, Stuttgart 1970.

<sup>15)</sup> Im Vorlesungsverzeichnis der Universität Göttingen heißt es unter „Geschichte mit den Hilfswissenschaften“: „Ein Zeitungs-Collegium, verbunden mit einem Reise-Collegio, wird Hr. Hofrat Schlözer, auf Verlangen Ab. um 6 Uhr, priv. halten.“

<sup>16)</sup> Vgl. *Das Studium der Publizistikwissenschaft in Göttingen*, herausgegeben vom Institut für Publizistik der Georg-August-Universität (Red. H. Koschwitz), Göttingen 1967.

<sup>17)</sup> Wilmont Haacke, *Genesis und Stil des „Magazins“*, in: *Publizistik*, 11. Jg. 1966, Heft 3/4, S. 235 bis 247.



übereignet worden ist, von neuem als das in geistiger Hinsicht führende Kommunikationsmittel zu verdeutlichen. Schließlich leben alle anderen Medien vom Ideenreichtum, der Urteilskraft und dem Bekanntheit der politischen Zeitschrift. Die Nachbarschaft der Disziplin Publizistik zur Geistesgeschichte, zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, zur Soziologie und Sozialpsychologie erfordert es, über Kirchners universalen Längs- und Querschnitt durch die immense Vielfältigkeit des Zeitschriftenwesens hinauszugehen. Von Studien

## II. Begriffsbestimmung und Definition der politischen Zeitschrift

Um politische Zeitschriften von anderen Zeitschriften abzugrenzen, bedarf es vorweg einer neuen, d. h. der Fragestellung angemessenen Definition des Begriffs ‚Zeitschrift‘ überhaupt. Sie muß anders als bisherige Begriffsbestimmungen der Zeitschrift formuliert werden. Vorgänger — wie Kirchner (1928), Lehmann (1936), Salzmann (1953), Hagemann (1957), Groth (1960), Kieslich (1965), Dovifat (1967) — sind zwar durch ihre Formeln der Erscheinung ‚Zeitschrift‘ als Abstraktum gerecht geworden<sup>21)</sup>; jedoch fehlt, wie deutlich erkennbar, eine Begriffsbeschreibung, die es erlaubt, aus ihr eine der politischen Zeitschrift als Konkretum entsprechende Definition zu entwickeln. Ganz allgemein gesehen ist: „Die Zeitschrift eine periodische Publikation, deren geistige Einheitlichkeit sich aus ihrem Programm ergibt; Programm und Titel bleiben für den Inhalt jedes einzelnen Heftes maßgebend. Erscheinungen aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft werden aus einer der jeweiligen Zeitschrift eigentümlichen Sicht

über die Wirtschaftspresse, von der „Ökonomischen Fama“ Justus Christoph Dilmars (Frankfurt a. d. Oder und Leipzig, 1729—1733) bis zur neuesten Haus-, Kunden- und Werkzeitschrift, wie sie von eilfertigen Managern unter der Fehlfarben-Etikette *public relations* oft nur wegen des albern genug bekannten *image* hergestellt werden, ist hier nicht zu sprechen<sup>21)</sup>. Die Fragestellung verpflichtet vielmehr dazu, vom erstmaligen Erstellen einer Geschichte der politischen Zeitschrift zumindest ausschnittsweise zu berichten.

beleuchtet. Ihre Auffassungen sind zwischen Verlag, Herausgeber, redaktionellem Gremium und Mitarbeiterstab in gegenseitiger Übereinkunft festgelegt. Neuerdings geschieht das unter abgewogenem Einbeziehen der Wünsche des Publikums. Im Gegensatz zur Zeitung distanziert sich die Zeitschrift dennoch weitgehend von Aktualitäten des Tages. Aus solchem freiwilligen Begrenzen erklärt sich, daß sich die Zeitschrift vorwiegend einem überschaubaren Interessentenkreis zuwendet. Demnach bemüht sie sich nicht um uneingeschränkte Publizität. Dennoch strebt sie — innerhalb des von ihr abgesteckten Bereiches — nach Mannigfaltigkeit in Information und Meinungsbildung. Sie legt Wert auf das kommunikative Echo einer Gefolgschaft, die zu gewinnen, festzuhalten oder zu verstärken sie Ausgabe um Ausgabe wirbt.“<sup>23)</sup>

Was ist mit dieser Begriffsbestimmung bezweckt? Sie soll verdeutlichen, daß sich die Zeitschrift um das Erreichen einer Linie bemüht, die ihr eigentümlich ist. Infolge der daraus hervorgehenden Einheitlichkeit gelangt das Programm, das sie durch ihre Beiträge verkündet, zu propagandistischer Wirkung. Das geschieht vor allem dadurch, daß Zeitschriften von Persönlichkeiten (Kommunikatoren) gestaltet werden, die sich an ein Publikum (Rezipienten) wenden, welches durch die in der Zeitschrift gepflegten Interessen aufgeschlossen wird<sup>24)</sup>.

Die neue Begriffsbestimmung ermöglicht es, Zeitschriften jeder Art von politischen Zeit-

<sup>21)</sup> Albert Oeckl, Handbuch der public relations, München 1964; Gernot Joerger, Öffentlichkeitsarbeit, Stuttgart 1975; Carl Hundhausen, Propaganda, Grundlagen-Prinzipien-Materialien-Quellen, Essen 1975.

<sup>22)</sup> Joachim Kirchner, Die Grundlagen des deutschen Zeitschriftenwesens, Teil I, Leipzig 1928, S. 32—33; ders., Gedanken zur Definition der Zeitschrift, in: Publizistik, 5. Jg., 1960, Heft 1, S. 14—20; Ernst Herbert Lehmann, Einführung in die Zeitschriftenkunde, Berlin 1936, S. 81; Karl H. Salzmann, Die deutsche Zeitschrift 1953/54, in: Die deutsche Presse, 1954. Zeitungen und Zeitschriften, herausgegeben vom Institut für Publizistik an der Freien Universität Berlin, Berlin 1954, S. 97—98; Walter Hagemann (Herausgeber), Die deutsche Zeitschrift der Gegenwart, Münster 1957, S. 8; Otto Groth, Die unerkannte Kulturmacht, Bd. I: Das Wesen des Werkes, Berlin 1960, S. 396—397; Günter Kieslich, Zur Definition der Zeitschrift, in: Publizistik, 10. Jg. 1965, Heft 3 (Groth-Festschrift), S. 314—319; Hans Bohrmann und Peter Schneider, Zeitschriftenforschung. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Versuch (Schriftenreihe zur Publizistikwissenschaft Nr. 9), Berlin 1975.

<sup>23)</sup> Wilmont Haacke, Studien zur Publizistik, in: Göttingische Gelehrte Anzeigen, 218. Jg., 1966, Heft 3/4, S. 343—380.

<sup>24)</sup> Wilbur Schramm, The Process and Effects of Mass Communication, Urbana 1961; Henk Prakke, Thesen zu einer neuen Definition der Publizistikwissenschaft, in: Publizistik, 6. Jg., Heft 2, S. 81 bis 84; Roger Clause, Publikum und Information. Entwurf einer ereignisbezogenen Soziologie des Nachrichtenwesens (Bd. 6 der Schriften zur Kunstso-



schriften zu differenzieren. Das in dieser Formel noch fehlende Adjektiv „politisch“ bedarf, ehe es in einer der politischen Zeitschrift gewidmeten Terminierung anwendbar wird, noch besonderer Klärung. Ebenso wie der Begriff „Zeitschrift“ hat das Wort „politisch“ zufolge der in bestimmten Zeitabschnitten dominierenden Auffassungen über die jeweiligen gesellschaftlichen Zustände mannigfache Bedeutungswandlungen erfahren. Wer den herrschenden Auffassungen innerhalb jeweils zeitlich umgrenzter gesellschaftlicher Konditionen nahe kommen will, unter deren einengendem Zwang eine zu untersuchende politische Zeitschrift erscheint, sollte kompetente Stimmen über den Terminus „politisch“ aus eben dem Jahrhundert heranziehen und anwenden, dem die jeweilige Zeitschrift zugehört. Für eine Begriffsbestimmung der politischen Zeitschrift ist somit an den während ihrer Lebenszeit gültigen Begriffsinhalt des Wortes „politisch“ zurückzudenken.

In der ersten deutschen Enzyklopädie von Rang, in Zedlers „Universal-Lexikon“, findet sich das Stichwort „*politicus*“<sup>25)</sup>. Die „*politici*“ wären danach in der Mehrzahl daran zu erkennen, daß sie sich richteten: „nach der Mode galanter Leute, es betreffe nur solches ihre Kleidung, ihre Reden, oder sonst andere Verrichtungen, auch das Studieren, wie man denn die Studien, so sonderlich von galanten Leuten erlernt werden, politische Studien nennet.“ Im übrigen suche „... ein rechter *Politicus* rechtmäßige und redliche Absichten durch wohl ausgenommene Mittel auszuführen“. In kritischem Abwägen heißt es über die damaligen politischen Machthaber und ihre Staatsdiener: „Der gleichen Leute beobachten zwar was von der Klugheit, aber das macht die ganze *Politic* noch nicht aus, ... indem die Höflichkeit, die Manierlichkeit, Wohlanständigkeit nur als Gründe der politischen Klugheit mit anzusehen. Doch hat diese Bedeutung eine genauere Verknüpfung mit der wahren *Politic*, als die ersteren. Im ge-

ziologie und Massenkommunikation, herausgegeben von Alphons Silbermann), Köln-Opladen 1962; Alphons Silbermann, Systematische Inhaltsanalyse, in: Handbuch der Empirischen Sozialforschung, I. Bd., S. 570—600; ders., Die soziologischen Untersuchungsfelder der Massenkommunikation, in: Film und Fernsehen im Spiegel der Wissenschaft, Gütersloh 1963, S. 42—75; Alphons Silbermann und Udo Michael Krüger, Soziologie der Massenkommunikation (Reihe: Urban-Taschenbücher, Band 166), Stuttgart — Berlin 1973.

<sup>25)</sup> Die folgenden Zitate sind dem Beitrag „*Politicus*“ entnommen. Aus: Großes Vollständiges Universal-Lexikon aller Wissenschaften und Künste, herausgegeben von Johann Heinrich Zedler, Halle an der Saale, Band 28, 1741, Spalte 1528 bis 1529.

meinen Leben nennt man diejenigen, welche die öffentlichen Bedienungen, so nicht geistlich sind, verrichten, *Politicos*; da man alle Aemter in geistliche und weltliche eintheilet, und wer ein weltliches bekleidet, wird von dem Pöbel ein *Politicus*, und im Deutschen ein Weltmann genennet; daher auch die Juristen *Politici* heißen.“ Dieser von Encyclopädisten als mißlich gerügte Zustand rühre daher, „... weil man lange Zeit die *Politic* so enge eingeschrenket, und sie nur als eine Lehre vom Staat oder Republic angesehen, und dahin viele *quaestiones juris* gebracht.“

Deshalb war der politische Mensch noch um die Mitte des lichten Jahrhunderts des Rationalismus ein gebildeter Weltmann. Um dies zu sein, brauchte er indessen weder Theologie noch Jurisprudenz auf den Universitäten betrieben zu haben. Ein guter Teil des Aufklärungskampfes der politischen Zeitschriften — Zeugnisse lese man etwa bei den Göttinger Publizisten Bürger, Forster, Lichtenberg, Schlözer und anderen nach — war dem Versuch gewidmet, die durch das Ständesystem verursachte und überkommene Unterdrückung der Einzelpersonlichkeit zu überwinden<sup>26)</sup>. Nicht minder hat sich jener um das Definieren des *homo politicus* bemühte Gewährsmann in weiser Voraussicht an ein Infragestellen des Juristen-Monopols für die besten Positionen in Regierung und Verwaltung gewagt. Ihr Beitrag zur politischen Praxis habe sich auf bloßes Beraten zu beschränken. *Raisonnabel* schrieb er: „... Zwar kann ein Jurist ein *Politicus* heißen: aber so wenig, überhaupt zu sagen, daß niemand einen Staats-Mann vorstellen könne, der nicht das Justinianische Recht studiret hätte, und durch Exempel so großer *Politicorum*, so keine *Civilisten* gewesen, kann erwiesen werden; so wenig folget, daß ein Kenner der Justinianischen Rechte, an und vor sich geschickt, einen *Politicum* abzugeben.“

Jenes durchaus selbstkritische *Saeculum* unterschied bereits zwischen *politica publica*, dem praktischen Staatshandeln, und *prudentialia publica*, Politik als Bewußtsein<sup>27)</sup>. Das ist eine Differenzierung, die während des 19. Jahrhunderts erheblich verfeinert wurde. Als Beispiel hierfür genügte die auf sämtliche Erscheinungen der politischen Zeitschrift des 19. Jahrhunderts anwendbare Drei-Phasen-

<sup>26)</sup> Vgl. Fritz Valjavec, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770—1815, München 1951.

<sup>27)</sup> Vgl. in Zedlers genanntem „Universal-Lexikon“ den Beitrag: „Staatswissenschaft, Staatslehre“, Band 39, 1744, Spalte 707—711.



Formel Treitschkes. Sie lautet: „Die Aufgabe der Politik ist eine dreifache: sie soll zunächst aus der Betrachtung der wirklichen Staatswelt die Grundbegriffe des Staates zu erkennen suchen; sie soll dann historisch betrachten, was die Völker im politischen Leben gewollt, geschaffen und erreicht und warum sie es erreicht haben; hierdurch wird ihr drittens auch gelingen, einige historische Gesetze zu finden und moralische Imperative aufzustellen.“<sup>28)</sup> Politisch wäre demnach eine Zeitschrift zu nennen, welche ihre Aufgabe darin erblickt, gewachsene Staatsgebilde in ihrer Vergangenheit zu untersuchen und den Befund zum Nutzen der Gegenwart zu kommentieren.

Als zeitgenössische Grundlage für eine gültige Definition der politischen Zeitschrift im 20. Jahrhundert diene eine Äußerung des Berliner Politologen Otto Stammer über den Sinn des Wortes ‚Politik‘. In einer Formulierung aus dem Jahre 1956 bezeichnete Stammer Politik als „... ein soziales Handeln, das sich auf Machterwerb und Machtgebrauch richtet, um im öffentlichen Bereich bestimmte Interessen und Ziele von einzelnen und Gesellschaftsgruppen in bestimmten geschichtlich-gesellschaftlichen Situationen, in der Regel gegen den Willen und die Zielsetzung anderer Personen und Gruppen, im Kampfe oder mit Hilfe von Vereinbarungen durchzusetzen.“<sup>29)</sup> Ersichtlich wird damit, welcher intensiven Anteil die politische Zeitschrift an diesem Prozeß des Machterwerbs und Machtgebrauchs besitzt. Nach Stammer hat „politisch“ obendrein den Charakter eines „gesellschaftsverändernden, gesellschaftsgestaltenden Handelns im Hinblick auf die Beeinflussung zwischenmenschlicher oder Gruppen-Beziehungen, institutioneller Veränderungen und rechtsschöpferischer Tätigkeit“. Solche Wandlungen der Daseinsformen vorzubereiten und durchzuführen, hilft die politische Zeitschrift durch Anamnese, Diagnose, Prognose und Therapie. Um dieser Mission willen hat die politische Zeitschrift zu allen Zeiten tatkräftig auf ihre Zeit, d. h. auf ihre gesellschaftskritische Bewußtseinsbildung, eingewirkt. Zu den Elementen politischer Ordnung zählt Stammer ausdrücklich „die Organisation des publizistischen Führungsapparates (Zeitung, Nachrichtenbüro, Rundfunk,

Film), soweit eine direkte oder indirekte Beeinflussung von ihm ausgeht“.

Die Zeitschrift hat Stammer in seiner Schilderung des „Komplexes von Prozessen der politischen Meinungsbildung, den man ‚als öffentliche Meinung‘ zu bezeichnen gewohnt ist“, allerdings übersehen. Auf die jeweiligen sozialen Zustände mit den ihr gebotenen publizistischen Möglichkeiten handelnd einzuwirken und somit selbsttätig politische Aktivität zu entwickeln, das ist jedoch neben historisch-politischem Betrachten und neben rational-wissenschaftlichem Darstellen staatlichen Funktionierens im Laufe dreier Jahrhunderte zur primären Aufgabe der politischen Zeitschrift geworden. Aufgrund solcher Erfahrungen läßt sich die politische Zeitschrift als Sondertypus innerhalb des Gesamtbildes der Zeitschriften folgendermaßen definieren:

„Die politische Zeitschrift ist eine periodische Publikation, deren Tendenz sich aus dem von ihr verkündeten Programm ergibt. In deren Sinn behandelt sie fortwirkend staatliche, gesellschaftliche, soziale und kulturelle Erscheinungen aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Die Leitgedanken jeder politischen Zeitschrift werden vom Herausgeber, seinem redaktionellen Gremium und Mitarbeiterstab bestimmt.

Politische Zeitschriften stellen sich in den Dienst des Proklamierens von Anschauungen und Gesinnungen sowohl einzelner Persönlichkeiten als auch ganzer Gruppen zum Gewinnen von einzelnen Gruppen und von Vielheiten für ihre Ziele. Politische Zeitschriften erfassen — entsprechend ihrer politischen Einstellung — zeitgebundene oder überzeitliche Strömungen. Aus propagandistischen Gründen nehmen sie indes — zumindest formal — Rücksicht auf Meinungen des Publikums, das sie im Sinne ihres Programms zu beeinflussen wünschen.

Die publizistische Aufgabe der politischen Zeitschrift ist es, die durch sie dargebotenen Auffassungen in dem Sinne zu verbreiten, daß auf ihren Zuruf als kommunikatives Echo Zustimmung erfolgt.“<sup>30)</sup>

Unabhängig von Emil Dovifat, der Publizistik als „politische Tat“ sieht<sup>31)</sup>, und von Otto Stammer, der Politik als „Handeln“ versteht,

<sup>28)</sup> Heinrich von Treitschke, Politische Vorlesungen, gehalten an der Universität zu Berlin, herausgegeben von Max Cornicelius, 3. Aufl., Bd. I, Berlin 1913, S. 1—2.

<sup>29)</sup> Die drei folgenden Zitate sind entnommen bei: Otto Stammer, Gesellschaft und Politik, in: Handbuch der Soziologie, herausgegeben von Werner Ziegenfuß, Stuttgart 1956, S. 561—562.

<sup>30)</sup> Wilmont Haacke, Zeitschriftengeschichte als Geistesgeschichte, in: Wider die Ächtung der Geschichte. Festschrift zum 60. Geburtstag von Hans-Joachim Schoeps, herausgegeben von Kurt Töpner, München und Esslingen 1969, S. 67—98.

<sup>31)</sup> Emil Dovifat, Publizistik, in: Universitas Litterarum, Berlin 1955, S. 329—341; ders., Freiheit und Zwang in der politischen Willensbildung. Formen



ermöglicht diese Definition, auch solche Zeitschriften als politische zu erfassen, welche nicht unmittelbar zu politischer Aktivität aufrufen, sondern die durch Aufklären zum Nachdenken über politische Gegebenheiten

verhelfen. Die erste Definition umschreibt die Erscheinung Zeitschrift allgemein, die zweite die politische Zeitschrift speziell. Beide Begriffsbeschreibungen zusammen erlauben weitere Sondierungen.

### III. Zur Typologie der politischen Zeitschrift

Welche Periodika zählen zur Spezies politische Zeitschrift? Vor allen anderen handelt es sich um jene Organe, die sich ausschließlich mit Politik beschäftigen. In dieser Hauptgruppe sind zunächst vier Unterdifferenzierungen vorzunehmen.

Erstens begegnet man Zeitschriften, welche die politischen Ereignisse aus unmittelbarer Zeitnähe widerspiegeln. Durchweg handelt es sich um Organe, welche sich als Reflexionen aus der Gegenwart auffassen und zugleich in die praktische Politik eingreifen wollen. Markante Beispiele bieten die sogenannten Jakobiner-Zeitschriften, wie sie in Deutschland vor und nach 1789 durch Publizisten wie Wilhelm Ludwig Wehrlin (*Chronologen*, 1779 bis 1781; *Das graue Ungeheuer*, 1784—1787; *Hyperboräische Briefe*, 1788—1790; *Paragrafen*, 1791—1792<sup>32)</sup>) und Andreas Georg Friedrich Rebmann (*Das neue graue Ungeheuer*, 1795 bis 1800) geschaffen worden sind<sup>33)</sup>.

Zweitens trifft man auf Zeitschriften, welche politische Probleme aus der Vergangenheit untersuchen, ohne dadurch direkt auf die Zeitgenossen einwirken zu wollen. Anzuführen sind Johann Christoph Gatterers Periodika, beispielsweise die zu Göttingen edierte *Allgemeine historische Bibliothek* (1767 bis

1771) und sein *Historisches Journal* (1772 bis 1781)<sup>34)</sup>.

Drittens stehen zwischen beiden Typen Organe, die unter vorgehaltenem Erörtern anscheinend historisch gewordener Probleme dennoch auf ihre Gegenwart Einfluß zu nehmen versuchen. Zwar getarnt, doch unverkennbar, geschieht das meist durch aus Geheimschattulen gespeiste Zeitschriften. Unter den Editoren dieses keineswegs stets obskuren Bereiches finden sich Persönlichkeiten wie Friedrich Gentz mit seiner *Neuen Deutschen Monatsschrift* (1795) und dem *Historischen Journal* (1799—1800)<sup>35)</sup>. Solchen Zeitschriften sind jene Blätter zuzuordnen, die sich als rein ästhetische Zeitschriften ausgeben, wie die ebenfalls von Gentz inspirierten Wiener *Jahrbücher der Literatur* (1818—1849)<sup>36)</sup>. Auf deren Seiten publizierte der Metternichsche Vertraute der restaurativen „Heiligen Allianz“ unheilig formulierte Aufsätze über Pressefreiheit. Mit ihrer Hilfe hoffte er, die öffentliche Meinung auf die reaktionären Karlsbader Beschlüsse vorzubereiten und sie „verständlich“ zu machen. Organe dieses defensiven Typus sind auf konservativer Seite häufig zu entdecken.

Viertens ist von Organen zu sprechen, wie sie einstmals das liberale Lager hervorgebracht hat. Anscheinend plaudern sie nur über Literatur, Theater, Kunst, Mode und Geschmack. *De facto* wurden sie geschaffen, um herrschende Systeme zu unterminieren. Börnes *Die Wage* (1818—1820)<sup>37)</sup> und Gutzkows

---

der demokratischen und totalitären Meinungsführung, in: *Veritas-Justitia-Libertas*. Festschrift zur 200-Jahrfeier der Columbia-Universität New York, überreicht von der Freien Universität Berlin und der Deutschen Hochschule für Politik Berlin, Berlin 1955, S. 34—48; ders., *Publizistik als Wissenschaft. Herkunft — Wesen — Aufgabe*, in: *Publizistik*, 1. Jg. 1956, Heft 1, S. 3—10; ders., *Ergebnisse der Publizistikwissenschaft*, in: *Publizistik*, 7. Jg. 1962, Heft 2, S. 78—81; ders., *Aufgaben der Publizistikwissenschaft*, in: *Publizistik*, 9. Jg. 1964, Heft 4, S. 347—348.

<sup>32)</sup> Friedrich Wilhelm Ebeling, Wilhelm Ludwig Wehrlin. Leben und Auswahl seiner Schriften. Zur Culturgeschichte des 18. Jahrhunderts, 2. Aufl. Berlin 1869; Ruth Fähler, Wehrlin als Feuilletonist, Phil. Diss., Münster 1947.

<sup>33)</sup> Nadeschda von Wrasky, A. F. G. Rebmann. Leben und Werke eines Publizisten zur Zeit der großen französischen Revolution, Phil. Diss., Heidelberg 1907; Hedwig Voegt, Die deutsche jakobinische Literatur und Publizistik 1789—1800, Berlin 1955.

---

<sup>34)</sup> Joachim Kirchner, Das deutsche Zeitschriftenwesen, Teil I, Wiesbaden 1958, S. 129.

<sup>35)</sup> Golo Mann, Friedrich von Gentz (1764—1832). Geschichte eines europäischen Staatsmannes, Zürich—Wien 1947; Wilmont Haacke, Friedrich Gentz, in: *Die Zeitschrift — Schrift der Zeit*, Essen 1961, S. 59 ff.

<sup>36)</sup> Violetta Andreeva, Friedrich von Gentz. Herausgeber und Mitarbeiter von Zeitungen und Zeitschriften, Phil. Diss., Wien 1947.

<sup>37)</sup> Wolfgang Nitzsche, Ludwig Börne als Publizist. Ein Beitrag zur Lehre von der Publizistik, Phil. Diss., Leipzig 1934; Lorenz Ruetz, Arndt und Börne als politische Publizisten, Phil. Diss. Heidelberg 1936; Erika Anders, Ludwig Börne und die Anfänge des modernen Journalismus. Eine stilistische Untersuchung, Phil. Diss., Heidelberg 1936.



vorsorglich vom Deutschen Bund bereits vor dem Erscheinen verbotene *Deutsche Revue* (1835) seien ins Gedächtnis gerufen<sup>38)</sup>.

Neben diesen vier, die Politik in den Mittelpunkt ihres Unterrichtens und Erörterns stellenden Zeitschriftentypen dürfen jene nicht vergessen werden, die sich zwar regelmäßig mit politischen Geschehnissen und Problemen beschäftigen, sie jedoch nicht ausschließlich in den Mittelpunkt ihrer redaktionellen Arbeit stellen. In dieser Hinsicht besteht Übereinstimmung mit Harry Pross, der in seiner Edition „Literatur und Politik“ nur auf den ersten Blick als literarisch erscheinende, indes lebhaft agierende und agitierende Zeitschriften mit Recht zu den politischen Organen rechnet<sup>39)</sup>. Als Beispiel aus dem 18. Jahrhundert sei Wielands *Teutscher Merkur*, aus dem 20. Jahrhundert der inzwischen eingegangene *Monat* (gegr. 1948) genannt.

Allein diese Andeutungen über die Mannigfaltigkeit der innerhalb der Spezies politische Zeitschrift möglichen Erscheinungsformen lassen erkennen, daß für einen erstmaligen

Gesamtblick auf und über die Entwicklung der politischen Zeitschriften engherziges Auswählen nicht ratsam ist. Die Großzügigkeit des Grundsatzes bedingt jedoch ein um so genaueres Zuordnen. Wer die Wahl vornimmt, entgeht keinesfalls der Qual der Begründung. Letztere ist nicht der jeweils zu untersuchenden Zeitschrift allein zu entnehmen. Belege bieten sich darüber hinaus beispielsweise in den Lebensläufen und im journalistischen Werk sowie den daraus resultierenden politischen Schicksalen eben jener Persönlichkeiten, welche von David Fassmanns „Todtengesprächen“ bis zu Leopold Schwarzschilds „Tagebuch“ politische Zeitschriften gestalteten<sup>40)</sup>. Zeitschriften-Publizisten sind für ihre Gesinnungen vom 17. Jahrhundert an bis in die Gegenwart hinein entweder durch Zuwendungen, Orden, Titel, ja bis 1918 gelegentlich sogar durch Adelsprädikate belohnt oder aber durch Kerkerhaft, Ausbürgerung und McCarthyismus jeder Art verfolgt worden. Beides ist als Beweis für die Echo-Wirkung ihrer politischen Publizistik und der durch sie publizierten Politik zu nehmen.

#### IV. Zur Genealogie der politischen Zeitschrift

Jenseits inhaltstypologischer Ansätze bedarf es für das Entwerfen einer Genealogie der politischen Zeitschrift einer durchaus historisierenden Systematik. Um sie zu erstellen, ist es notwendig, von den politischen Tendenzen auszugehen, nach denen das jeweilige Organ in der Publizistik zum Kampfe antritt. Schon ein grobes Vorordnen führt zu folgenden Möglichkeiten des Differenzierens:

Bereits für das 17. und 18. Jahrhundert lassen sich aus den politischen Zeitschriften weltanschauliche Grundeinstellungen eruieren. Gegenüber dem Absolutismus zeigen die Zeitschriften bejahende oder verneinende Einstellungen. Andere neigen zu evangelischen oder katholischen Auffassungen. Rationalistische Lehren aus England und Frankreich beeinflussen deutsche Periodika. Das führt zu zeitkritischen Gedankengängen, welche in den Mantel moralphilosophischer Abhandlungen gehüllt werden. Infolge ständig wiederholten Publizierens stellen sich politische Wirkungen ein.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts verschärfen sich die weltanschaulichen Auseinandersetzungen zu harten parteipolitischen Debatten. Die Zeitschriften werden zum Träger relevanter Zeitströmungen wie Liberalismus und Sozialismus. In Verbindung mit diesen erstreben sie eine Erleichterung der Regierungs- und Verwaltungsformen und erreichen, zwar nur allmählich, aber endlich doch eine Änderung der Systeme.

Während des 20. Jahrhunderts, und das gilt bis zur Gegenwart, treten politische Zeitschriften hinzu, welche konfessionelle Begründungen oder parteipolitische Argumente gänzlich hinter sich lassen. Deutlicher und unnachgiebiger noch als im 19. Jahrhundert vertreten sie die Interessen von um ihrer Zielsetzungen willen zusammengeschlossener Gruppen mehr oder minder offensiv. Stehen sich doch beispielsweise die Periodika von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, von Hausbesitzern und Mietern in einem

<sup>38)</sup> Wilmont Haacke, Karl Gutzkow, in: Neue Deutsche Biographie, VII. Band, Berlin 1966, S. 354—356.

<sup>39)</sup> Harry Pross, Literatur und Politik. Geschichte und Programme der politisch-literarischen Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet seit 1870, Olten—Freiburg i. B. 1963, S. 143 f., S. 345 f.

<sup>40)</sup> Wilmont Haacke, Die Zeitschrift — Schrift der Zeit, Essen 1961. Dasselbst die Publizisten-Biographien von: David Fassmann (1683—1774), S. 43 ff.; Luise Adelgunde Gottsched (1713—1762), S. 47 ff.; Johann Gottfried von Herder (1744—1803), S. 51 ff.; Friedrich von Gentz (1764—1832), S. 59 ff.; Karl Gutzkow (1811—1878), S. 69 ff.; Ernst Keil (1816—1878), S. 77 ff.



gleichsam zur Bemäntelung mit politischen Schlagworten geführten, indes lediglich dem Erreichen materieller Interessen geltenden Kämpfe gegenüber.

Sichtbar werden somit in allen drei Jahrhunderten Erscheinungen aus den vier zuvor charakterisierten Grundgruppierungen politischer Zeitschriften. Für ein künftiges, tieferes Eindringen in eine Geschichte aller Varianten des Phänotypus politische Zeitschrift empfiehlt sich folgende systematische Einteilung, die vorerst nur in Umrissen skizziert sei:

Jenseits ephemerer Vorgründungen gilt das Pariser *Journal des Savants* als erste Zeitschrift der Welt<sup>41)</sup>. Ihr Geburtsjahr 1665 bildet das Ausgangsdatum für jegliches Erforschen der politischen Zeitschrift. Wer meint, das publizistische Einsetzen jener Rezensionsanstalt habe das Entstehen der politischen Zeitschrift nicht beeinflußt, irrt. Schon die ersten Hefte erregten Anstoß bei der Zensur<sup>42)</sup>. Die früheste Zeitschrift der Welt erhielt sogleich die höchste öffentliche Anerkennung, welche politische Macht eh und je für publizistischen Aufklärungsgeist parat gehalten hat: das Verbot. Wie oft sind seither Zeitschriften, selbst gelehrte Organe, entweder von staatlich-politischen oder von konfessionell-weltanschaulichen Potenzen nicht nur durch die Schere der Zensur beschnitten, sondern zu gänzlichem Verschwinden verurteilt worden. Zwar haben Organe vom Range des derzeit im 311. Jahrgang stehenden *Journal des Savants* in politischer Bedrängnis zu überleben gelernt, aber mitunter ist es eher die politischen Machthabern unzugängliche Sprache der Wissenschaft gewesen, welche manchem Periodikon erlaubte, ganze Systeme zu überdauern; dennoch haben sowohl das *Journal des Savants* als auch die *Göttingischen Gelehrten Anzeigen* nicht ohne empfindliche, jahrelange Unterbrechungen erscheinen können<sup>43)</sup>. Beide Zeitschriften wa-

41) Wilmont Haacke, Zeitschriftenforschung als Aufgabe der Publizistikwissenschaft, in: Publizistik, 1. Jg. 1956, Heft 3, S. 131—146.

42) Madeleine Varin d'Ainvelle, La presse en France. Genèse et évolution de ses fonctions psycho-sociales, Paris 1965, S. 70—72, S. 92; René de Livois, Histoire de la presse française. I. Des origines à 1881, Lausanne—Paris 1965, S. 37—40; Claude Bellanger, Jacques Godechot et al., Histoire générale de la presse française, tome I: Des origines à 1814, Paris 1969; Pierre Albert et Fernand Terrou, Histoire de la presse (Reihe: Que sais-je? Le Point des connaissances actuelles, Band 368), Paris 1970.

43) Heinrich Oppermann, Der Göttinger gelehrte Anzeiger während der letzten hundertjährigen Wirksamkeit, Hannover 1844; Götz von Selle, Universität Göttingen; Wesen und Geschichte, Göttingen 1953.

ren keineswegs zu jeder Zeit apolitisch. Noch die scheinbar trockensten Periodika zünftiger Universitätsgelehrsamkeit wiesen und weisen zuzeiten politisches Fluidum auf.

Aus Zeitschriften des bezeichneten, universalistisch angelegten Genres haben sich die ersten politischen Periodika zumeist durch Abspaltung entwickelt:

Zwischen 1690 und 1730 dominieren innerhalb des sich auf Politik spezialisierenden Mediums die historisch-politischen Zeitschriften. Als erste wäre zu nennen Anton Fabers (Christian Leonhard Leuchts) *Europäische Staatskanzley* (gegr. 1697)<sup>44)</sup> und S. R. Axtelmeyers *Monatlicher Staatsspiegel* (gegr. 1698)<sup>45)</sup>. Kaum geboren, hat sich die neue Gattung sogleich selbst charakterisiert. An der Schwelle zum 18. Jahrhundert versprach letztere politische Zeitschrift, daß sie nicht nur den „Kern aller Avisen“, sondern obendrein einen Begriff „der vornehmsten im heiligen Römischen Reich vorfallenden Affairen“ bringen wolle. Neben „vilen Curiosen Beylagen“ werde sie das aktuelle oder aktualisierte Material aus Vergangenheit und Zeitgeschichte „samt einigen Politischen Reflexionen repräsentieren und vorstellen“. Das ist eine Zugabe, welche die strenger kontrollierten Zeitungen erst ein Jahrhundert später geben konnten. Auf den Seiten der historisch-politischen Zeitschriften wandelte sich Reflexion zu Kommentar, härtete sich Raisonement zu Kritik. Lob und Tadel der Politik bestimmten fortan ihr Wesen.

Als Repräsentanten jener höchst unterhaltsam redigierten Spezies, deren Ausläufer erst vor der Französischen Revolution erloschen, sind Sinold von Schütz' *Europäische Fama* (1702 bis 1765)<sup>46)</sup> und David Fassmanns *Gespräche im Reiche derer Todten* (1718—1739) hervorzuheben. Fassmanns inzwischen dank verschiedener, seinem Schicksal und seinem Werk gewidmeter Einzelstudien restituierte Gestalt könnte zu einem Privatissimum über die zeitbedingte Kombination von Professor, Akademiepräsident und Hofnarr im Tabakkollegium Friedrich Wilhelms I. von Preußen Anlaß geben. Wie dem auch sei: der Publizist

44) Joachim Kirchner, Das Deutsche Zeitschriftenwesen, seine Geschichte und seine Probleme, Teil I, Wiesbaden 1958, S. 33 f.

45) Der volle Titel lautet: Monatlicher Staatsspiegel; Worinnen der Kern aller Avisen; Ein Begriff der vornehmsten im H. Röm. Reich vorfallenden Affairen mit vilen Curiosen Beylagen, Samt einigen Politischen Reflexionen sich repräsentirt und vorstellt, Augsburg 1698—1711.

46) Robert Prutz, Geschichte des deutschen Journalismus, Erster Teil, Hannover 1845, S. 386 ff.



Fassmann sah mehr, wußte mehr und wurde von seinem Herrn häufiger und aufmerksamer angehört, als das manchem späteren Reichs- und Bundespressechef ermöglicht worden ist<sup>47)</sup>.

An zweiter Stelle im Feld liegen die „Staatsaufklärenden Zeitschriften“. Sie entstanden um 1750 und bestanden bis 1848:

In seinen für diesen Typus beispielhaften *Diplomatischen und Historischen Belustigungen* (1753—1764) konnte F. K. v. Moser nur Akten und Urkunden publizieren. Sie unmittelbar zu kommentieren, das war noch nicht möglich. Dennoch hat er in Vor-, Bei- oder Nachworten das Nötige gesagt<sup>48)</sup>. Auf diese Weise betrieben die ewig zensurgefährdeten Publizisten ihr Handwerk. Wie unerschrocken Schlözer die staatsaufklärende Zeitschrift vom Seminarblatt für Statistik über das ökonomische Fachorgan bis zur aggressiven Zeit-Streit-Schrift entwickelt hat, daran sei erinnert<sup>49)</sup>.

An dritter Stelle seien die gleichfalls aufklärerischen, jedoch in literarischer und politischer Mischung redigierten Zeitschriften genannt. Charakterisieren lassen sie sich mittels einer der *Berlinischen Monatsschrift* (1783 bis 1796) entnommenen Prägung als „National-Journale“<sup>50)</sup>. Das war seinerzeit ein Parallelbegriff zum ersehnten „National-Theater“<sup>51)</sup>. Neben der *Berlinischen Monatsschrift* war innerhalb dieser Spezies zur gleichen Zeit Wielands *Teutscher Merkur* (1773—1810) tonangebend.

Wer das Dezemberheft 1784 der *Berlinischen Monatsschrift* aufschlägt, findet darin Kants einleitenden Aufsatz „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?“ Er ist kennzeich-

nend für die sich entfaltende Souveränität der politischen Zeitschrift. Kant rief den Untertanen zu: „Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen.“ — „Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“ — „Zu dieser Aufklärung aber wird nichts erfordert als Freiheit; und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die: von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen.“<sup>52)</sup> Seither haben die politischen Zeitschriften ihre Zeitgenossen in diesem Sinne wachzurütteln versucht. Wer eine Begriffsbestimmung der politischen Zeitschrift aus diesem Satz Kants ableitete, träfe ihre Tendenz.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die Zeitungen in Frankreich bis 1789, in Deutschland bis 1848 nicht in der Lage waren, das von den Aufklärern verkündete Ideal staatskritischer Publizität zu realisieren. Dank den politischen Zeitschriften und ihren jahrzehntelangen Kämpfen um die Freiheit der Meinung ist der Idealbegriff „Publizität“ in die die Wandlungen des politischen Seins bewirkende Erscheinung „Öffentliche Meinung“ verändert worden<sup>53)</sup>. Zum Beweis lese man Carl Theodor Welcker, der 1815 ein ausführliches Vorwort „Über vaterländische Zeitschriften“ in den *Kieler Blättern* (1815—1832) schrieb. Die Zeitschriftenform des „National-Journals“ hat sich im Revue-Typus des 19. und 20. Jahrhunderts, etwa in der *Deutschen Rundschau* (1874—1964), fortgesetzt. Bis heute lehren sie den Menschen, durch Zustimmung oder kritischen Protest, „von seiner Vernunft“, wie Kant postulierte, „in allen Stücken öffentlich Gebrauch zu machen“.

<sup>47)</sup> Wilmont Haacke, David Fassmann: Historiograph und Publizist, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 5, München 1961, S. 28.

<sup>48)</sup> Friedrich Karl von Moser, *Diplomatische und Historische Belustigungen*, Frankfurt/Main—Leipzig 1753—1764; vgl. ferner: Hans Heinrich Kaufmann, Friedrich Carl von Moser als Politiker und Publizist (vornehmlich in den Jahren 1750—70), Darmstadt 1931.

<sup>49)</sup> August Ludwig von Schlözer, Briefwechsel, meist statistischen Inhalts, Göttingen 1755; ders., Briefwechsel, meist politischen und historischen Inhalts, Göttingen 1776—1782; ders., *Stats-Anzeigen*, Göttingen 1782—1795.

<sup>50)</sup> Friedrich Gedike und Johann Erich Biester, *Berlinische Monatsschrift*, Berlin 1783—1796; *Nachfolge-Zeitschriften: Berlinische Blätter 1797—1798*, *Neue Berlinische Monatsschrift 1799—1811*.

<sup>51)</sup> Wilmont Haacke, *Der Zeitschriftentypus „Revue“*. Der Zeitschriftentypus „Magazin“, in: *Publizistik und Gesellschaft*, Stuttgart 1970, S. 195—219, S. 220—243.

<sup>52)</sup> Immanuel Kant, *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?*, in: *Berlinische Monatsschrift*, IV. Band, 12. Stück, Dezember 1784, S. 481—494.

<sup>53)</sup> Über die Begriffe „Publizität“ und „Öffentliche Meinung“ siehe: Wilhelm Bauer, *Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen*. Ein Versuch, Tübingen 1914; ders., *Die öffentliche Meinung in der Weltgeschichte*, Potsdam 1929 (1930); Erich Everth, *Die Öffentlichkeit in der Außenpolitik von Karl V. bis Napoleon*, Jena 1931; Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Neuwied 1962; Peter R. Hofstätter, *Die Psychologie der öffentlichen Meinung*, Wien 1949; Friedrich Lenz, *Werden und Wesen der öffentlichen Meinung*. Ein Beitrag zur politischen Soziologie, München 1956; Martin Löffler (Herausgeber), *Die öffentliche Meinung — Publizistik als Medium und Faktor der öffentlichen Meinung*. Im Auftrage der Deutschen Studiengesellschaft für Publizistik (mit Beiträgen von Elisabeth Noelle-Neumann, Wilmont Haacke, Eberhard Stammler, Fritz Eberhard u. a.), München—Berlin 1962.



## V. Politische Gruppierungen im Zeitschriftenwesen des 19. und 20. Jahrhunderts

Wer von politischen Zeitschriften spricht, fragt nach ihrer politischen Haltung. Diese deutlich zu zeigen, wagten sie schon um 1770, auf dem Höhepunkt der Aufklärung. Ihr bereits vor der Französischen Revolution demonstrierter Bekennernut fordert noch nachträglich Bewunderung ab. Die Reihe der „oppositionellen Zeitschriften“ hat mit den hart verfolgten Blättern eines Schubart: *Deutsche Chronik* (1774—1793)<sup>54</sup>), eines Wekhrlin: *Das graue Ungeheuer* (1795—1800) und des jungen Joseph Görres: *Das rote Blatt* (1798)<sup>55</sup>) begonnen. Gegen diese farbenbunte Opposition — kurzlebig wie die revolutionären Zeitschriften von 1848 — erhob sich die Phalanx der restaurativen Zeitschriften. Unter deren Herausgebern bedeuten Schelling mit seiner *Allgemeinen Zeitschrift von Deutschen für Deutsche* (vier Hefte, 1813) und Adam Müller mit den *Deutschen Staatsanzeigen* (1816 bis 1818) intellektuelle Höhepunkte<sup>56</sup>). Insgesamt ist über die Zeitschriften, welche die sogenannte „Heilige Allianz“ glorifizierten, zu berichten, daß sich auf ihren Seiten Restauration als Romantik gebärdete und Romantik sich als Restauration enthüllte.

Die frühen oppositionellen und ebenso die restaurativen Zeitschriften haben, die einen spontan, die anderen gezwungenermaßen, die innenpolitische Debatte — beispielsweise über konfessionelle und politische Fragen wie Toleranz, Bauernbefreiung, Juden-Emanzipation — eröffnet. Obendrein haben die opposi-

tionellen Blätter den Weg vorbereitet für die liberalen Zeitschriften: an ihrer Spitze Perthes' *Vaterländisches Museum* (1810—1811) und Ludens *Nemesis* (1814—1818)<sup>57</sup>). Als publizistischer Bahnbrecher des Liberalismus seien vor allem Ruges und Echtermeyers *Hallische* — dann *Deutsche Jahrbücher* (1838 bis 1843) genannt, die noch eine Fortsetzung unter Ruge und Marx in Paris mit dem Doppelheft der *Deutsch-Französischen Jahrbücher* (1844) erhalten haben<sup>58</sup>).

Gegen die titelreiche Flut der liberalen Publizistik wurde der Damm der konservativen Zeitschriften errichtet. Unter ihnen stellt Rankes, den Verhältnissen vornehm angepaßte *Historisch-politische Zeitschrift* (1832—1836) eine sprachliche Sonderleistung dar<sup>59</sup>). Wie umständlich sind dagegen die von der preußischen Regierung gleichfalls finanziell unterstützten Blätter des christlich-konservativen Sozialreformers Victor Aimé Huber zu lesen, die er unter dem bezeichnenden Titel *Janus* (1845—1848) veröffentlichte<sup>60</sup>). An die terminologisch verhüllte, im Grunde regressive soziale Dogmatik eines Johann Karl Rodbertus in der *Berliner Revue*, die sich im Untertitel als *Socialpolitische Wochenzeitschrift* (1855 bis 1871) bezeichnete, sei gleichfalls erinnert<sup>61</sup>).

In einem noch zu erstellenden Rapport über die konservative Zeitschriften-Publizistik ließe sich nicht leugnen, daß aus ihrem ideologischen Hab und Gut gefährliche Ansichten

<sup>54</sup>) Rudolf Kegel, Die nationalen und sozialen Werte in der Publizistik Christian Friedrich Daniel Schubarts. Unter besonderer Berücksichtigung seines Lebens und seiner Lebensumstände, Phil. Diss., Greifswald 1960; Erich Schairer, Christian Friedrich Daniel Schubart als politischer Journalist, Tübingen 1914; Johannes Tykiel, Die Weltanschauung Christian Friedrich Daniel Schubarts (1739—1791), Phil. Diss., Breslau 1940; ferner: Wilmont Haacke, Handbuch des Feuilletons, Bd. I, Emsdetten 1951, insbes. S. 177 ff.

<sup>55</sup>) Karl Alexander von Müller, Görres in Straßburg (1819/20), Stuttgart 1926; Hans A. Münster, Görres' Ansichten über die öffentliche Meinung, in: Zeitungswissenschaft, 1. Jg. 1926, S. 1 ff.; ders., Die öffentliche Meinung in Johann Joseph Görres' politischer Publizistik, Berlin 1926; Karl d'Éster, Johann Joseph Görres, in: Handbuch der Zeitungswissenschaft, Teil I, Leipzig 1940, Sp. 1318—1351 (dasselbst ausführliche Bibliographie). — Friedrich Heer, Eine deutsche Tragödie — Von der Revolution zur Reaktion. Joseph von Görres zum 200. Geburtstag, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr. 4 vom 25. 1. 1976.

<sup>56</sup>) Schellings Werke, herausgegeben von Manfred Schröter, Viertes Hauptband, Schriften zur Philosophie der Freiheit 1804—1815, München 1927.

<sup>57</sup>) Zu Perthes' Zeitschrift vgl. E. L. Kirchner, Das deutsche Zeitschriftenwesen, Teil I, S. 260; zu Ludens Zeitschrift: ebenda, S. 220.

<sup>58</sup>) Hans Rosenberg, Arnold Ruge und die „Hallischen Jahrbücher“, in: Archiv für Kulturgeschichte, Bd. 20, Leipzig—Berlin 1930, S. 281—308; Walter Neher, Arnold Ruge als Politiker und politischer Schriftsteller. Ein Beitrag zur Geschichte des 19. Jahrhunderts, Phil. Diss., Heidelberg 1934.

<sup>59</sup>) C. Varrentrapp, Rankes Historisch-Politische Zeitschrift und das Berliner Politische Wochenblatt, in: Historische Zeitschrift, 1907, Bd. 99, S. 35—119; ferner: Heinz-Otto Sieburg, Deutschland und Frankreich in der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, Band I (1815—1848), Wiesbaden 1954, S. 227 ff. und S. 241 ff., Band II (1848—1871), Wiesbaden 1958, S. 187 ff. und S. 253 ff.

<sup>60</sup>) Rudolf Elvers, Victor Aimé Huber: Sein Werden und Wirken, zwei Bände, Bremen 1872/74; Walter Tron, Victor Aimé Hubers soziologische und sozialpolitische Grundbegriffe, Phil. Diss., 1923; Ingwer Paulsen, Victor Aimé Huber als Sozialpolitiker (Friedewalder Beiträge zur sozialen Frage, Band 7), Berlin 1956.

<sup>61</sup>) Adalbert Hahn, Die Berliner Revue. Ein Beitrag zur Geschichte der konservativen Partei zwischen 1855 und 1875, Berlin 1933.



und böse Auffassungen in die *Alldeutschen Blätter* (1894—1932) übergegangen sind<sup>62</sup>). Deren Überheblichkeit und Chauvinismus haben sich — welch Mißverstehen der positiven Tugenden des preußischen Konservatismus! — bis in die *Nationalsozialistischen Monatshefte* (1930—1944) ausgewirkt. Dazwischen lagen allerdings Blätter wie *Deutsches Volkstum* (1917—1938), *Das Gewissen* (1919—1929) und *Arminius, Kampfschrift für deutsche Nationalisten* (1920—1927). Ernst Jünger verhielt hinter dessen Schild. Für *Die Kommenden* (1926—1930) pflanzte er *Die Standarte* (1925 bis 1928) auf, kommandierte er den *Vormarsch* (1927—1928), eine Zeitschrift Friedrich Hiel-schers, und überschritt er schneidig den *Widerstand* (1926—1934), das Organ von Ernst Niekisch und August Winnig<sup>63</sup>).

Außerlich attraktiver erschienen die zu Unrecht nur als „Witzblätter“ bezeichneten Organe. Bei näherem Zusehen erweisen sie sich als geistige und formale Fortsetzung der frühen oppositionellen Blätter der Spanne vor und nach 1789, ferner der Periodika des *Jungen Deutschland*, schließlich einzelner Organe der Bewegung des literarischen Naturalismus. In ihrer politischen Resonanz sind sie bisher nicht recht gewürdigt worden. Es handelt sich um Periodika wie *Kladderadatsch*, *Simplizissimus*, *Roter Pfeffer*, *Lachen links* und endlich gar die *Brennessel* der Nationalsozialisten. Solche populären Zeitschriften hatten auf ihren Seiten an die Stelle des Leitartikels die Karikatur gesetzt. Als politisch-polemisch-satirische Organe haben manche von ihnen internationale Wirkung erreicht<sup>64</sup>).

Solche vereinfachenden Längsschnitte durch die zunächst nur politischen, alsbald politisierten, schließlich hart politisierenden Zeitschriften ganzer Richtungen gilt es zu entwerfen, sobald man versucht, die bis ins 20. Jahr-

hundert reichenden Zusammenhänge sichtbar zu machen. Besonders schwierig gestaltet sich dabei die Einordnung der für den Durchbruch des Sozialismus kämpfenden Zeitschriften, die bisher im Gegensatz zu den von der herkömmlichen deutschen Historikerschaft stets bevorzugt behandelten konservativen Organen nahezu unerforscht geblieben sind<sup>65</sup>). Ihre Vorläufer sind bereits vor 1848 in der Emigration erschienen. Darunter bleiben hervorzuheben der unter der Mitarbeit von Karl Marx erschienene Brüsseler *Vorwärts* (1844 bis 1845), Moses Hess' *Gesellschaftsspiegel* (1845—1846) und die in London nur in einem Heft publizierte *Kommunistische Zeitschrift* (1847).

Während der sechziger Jahre herrschte im sozialistischen Lager — nicht nur ob der Zerspaltenheit in Lassalleaner und Marxisten — ein kaum zu entwirrendes Übergehen von Zeitschriften in Zeitungen und umgekehrt. Beispielsweise ist der aus dem *Demokratischen Wochenblatt* (gegründet 1868) hervorgegangene *Volksstaat* (1869—1876) Wilhelm Liebknechts zunächst mehr Zeitschrift als Zeitung gewesen. *Der Socialdemokrat* (1864 bis 1871) und *Der neue Socialdemokrat* (1871 bis 1876) Johann Baptist Schweizers waren auf dem Wege von der Zeitschrift zur Zeitung weit vorangekommen, als sie 1876 im *Vorwärts* (1876—1878) zu einer wirklichen Tageszeitung verschmolzen wurden<sup>66</sup>). Doch durch das Sozialistengesetz schon 1878 ins Exil gedrängt, mußte das Fortsetzungsblatt *Sozialdemokrat* (erst in Zürich, dann in London) abermals in eine Zeitschrift zurückverwandelt werden. Zwischen 1891 und 1933 war der *Vorwärts* eine Tageszeitung von Reichsbedeutung und Weltecho. Nach 1933 nahm er in Karlsbad und Paris abermals Zeitschriftencharakter an. Ab 1955 wird er als Wochenzeitung verlegt. Wie alle politischen Wochenzeitungen der Gegenwart trägt er damit abermals

<sup>62</sup>) Erich Leupolt, Die Stellung der bedeutendsten politischen Zeitschriften Deutschlands zum neuen Kurs der deutschen Außenpolitik bis zum Rücktritt Bülow's, 14. Juli 1909, Phil. Diss., Leipzig 1933 (darin über die „Alldeutschen Blätter“ bes. S. 92 bis 106); ferner: Helmut Hüttig, Die politischen Zeitschriften der Nachkriegszeit in Deutschland. Von der ersten Milderung der Pressezensur bis zum Locarnovertrag, Phil. Diss., Leipzig 1928, S. 20 f.

<sup>63</sup>) Harry Pross, Literatur und Politik, a. a. O. (zum „Gewissen“: S. 88; zum „Deutschen Volkstum“: S. 96 f., S. 245 ff.; zum „Arminius“: S. 118; zu den „Kommenden“: S. 116, 118 u. a. O.; zur „Standarte“: S. 118 f.; zum „Vormarsch“ ebenda; zum „Widerstand“: S. 122 ff. und S. 274 ff.). Zu Ernst Niekisch vgl. ferner Joseph E. Drexel, Der Fall Niekisch. Eine Dokumentation, Köln—Berlin 1964.

<sup>64</sup>) Christian Gehring, Die Entwicklung des politischen Witzblattes in Deutschland. Beiträge zu seiner Geschichte, Leipzig 1927.

<sup>65</sup>) Die Fakultät für Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig hat seit ihrer Gründung zu diesem Problembereich eine Reihe von Forschungen veröffentlicht. (Vgl. z. B.: Publikationen für die journalistische Weiterbildung, Fakultät für Journalistik, Leipzig 1966). Vgl. ferner Karl Bittel, Karl Marx als Journalist. Vortrag, Berlin 1953 (= Vorträge zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse 30).

<sup>66</sup>) Kurt Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914—1933 (Deutsche Presseforschung Bd. 1), Heidelberg 1958; ders., Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Geschichte der deutschen Presse. Teil II. Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, Band 6, Berlin 1966; ders., Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Hannover 1966; ders., „Vorwärts“, in: Staatslexikon, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft, hrsg. von der Görres-Gesellschaft, 8. Bd., Freiburg 1963<sup>6</sup>, Sp. 391—394.



Zeitschriften-Charakter. Er vermittelt nicht Tagesgeschehen, sondern ist um Distanz bemüht, oder, um es mit Gottfried Benn zu sagen, er resümiert das „Fazit der Perspektiven“.

Die führende Vorkriegszeitung der neuen Sozialdemokratie, *Die neue Zeit* (1883—1923), hat erst in der Bundesrepublik in dem Organ

*Die neue Gesellschaft* (gegr. 1954) Nachfolgegesellschaft gefunden. Das Zeitschriftenwesen der kommunistischen Partei, beginnend mit der *Freiheit* (1918), dem Berliner Organ der USPD, fortgeführt durch *Die Linkskurve* (1929 bis 1932), bedarf des Wiederfindens und sachlichen Einordnens der Dokumente mit Hilfe besonderer Studien.

## VI. Konfessionelle Gruppierungen im Zeitschriftenwesen des 19. und 20. Jahrhunderts

Auf protestantischer Seite hat es bereits während des 18. Jahrhunderts eine Fülle von Zeitschriften gegeben. An der politischen Aufklärung haben sie nur ausnahmsweise teilgenommen, darunter akzidentiell Löschers *Unschuldige Nachrichten* (1701—1750). Im 19. Jahrhundert ist der Protestantismus zuerst durch Hengstenbergs *Evangelische Kirchenzeitung* (1827—1930) politisch aktiv geworden<sup>67)</sup>. Unter immer neuen Titeln hat Nathusius' *Konservative Monatsschrift für Politik, Literatur und Kunst* von 1844—1922 existiert. Auf die Zeitschriftenpublizistik Stoekers, Todts, Rades, Mumms, Jagows sei kurz verwiesen. Sie verraten allesamt eine permanente Ratlosigkeit gegenüber der Sozialen Frage<sup>68)</sup>. Friedrich Naumanns publizistische Leistung durch die Zeitschrift *Die Hilfe* (1895—1943) ist in der umfassenden Biographie von Theodor Heuss geschildert<sup>69)</sup>. Übersehen wird gern, daß *Die Tat* (1909 bis 1938), fortgesetzt als *Das XX. Jahrhundert* (1934—1944), aus verwandter Richtung stammte<sup>70)</sup>. Solche Zusammenhänge lassen verstehen, warum Hans Zehrer 1948 in Hans Liljes *Sonntagsblatt* als Chefredakteur geholt wurde und weshalb Giselher Wirsing 1948 der Redaktion von *Christ und Welt* willkommen war.

Konservativismus und Protestantismus sind in ihren Zeitschriften von Beginn bis zur Gegenwart oft Hand in Hand gegangen. Man denke an die in den Organen beider Richtungen durch alle Epochen beobachtbare und sich stets gleichbleibende Ablehnung der Französischen Revolution.

Die katholischen Zeitschriften des 18. und des frühen 19. Jahrhunderts schienen zunächst nur Literatur und Unterhaltung zu pflegen. Jenseits solcher Interessen zeigten sie jedoch, wie Sprengers *Fränkischer Zuschauer* (1772 bis 1773), frühzeitig politischen Sinn für das Schulwesen. Gerade die katholische Kirche hat in der Schule stets das beste Mittel gesehen, die Menschen konsequent zu beeinflussen<sup>71)</sup>. Als Instrument nachhaltiger Meinungsführung haben Joseph und Guido Görres gemeinsam mit Georg Phillipps und Carl Ernst Jarcke die *Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland* (1838—1923) zum Organ eines zähen Ultramontanismus gemacht<sup>72)</sup>. Sie sind unter dem Titel *Gelbe Hefte* (bis 1941/42) fortgesetzt worden.

In die Landschaft der Monatsrevuen hat der im publizistischen Bereich allzeit wachsame Katholizismus das *Hochland* gesetzt<sup>73)</sup>. Seit 1903 wirkte und wirkt es — mit einer durch den Nationalsozialismus bedingten Unterbrechung — in der Bundesrepublik weiter; es hatte zuletzt unter der Regie des Publizisten

67) August Hinderer, *Presse*, in: *Die Religion in Geschichte und Gegenwart*, Tübingen 1930, Sp. 1440 bis 1467.

68) Walter Frank, *Adolf Stoecker und die christlich-soziale Bewegung*, Phil. Diss., München 1927.

69) Theodor Heuss, *Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit*, Stuttgart 1937, 2. Aufl. Stuttgart/Tübingen 1949; Richard Nürnberger, *Imperialismus, Sozialismus und Christentum bei Friedrich Naumann*, in: *Historische Zeitschrift*, Band 170, München 1950, S. 525—548; Werner Conze, *Naumann*, in: *Staatslexikon*, Freiburg 1960<sup>6</sup>, S. 992 bis 995; Friedrich Naumann, *Werke*, herausgegeben im Auftrage der Friedrich-Naumann-Stiftung, Bd. I—IV, Köln—Opladen 1964 ff.

70) H. P. Brunzel, *Die „Tat“ 1918—1933*, Phil. Diss., Bonn 1952; K. Dietze, *E. Diederichs als Zeitschriftenverleger*, 1940.

71) Klemens Löffler, *Geschichte der katholischen Presse Deutschlands*, M.-Gladbach 1924; Paul Weilbacher, *Augustinusverein. Festschrift zum 25jährigen Jubiläum*, Köln 1903; Wilhelm Kisky, *Die Gründung des Augustinus-Vereins*, in: *Das Werden der katholischen Presse*, Sondernummer der „Germania“, 18. Juni 1928.

72) Franz Rhein, *Zehn Jahre „Historisch-politische Blätter“ 1838—1848. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Zentrums*, Phil. Diss., Bonn 1916; ferner E. L. Kirchner, *Das deutsche Zeitschriftenwesen*, Teil II, S. 91.

73) E. Gitschner, *Die geistige Haltung der Monatschrift „Hochland“ in den politischen und sozialen Fragen ihrer Zeit 1903—1933*, Phil. Diss., München 1952.



Helmut Lindemann als *Neues Hochland* eine Auffrischung erfahren und mußte dennoch 1974 eingehen. Als zeitschriftenartig redigierte *Wochenzeitung für Politik, Kultur und Wirtschaft* führte der von Kramer und Röpke 1946 gegründete, seit langem von Roegele geleitete *Rheinische Merkur* in unermüdlicher Sekundanz Adenauers zeitweilig eine Sprache, die der des alten Görres und seiner antipreußischen Streitschrift *Athanasius* (1837) nahe kam.

Neben den evangelischen und katholischen politisch wirkenden Zeitschriften mußten aus

Gründen der Objektivität die antikonfessionellen und atheistischen Zeitschriften angeführt werden. Sie sind bisher noch kein einziges Mal, wie das für die Organe des Pazifismus wenigstens durch die Recherche von Rosa Kempf über „Der deutsche Pazifismus und seine Presse“ geschehen ist<sup>74</sup>, auch nur bibliographisch erfaßt worden. Hinzuweisen ist vorderhand nur auf Hennings Zeitschrift *Das freie Wort* (1901—1921). Durchweg trugen und tragen sie sektiererischen Charakter, was ihre öffentliche Wirkung zwangsläufig eingeschränkt hat.

## VII. Rundschau — Revue — Review

In der Nachbarschaft der politisch-satirischen Organe gebührt den „Zeitschriften unabhängiger Persönlichkeiten“ ein angemessener Platz. Hardens *Die Zukunft* (1892—1922), Kraus' *Die Fackel* (1899—1936), Carl v. Ossietzkys *Die Weltbühne* (1918—1933), ferner Grossmanns und Schwarzschilds *Tagebuch* (1920—1933) und *Das neue Tagebuch* (1933—1940) zählen nebst ihren während der Emigration edierten Fortsetzungen zu den bestgeschriebenen politischen Zeitschriften deutscher Sprache<sup>75</sup>. Woran lag es, daß sie draußen weiterlebten, jedoch in der Bundesrepublik keine Auferstehung fanden? Bonn ist nicht Weimar — und das anregende Klima der Metropole Berlin fehlt. Außerdem bedeuten die Wendemarken 1933 und 1945 für die Zeitschriftenpublizistik einen entschiedenen und nie verwundenen Bruch der Kontinuität.

Durch das Aufzeigen des Typus „Revue“ lassen sich die bis zur Gegenwart geführten Längsschnitte sinnvoll abschließen. Als Monatsumschau hat sie von jeher allen Gebieten des politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Fort- und Rückschritts Aufmerksamkeit geschenkt. Weil sie das politische Dasein nicht im Detail schildert oder Einzelfälle begutachtet, sondern weil sie als

„Rundschau“, „Revue“ oder „Review“ das öffentliche Leben in seiner Gesamtheit betrachtet, veranschaulicht sie klarer als einseitige Organe das politische Auf und Ab.

Aus dieser Gruppe ragen hervor Cottas *Deutsche Vierteljahresschrift* (1838—1870), Kurandas, Freytags und Julian Schmidts *Die Grenzboten* (1841—1922), Prutz' *Deutsches Museum* (1851—1867), Dunckers, Hayms, Delbrücks *Preußische Jahrbücher* (1858—1935), Alfred Doves *Im Neuen Reich* (1871—1881), Paul Lindaus *Die Gegenwart* (1872—1931), Rodenbergs *Deutsche Rundschau* (1874—1964)<sup>76</sup>, Barths *Die Nation* (1883—1936), *Die Neue Rundschau* (1890 bis zur Gegenwart)<sup>77</sup>, *Die Zeit* (1894—1904) und die *Österreichische Rundschau* (1905—1924), Friedrich Naumanns *Die Hilfe* (1895—1943), des Verlegers Langens und anderer Herausgeber *März* (1907—1917), Sombarts und Brandes' *Morgen* (1907—1909), Flechtheims und Wedderkopps *Der Quer-*

<sup>76</sup>) Karl-Wolfgang Mirbt, Theorie und Technik der Camouflage. Die „Deutsche Rundschau“ im Dritten Reich als Beispiel publizistischer Opposition unter totalitärer Gewalt, in: Publizistik, 9. Jg. 1964, Heft 1, S. 3—16; ferner: Volker Mauersberger, Rudolf Pechel und die „Deutsche Rundschau“. Eine Studie zur konservativ-revolutionären Publizistik in der Weimarer Republik (Studien zur Publizistik, Bremer Reihe, Band 16), Bremen 1971; ferner: Rosemarie Schäfer, Rudolf Pechel und die „Deutsche Rundschau“ 1946—1961. Zeitgeschehen und Zeitgeschichte im Spiegel einer konservativen politischen Zeitschrift. Eine Studie zur konservativen Publizistik in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg (Göttinger Dissertation 1975, derzeit im Druck befindlich).

<sup>77</sup>) Wolfgang Grothe, Die Neue Rundschau des Verlages S. Fischer. Ein Beitrag zur Publizistik und Literaturgeschichte der Jahre von 1890 bis 1925, Phil. Diss., Berlin 1960 (Archiv für Geschichte des Buchwesens, 28).

<sup>74</sup>) In: Süddeutsche Monatshefte, Jg. 21, Heft 9, München 1924.

<sup>75</sup>) Vgl. den Beitrag: Die literarischen und kulturpolitischen Zeitschriften, in: Exil-Literatur 1933 bis 1945, hrsg. von Kurt Köster (Band 1 der Sonderveröffentlichungen der Deutschen Bibliothek), Frankfurt/Main 1965, S. 277—298; ferner: R. Drews und A. Kantorowicz (Hrsg.), Verboten und Verbrannt. Deutsche Literatur — 12 Jahre unterdrückt, Berlin—München 1947; W. Sternfeld und E. Tiedemann, Deutsche Exil-Literatur 1933—1945. Eine Bibliographie, Heidelberg—Darmstadt 1962.



Joachim Moras *Europäische Revue* (1925 bis 1944) und Kleins und Fechtens *Deutsche Zukunft* (1933—1940). Letztere wurde 1940 dazu verurteilt, in Goebbels' *Das Reich* (1940 bis 1945) aufzugehen<sup>78)</sup>.

Wäre nicht ein Teil der politisierenden *all-round reviews* nach 1945 unter ihren ererbten Titeln abermals erschienen, könnte man den Untergang der *Deutschen Zukunft* in *Das Reich* als ein Symbol für das Ende jenes stets lesenswert gebliebenen Zeitschriftentypus höchster Entwicklung nehmen.

Haben die kulturpolitischen Revuen nach 1945 nur noch eine Scheinblüte erlebt? Sind sie ebenso wie die ihnen nachfolgenden, den Zeitgenossen gegenwärtig allenfalls noch dem Namen nach bekannten Revuen aus der ersten, vor der Währungsreform beobachteten Gründungswelle, an die Wand gedrängt worden? Zweifellos wurden viele von ihnen im Laufe der fünfziger und sechziger Jahre von den als Wochenzeitungen aufgemachten Zeitschriften des *Observer*-Typus überholt. Offensichtlich entwickelt sich die politische Zeitschrift weiter zu einem nunmehr zwischen Monatsschrift und Tageszeitung stehenden, allwöchentlich publizierten *mixtum compositum* der „Wochenzeitung“; diese Umformung traditionsreicher Typen ist noch weiter im Gange<sup>79)</sup>. Erinnert sei für das Zeitschriftenwesen der Bundesrepublik an *Die Wandlung* (1945—1949), *Die Gegenwart* (1946—1958), *Dokumente* (1945 ff.), *Der Ruf* (1946—1949), die *Frankfurter Hefte* (1946 ff.)<sup>80)</sup>. In diesem Zusammenhang ist der Rundschau der Deutschen Demokratischen Republik *Aufbau*

zu gedenken<sup>81)</sup>. Den auf das politische Leben der Gegenwart zweifellos nach wie vor einwirkenden Revuen des traditionellen Typus hat Harry Pross nachgesagt, daß sie wie „die entwickelte Welt“ des Planes „einer besseren Gesellschaft“ entbehrten. Die Zeitschrift *Der Monat* sei „prospektlos“ geblieben. Sie habe ebenso „wenig Zukunftsverheißung“ in sich getragen wie die *Neuen Deutschen Hefte* von Joachim Günther (seit 1953, zuerst mit Paul Fechter) oder die *Partisan Review*, die *Revue des deux mondes*, *Kultura* oder *Nowyj mir*, das *Wiener Forum* und *Swesda*. Die Wunschvorstellung des die bisher noch vorhandenen Revuen traditionellen Stils kaum bejahenden Harry Pross gilt einer nicht vorhandenen Rundschau, „die sich über die Mauern zwischen den ideologischen Blöcken hinwegsetzt und zugleich den afroasiatischen Nationalismus ernst nimmt“<sup>82)</sup>.

Als Pross diese vernünftige Forderung nach einer zwar deutschsprachig gestalteten, aber übernational ausgerichteten Revue aussprach, hat er übersehen, daß es sie schon einmal gegeben hat. Nur von Juli 1947 bis August 1948 konnte Alfred Kantorowicz die Zeitschrift *Ost und West* herausgeben. In der Einführung des von den damals zuständigen Besatzungsmächten höchst ungerne und nur allzu kurzfristig geduldeten Periodikums hieß es: „Die Zeitschrift, deren erste Nummer nun in ihren Händen ist, trägt den Titel: ‚Ost und West‘. Der Akzent liegt auf dem ‚Und‘.“ Kantorowicz schrieb ferner: „Deutschland in seiner gegenwärtigen Situation kann weder die amerikanische Lebensform noch die Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion schematisch adoptieren.“ Deutschland müsse, so äußerte sich der 1947 in sein Vaterland zurückgekehrte Prophet, eine „angemessene Lösung der sozialen, ökonomischen und ideologischen Probleme des Zeitalters selber finden“<sup>83)</sup>.

<sup>81)</sup> Bernhard Zeller (Hrsg.), *Als der Krieg zu Ende war. Literarisch-politische Publizistik 1945—1950*, München 1974<sup>2</sup>.

<sup>82)</sup> Harry Pross, *Literatur und Politik*, a. a. O., S. 144.

<sup>83)</sup> Alfred Kantorowicz, Einführung, in: *Ost und West. Beiträge zu kulturellen und politischen Fragen der Zeit*, Heft 1, Juli 1947, S. 3—8; ferner: Barbara Baerns, „Ost und West“ — eine Zeitschrift zwischen den Fronten. Zur politischen Funktion einer literarischen Zeitschrift in der Besatzungszeit 1945—1947, Phil. Diss., Berlin 1967; Alfred Kantorowicz, *Deutschland-Ost und Deutschland-West. Kulturpolitische Einigungsversuche und geistige Spaltung in Deutschland seit 1945*, in: *Sylter Beiträge*, hrsg. von Manfred Wedemeyer, Heft 2, Münsterdorf 1972.

<sup>78)</sup> Sabine Fechter, Paul Fechter. Wege und Formen der Opposition im Dritten Reich, in: *Publizistik*, 9. Jg. 1964, Heft 1, S. 17—39; Gerd Renken, *Die deutsche Zukunft und der Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Geschichte des geistigen Widerstandes in den Jahren 1933—1940*, Phil. Diss., Berlin 1970; ferner: Facsimile-Querschnitt durch das „Reich“ (eingeleitet von Harry Pross, herausgegeben von Hans Dieter Müller), München—Bern—Wien 1964; Erika Marten, Zum Beispiel: „Das Reich“. Zur Phänomenologie der Presse im totalitären Regime, Köln—Gütersloh 1972.

<sup>79)</sup> Das Problem, ob eine „Wochenzeitung“ als Zeitung oder ob sie als Zeitschrift anzusehen ist, hat bisher noch keine wissenschaftliche Erörterung gefunden. Folgt man der Charakteristik Walter Fabians in dem Beitrag: *Die Wochenzeitungen* (abgedruckt in: Harry Pross: *Deutsche Presse seit 1945*, Bern—München—Wien 1965, S. 159—172), ist die anspruchsvolle Wochenzeitung als kulturpolitische Zeitschrift einzuordnen. Vgl. Wilmont Haacke, *Die politische Zeitschrift 1665—1965*, Band I, Stuttgart 1968.

<sup>80)</sup> Vgl. z. B.: *An unsere Leser!*, in: *Frankfurter Hefte*, 1946, 1. Heft; ferner: *Die Anzeige des „Monats“* in: *Die Zeit*, Nr. 1 vom 6. 1. 1967.



Zeitschriften, die eine derartig weitgespannte Problematik zu ihrem Programm erhoben und dieses „angemessen“ zu verwirklichen trachteten, hat es im Nachkriegsdeutschland allenfalls in jeweils von neuem gewagten Ansätzen gegeben. Solche notwendigen Versuche weiterhin zu unternehmen, das verlangt freilich die bestehenden publizistischen Bemühungen, wie sie innerhalb des gesamten Bereiches der politischen Zeitschrift im deutschsprachigen Raum erkennbar sind, zukünftig nachhaltiger zu fördern. Dies in überlegter Weise zu leisten, dürfte für das geistig-politische Selbstverständnis — im Hinblick auf das Gewinnen einer stärkeren Identifizierung breiterer Gruppen mit dem demokratischen Gemeinwesen, darüber hinaus zum Schaffen weiterer Kontinuität liberalen Denkens — gewichtig sein und bleiben <sup>84</sup>).

---

<sup>84</sup>) Wilmont Haacke, *Erscheinung und Begriff der politischen Zeitschrift* (Reihe: *Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart*, Heft 355), Tübingen 1968; Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), *Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts* (Publizistik-Historische Beiträge, Band 3), Pullach bei München 1973.

Nichts gilt so unzeitgemäß, als Goethe zu zitieren. Doch — warum nicht, um einer guten Sache willen, wenigstens ein paar Stöße gegen den Strom schwimmen? Im dreizehnten Kapitel von „*Dichtung und Wahrheit*“ bewundert der Staatsmann aus Weimar den Osnabrücker Publizisten Justus Möser. Bei dieser Gelegenheit äußert er sich über die zwischen Staat und Gesellschaft um stetes Aufklären herrschender Zustände bemühten politischen Zeitschriften: „Dieses unvergleichlichen Mannes kleine Aufsätze, staatsbürgerlichen Inhaltes, waren schon seit einigen Jahren in den Osnabrücker ... Blättern abgedruckt ... und mir bekanntgeworden.“ Mit Möser spreche „ein vollkommener Geschäftsmann ... in Wochenblättern zum Volke, um dasjenige, was eine einsichtige wohlwollende Regierung sich vornimmt oder ausführt, einem jeden von der rechten Seite fasslich zu machen ...“ <sup>85</sup>).

---

<sup>85</sup>) Weitere Einzelheiten und bibliographische Hinweise bei Wilmont Haacke, *Handbuch des Feuilletons*, Band I—III, Emsdetten 1951—1953.



# Die Intellektuellen und die Politik \*)

## Der Kritiker

Um es vorweg zu sagen: Auf eine kritische Distanz zum Thema kann ich mich hier nicht berufen, vielmehr auf Betroffenheit und die Unteilbarkeit der Person. Der kritische Autor, als der ich jahrelang Politik zu verfolgen versucht habe, bin ich nicht mehr allein, vielmehr mitgefangen als Politiker. Wenn deswegen vielleicht dieses kritisierende und gleichzeitig kritisierte Ich in meinen Ausführungen etwas häufiger vorkommt, als es sonst meine Art ist, nehmen Sie das Ich bitte als ein Instrument zum Bemühen um Versachlichung.

Über die Rolle der kreativen Intelligenz im Lande im Verhältnis zur politischen Verantwortung und den Personen, die sie jeweils tragen, wird man nie ausreden und zu Ende diskutieren können. Das Thema ist zu komplex. Es zwingt der Reflexion wie der Erfahrung immer neue Gesichtspunkte auf.

„Geist und Macht, das angeblich strenge Gegensatzpaar, üben oft und gern Rollentausch. Denn so mächtig der Einfluß der Politik auf die Gesellschaft sein mag, längst hat sie ihre Macht teilen müssen: gerade Sie als Schriftsteller sollten Ihren Einfluß nicht unterschätzen.“

Das hat Willy Brandt als Bundeskanzler am 21. November 1970 auf dem ersten Schriftstellerkongreß des Verbands deutscher Schriftsteller (VS) gesagt. Es war ein euphorischer Augenblick. Über 500 Autoren und Journalisten waren in der Stuttgarter Liederhalle versammelt. 2 000 Gäste hörten zu. Die Reden von Willy Brandt, Heinrich Böll, Günter Grass, Martin Walser (der die „IG Kultur“ forderte) wurden ins Foyer und einen Nebensaal übertragen. Es war noch die Zeit der Reformfreudigkeit. Die Gesellschaft in der Bun-

desrepublik hatte sich weiter als je zuvor für linksliberale Forderungen und Positionen geöffnet. In diesem Klima konnte man der schönen Täuschung erliegen, Geist und Macht hätten sich miteinander versöhnt.

Wie verändert die Lage sich 1975 darstellt, das wird jedem deutlich, der sich mit nüchternem Blick in der geistigen Landschaft von Kultur und Medien heute umschaute. Eine neue Privatheit hat die Künste erfaßt. In vielen Refugien besteht offensichtlich wieder ein Bedürfnis zur Errichtung von Elfenbeintürmen. Die kreative Intelligenz und die Politik haben Abstand voneinander genommen. Fast erschrocken reagieren einige Künstler und Schriftsteller im Rückblick auf die Phase — wie es scheinen will — allzu enger Berührung. Was war geschehen? Die „Einigkeit der Einzelgänger“ (Motto des Stuttgarter Schriftstellerkongresses), die zu einer für kritische Köpfe erstaunlichen Solidarisierung von Autoren mit Autoren und Schriftstellern mit Politikern geführt hatte, erwies sich als Ausnahmezustand. Es kostet Mühe, auch nur soviel davon in die zweite Hälfte der siebziger Jahre hinüberzuretten, wie zum Beispiel der Schriftstellerverband zum Durchsetzen der dringendsten sozialen, ökonomischen und rechtlichen Forderungen braucht.

## Kunst und Gesellschaft

Wie eine Gesellschaft die ihr zeitgenössische Kunst und Literatur behandelt und konsumiert und welchen Rang sie den kreativen Einzelnen einräumt, das sagt über ein Land und seine Bewohner Kennzeichnendes aus. Es lohnt, an dieser Stelle darüber nachzudenken, welche Rolle denn tatsächlich der Literatur und Kunst, insbesondere der zeitgenössischen, in der Öffentlichkeit zukommt. Diese Fragestellung wird zwar pausenlos in Fachzirkeln wie unter Betroffenen, auf Akademien und Volkshochschulen im Kreis bewegt, aber das gelenkige Meinungsspiel der Insider vermag das Publikum kaum zu beeindrucken. Das Verfassen intellektueller Selbstportraits mit dem Ausdruck von Ratlosigkeit ist langweilig geworden. Zwischen den Zeitläufen, zwischen außerparlamentarischer Opposition, Studen-

\*) Unter diesem Thema fand im Politischen Club der Evangelischen Akademie Tutzing vom 26. bis 28. September 1975 eine Arbeitstagung statt. Politiker, Publizisten, Wissenschaftler und ein Teilnehmerkreis aus den unterschiedlichsten Berufen diskutierten Fragen im Spannungsfeld zwischen Geist und Macht. Das Referat, das Dieter Lattmann als Autor und sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter hielt, erscheint hier in einer für den Druck gestrafften Fassung. Ein weiteres, von CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf auf dieser Tagung gehaltenes Referat wird in wenigen Wochen gleichfalls an dieser Stelle veröffentlicht.



tenbewegung und Neokonservatismus hat sich daran weniger als vermeint geändert.

Zumal die Schriftsteller haben ironischerweise generationenlang die Einschätzung angenommen, welche die Gesellschaft für sie be-reithielt. Was einigen Prominenten gelang — wirtschaftliche Unabhängigkeit und öffentliche Geltung — wurde zur Zielvorstellung für eine ganze Berufsgruppe. Allzu lange wurde Geniekult betrieben. Der Erfolgreiche galt alles, der Namenlose nichts. Ein fragwürdiger Wertbegriff des „kulturell Bedeutsamen“ regelte auch das Verfahren öffentlicher Förderung der Literatur und der Künste.

Zu untersuchen ist vor allem der *Kulturbegriff*, auf den sich eine Gesellschaft — meist ohne Mitwirkung der Betroffenen — geeinigt hat. Hartnäckig hält sich in der Bundesrepublik das politische Mißverständnis, Kunst und Literatur diene der inwendigen wie auswärtigen Repräsentanz des Landes, und zwar immer dann, wenn einmal — meist recht zufällig — Bedarf danach aufkommt. Es besteht ein gewisses Erbauungsbedürfnis für ein Wolkenkuckucksheim. In das sehnen sich übrigens auch viele Autoren und Künstler nach ihren mitunter ziemlich kurzatmigen Auftritten in den dramatischen Auseinandersetzungen um den Zeitgeist resigniert zurück. Die aktuelle Szene der künstlerischen Republik bietet dafür auch jenseits der Modediskussion um eine Tendenzwende gewichtiges Anschauungsmaterial. Das Gerücht, Kunst und Literatur seien unpolitisch, wird von den daran Interessierten wieder kräftig genährt.

In Wirklichkeit gibt es — im Sinn der res publica — keine von Politik unberührten Freiräume im kulturellen Terrain. Es hat sie auch niemals gegeben, nur das Verlangen danach kam immer wieder auf. Der alte Traum mancher Künstler und Intellektueller, auf gleichsam unverbindlichem Richterstuhl außerhalb der Gesellschaft zu sitzen und deren Entwicklung nur zu kommentieren, bereitete niemandem ungestörtes Erwachen. Er entsprach übrigens haargenau dem schier unerschöpflichen Vermögen der kulturöffentlichen Gesamtheit, noch mit künstlerischen Rebellionen vorwiegend kulinarisch umzugehen.

Auch heute gilt hierzulande als Kultur in erster Linie noch immer das, was man — unbedroht von Schrecknissen — öffentlich sehen und hören kann. Es scheint wieder verstärkt dem Zweck zu dienen, daß sich Staatsrepräsentanten wie weiland die Landesfürsten mit ihren Hoftheatern auch heute noch mit auf-führbarem schmücken können. Wer diese Regel durchbricht und Reaktionsfähigkeit von

staatlichen Einrichtungen und ihren Einrichtern auf unkonventionelle Ideen, ja eine gewisse Risikofreudigkeit erwartet, gerät nicht in die Verstrickung geistiger Höhenflüge, sondern in die zermarternden Fänge der Ministerialverwaltung und der Parteienhierarchie.

Jedenfalls gilt: Maler bleib bei deinem Pinsel, Komponist bleib bei deinen Noten, Schriftsteller bleib bei deinen belletristischen Themen. Grenzüberschreitungen sind beim Publikum und den Spitzen zuständiger Gremien unbeliebt.

Die Struktur der Gesellschaft in der Bundesrepublik ist nachweisbar konservativ. Vor diesem Hintergrund wird fast jede öffentliche Stellungnahme eines Schriftstellers oder Künstlers, die politischen Problemen gilt, als Einmischung in eine ihm fremde Fachzuständigkeit empfunden und emotional abgelehnt. Dabei gilt in deutschen Landen noch immer die Regel, daß man Kritik an öffentlichen Zuständen eher von rechts als von links toleriert. Obendrein ist die Bereitschaft zur Selbstzensur in den Medien bei nicht wenigen Mitarbeitern durch politische und unternehmerische Drohgesten nur allzu bald auslösbar. Die Ministerialverwaltung neigt ohnehin zum Ausführen nichtgegebener Befehle in Richtung Intoleranz gegenüber zeitkritischer Literatur und Kunst. Das hat sich seit der Ära der „Pinscher“ nur höchst unvollkommen geändert.

Derzeit baut ein Trend des öffentlichen Bewußtseins eher wieder mühsam erstrittene Freiräume ab. Man ist auch der radikalmoralischen Forderung aus dem Mund von Autoren und Künstlern überdrüssig geworden und neigt wieder einmal dazu, das Kind mit dem Bade auszuschütten (nach Böll: „ohne vorher das Wasser abzulassen“).

Diejenigen Schriftsteller, deren zeitkritisch-politisches Wort in der Öffentlichkeit am meisten gilt, Böll, Grass und einige andere, stehen damit in einer Verantwortlichkeit des Formulierens, die der maßgeblicher Politiker entspricht. Wenn Heinrich Böll einmal in einer Extremismus-Kritik im Medium Fernsehen, das oft so millionenträchtig und stumpf wie eine Boulevardzeitung ist, von der „kriminellen Sünde der Differenzierung“ sprach, die er begehe, konnte er sicher sein, außerhalb von Intellektuellenkreisen gründlich mißverstanden zu werden. Das große Publikum hat kein Organ für derlei bittere Ironie. Hängen blieb wohl nur die Vorstellungskombination: Böll-Extremisten-kriminell, und das



ist schlimm. Auch geht es hierbei in keiner Beziehung ums beweisbare Rechthaben, denn natürlich hatte Böll subjektiv recht. Es geht vielmehr um die Berechenbarkeit gewählter Ausdrücke in der Öffentlichkeit, kurzum: die Tatsache, daß Emotionen, die demokratisches

oder undemokratisches Verhalten beeinflussen, steuerbar sind. In der Politik müssen auch Schriftsteller und Künstler eine jeder-mann verständliche Sprache sprechen oder sie versäumen Wirkungsmöglichkeiten einer grundsätzlichen Humanität.

## Intelligenz und Zeitgeist, Demokratie und Macht

Erschwert werden alle Verständigungen zwischen der kreativen Intelligenz und den politisch Mächtigen heute zudem durch eine mit Erbitterung und teilweise Falschheit geführte öffentliche Diskussion, die hier nicht ausgespart werden darf. Ich meine den Vorwurf, den bestimmte publizistische Organe und auch politische Kräfte der intellektuellen Linken unter dem Reizwort „Sympathisanten“ machen. Auf einem in München erscheinenden Magazin prangte die diskriminierende Schlagzeile „Die geistigen Bombenwerfer“. Dem Thema Intelligenz und Gewalt muß sich stellen, wer über die künstlerische und wissenschaftliche Elite in Verbindung mit Politik spricht.

Berührt sind davon Grundfragen des Verhältnisses zwischen Intelligenz und Zeitgeist, Demokratie und Macht überhaupt. Es ist in diesem Zusammenhang, denke ich, erforderlich, sich zu erinnern, wie alles begann. Denn offensichtlich gibt es im Leben der Völker zyklische Prozesse, deren Zwangsläufigkeit allerdings im voraus nie erwiesen, eher im Nachhinein festgestellt wird. Zwei Jahrzehnte lang war in der Bundesrepublik eine historische Schrecksekunde bestimmend, in der das Tausendjährige Reich politischen Gewalttätern den Atem verschlagen hatte. Erst eine neue Generation machte sich frei davon.

Niemand bezweifelt heute im Rückblick das außerordentliche intellektuelle und moralische, teilweise erklärt christliche Niveau der Außerparlamentarischen Opposition und des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, des SDS, in der Initialphase ihrer politischen Wirkung Mitte der sechziger Jahre. Die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition wäre ohne den Reflex der Gesellschaft auf die Forderungen der jungen Generation nach mehr Demokratie nicht möglich gewesen.

Unübersehbar sind aber auch die Markierungspunkte der Entwicklung, an denen sich die Studentenbewegung teilte und in der der größere Teil zu den demokratischen Parteien wie in etablierte Positionen der Gesellschaft übergang, während der ursprünglich moralische Antrieb in einigen rasch isolierten Grup-

pen der extremen Minderheit zu Anarchismus und wachsender Gewalttätigkeit pervertierte. Da manche Politiker und Kommentatoren nicht müde werden, die Frage nach geistiger Mitverantwortung aufzuwerfen, darf eine differenzierte Beurteilung der Geschehnisse solchen Zusammenhängen nicht ausweichen. Was darin eingeschlossen ist, gehört zu den schwierigsten Vorgängen im Kräftefeld zwischen Geist und Macht überhaupt.

Der Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten“ wird im Rechtsstaat auch für die politischen Amokläufer gelten müssen, selbst wenn das Verständnis dafür in der Bevölkerung mit jedem neuen Terrorakt ein weiteres Stück zurückgeht.

Tatsache ist: Die sich für Revolutionäre halten, haben Verbrechen gegen die Humanität — teils nach einschlägigen Lehrbüchern — politisch zu rechtfertigen versucht. Wie immer ihre Gewaltanwendung epidemischen Charakter hat, sie erscheinen intellektuell besonders verantwortlich, denn ihre Sensibilität und ihre geistigen Voraussetzungen liegen weit über dem Durchschnitt. Sie entstammen vorwiegend der bürgerlichen Schicht und hatten — wenn auch voller Wut — teil an den Privilegien jener Bevölkerungsgruppe, die sich im Kern auch heute noch als akademische Elite begreift. Anscheinend waren sie von ihrer Sache derart überzeugt, daß sie nicht merken wollten, wie aus Überzeugung zunächst Dogmatismus, dann militanter Faschismus wurde. Das Wort „radikal“ erhielt durch sie vorübergehend eine falsche Gloriette.

Sie hätten — auch das steht fest — nicht während mehrerer Jahre in manischer Steigerung ihres Ziels und der ihm geltenden Methoden so viel Bewegungsraum gefunden, wenn ihnen nicht Dutzende, vielleicht Hunderte anonym oder namentlich erkennbare Hilfe geleistet hätten. Hilfe durch Schweigen und durch Handlungen. Den ebenfalls bürgerlichen Kreis der anfänglichen Sympathisanten, der ohne Frage idealistisch bestimmt war, wird man voraussichtlich nie ganz ergründen können. Das ist gut so. Denn es geht



nicht um totale Fahndung. Es geht nicht um den Triumph der Aufgebrachten und Verhetzten: den umgekehrten Verfolgungswahn. Es geht um die Einsicht in begangene Fehler. Hinter manchen Wohnungstüren, hinter denen sehr differenziert urteilende Zeitgenossen leben, war man eine Zeitlang keineswegs hellichtig gegenüber den Verheerungsmöglichkeiten des politischen Extremismus.

Die Motivationen dafür reichen offensichtlich über das eindeutig Erklärbare hinaus. Diffizilste psychische Verwicklungen zwischen lauter Einzelpersonen wirken mit, gewiß auch ihr weitgehend unerfüllbares Verlangen nach Gemeinsamkeit. Ins Spektrum gehört, glaube ich, die Selbsterfahrung einer Handlungsschwäche bei vielen theoretischen Begabungen. Sie kann dazu führen, die Aktion an sich als Reibungskontakt mit der Wirklichkeit als eine Leistung anzusehen, zu der man sich überwinden muß. Das Ergebnis ist nicht selten Aktionismus. Hinzu kommt die Neigung nicht nur junger Intelligenzen, in der Verletzung der gesellschaftlichen Norm grundsätzlich ein Positivum zu sehen und sie durch historische Vergleiche zu überhöhen. Die Grenzen zwischen dem Extravaganten und dem Extremistischen sind häufig ungenau auszumachen.

Vor allem kommt man über eine grundsätzliche Schwierigkeit des politischen Engagements nicht hinweg: Die Unbeweglichkeit des gesellschaftlichen Zustands wider alle Vernunft vermag gerade die beweglichsten Köpfe zur Verzweiflung zu bringen. Zu einer Resignation, die auf der Einsicht basiert, daß durchgreifende Veränderungen mit legalen Mitteln in kurzer Zeit und von kleinen Gruppen, die sich als Avantgarde verstehen, fast niemals verwirklicht sind.

Es gibt neben der Geistesgeschichte der Revolutionen auch eine Geistesgeschichte der Vergeblichkeit des Aufruhrs, den politische Ideen entzündeten. Aus dem Wechsel der Herrschaft, den Gewalt herbeiführte, ging mit der neuen Klasse der Privilegierten regelmäßig auch der Verrat an der Ursprungsidee hervor. Ein Teil der Verschwörung zu dauernder Illegalität erklärt sich daraus. Die Solidarität der Enttäuschten droht immer wieder umzuschlagen in die Bereitschaft zum Exzeß, der die Selbstaufgabe einschließt. Kamikaze-Wahn: Vor die Entscheidung gestellt, nichts oder das Äußerste zu tun — denn Alternativen geraten in diesem Stadium meist nicht mehr in den Blick — entschließt sich eine versprengte Gruppe zu Terror und Gewaltanwendung, koste es, was es wolle.

Die Tatsache, daß Baader, Meinhof und andere zu Anfang mit einem gewissen Verständnis ganz allgemein unter den mit dieser Gesellschaft Unzufriedenen rechnen konnten, kennzeichnet unter anderem ein diffus gewordenes Verständnis von Toleranz. Eine relativ liberale Ordnung gibt anarchistischen Randgruppen mehr Chancen als jeder totale Staat. Um so wichtiger war und ist es, daß sich geistige Orientierungspersonen der Studentenbewegung mit zweifelsfreier Entschiedenheit von Baader, Meinhof und allen denkbaren Nachfolgern distanzieren.

### Neue Motivation

Inzwischen ist ohnehin ein Alarmzustand des demokratischen Bewußtseins bei sehr vielen erreicht. Uralte Erfahrungen werden gegenwärtig von neuem gemacht, wie diese: Intelligenz, losgelöst von Moral, Gefühl und Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit, vermag vernichtend zu wirken. Die Terrorgruppe 2. Juni und die Stockholmer Attentäter können mit keinerlei unterschwelliger Unterstützung bei irgendwelchen Bevölkerungskreisen mehr rechnen. Sie wütet nur noch gegen alles und jeden, der sich als mitbetroffen empfindet, wenn in Deutschland wieder einmal um die Demokratie gerungen wird.

Diese Auseinandersetzung ist es, von der eine neue Motivierung der kritischen Köpfe und Kreativen für die unmittelbare politische Mitverantwortung ausgehen könnte, ja müßte. Wir alle sind herausgefordert durch die öffentliche Frage nach den geistigen Ursachen für Gewalt.

In der praktischen Politik finden ständig Transformationen ein und derselben Inhalte von der fachlich meist außerordentlich komplizierten Ebene ins hochgradig emotionale Terrain der Öffentlichkeit und wieder zurück statt. Die Form der Auseinandersetzung wechselt dementsprechend rapide. Wie politische Intelligenz ihre Ziele umwandelt in mehrheitsfähige Vereinfachungen und welcher Mittel sie sich dabei bedient — ob mit einem Grad von Aufrichtigkeit oder opportunistisch —, daran vermag man die Qualität einer Politik abzulesen. Der Mechanismus der Transformation ist das abgründige Thema aufklärerischer Publizistik.

Ginge es in der öffentlichen Auseinandersetzung um die beste Politik für die Bundesrepublik rational zu, gäbe es auf lange Sicht kein brennenderes Thema als die strukturelle Veränderung unserer Wirtschaft unter den Handlungsgesetzen der radikal neuen Dimensionen



der Grenzen des Wachstums, der Energiepreise, der Umweltkatastrophen und Bevölkerungsexplosion.

In dieser Lage braucht der Staat seine Bürger. Er braucht gerade die kritischen und unabhängigen unter ihnen, und zwar in allen demokratischen Lagern — nicht zuletzt unter den modernen Konservativen. Unser Grundgesetz, dieser schwierige Auftrag zur Erfüllung einer demokratischen Gesellschaft, so oft zitiert wie in der Praxis außer acht gelassen, enthält in Artikel 14 die Forderung nach der Sozialbindung des Eigentums — eine christliche Forderung, die im Kern vieles anders will als die Besitzaufteilung und Gewaltausübung, die in unserem Land selbstverständlich geworden ist. Was im Grundgesetz

nicht ausdrücklich gesagt ist, aber für die Qualität und den Bestand der Demokratie in Deutschland mindestens ebenso viel Bedeutung haben müßte, das ist die ergänzende Forderung nach der *Sozialbindung der Intelligenz*. Die *res publica*, die öffentliche Sache, erfordert sie. Denn überall, in der Wirtschaft, den Parteien, den Berufsorganisationen, den Kirchen, in allen Organen des öffentlichen Lebens dominieren Intelligenzen im Besitz von Fachwissen mit entsprechendem Einfluß und ökonomischem Gewicht. Sie in erster Linie auf das Gemeinwohl zu verpflichten, ist genau so ideal gedacht wie der grundgesetzliche Anspruch an das Eigentum, doch beides ist niemals ein abgelegtes, vielmehr ein für unsere Zukunft lebensnotwendiges Ideal.



## Die Bedingungen der Reform

*Im Vorwort zu dem in diesen Tagen im R. Piper & Co. Verlag, München, erscheinenden Buch des Autors „Reform als politisches Prinzip“ heißt es: „Wie lassen sich überhaupt Reformen durchführen — unabhängig davon, ob sie im einzelnen als wünschenswert oder notwendig angesehen werden? Hat man nicht womöglich zuviel über Inhalte gestritten und dabei, einigermaßen naiv, aus subjektiven Wünschen deren objektive Realisierbarkeit abgeleitet? Was ist das eigentlich: eine Reform? Und gibt es so etwas wie strategische Prinzipien von Reformen? Was sind die Bedingungen ihrer Möglichkeiten? Wo liegen die Hindernisse, wo die Grenzen? Darüber ist, überraschend genug, sehr wenig bekannt. Ganze Bibliotheken lassen sich mit Büchern zum dramatisch attraktiven oder traumatisch verstörenden Thema ‚Revolution‘ füllen; aber an Analysen zum Begriff und zur Sache der Reform fehlt es nahezu völlig.“*

*Aus dem Buch werden hier mit freundlicher Genehmigung des Verlags die beiden Kapitel „Bedingungen der Reform“ und „Die Demokratie vor den Grenzen des Wachstums“ abgedruckt, in denen es insonderheit um das (nicht nur ökonomisch zu verstehende) Konkurrenzprinzip als eines der bewegenden Momente für Reformen und um dessen zukünftige Bedeutung geht.*

„Es ist nicht selbstverständlich, daß eine Reform deshalb, weil sie uns notwendig erscheint, auch möglich ist.“ Dieser Satz wurde gleichsam en passant in einem Gutachten der ersten Nachkriegszeit zur Hochschulreform formuliert<sup>1)</sup>. Er deutet ein strategisches Problem an — und nimmt eine inzwischen reich belegte Erfahrung vorweg. Wählt man nämlich die Hochschulreform als Beispiel und überblickt man die Zeit seit 1945, so werden zwei Tatbestände — und ihr Kontrast — erkennbar:

Auf der einen Seite gab es schon frühzeitig eine umfangreiche Reformdiskussion und zahlreiche Reformvorschläge und eine umfangreiche Diskussion von Plänen, die bereits in der Besatzungszeit entstanden, bis hin zu den „Empfehlungen“ und „Anregungen“ des Wissenschaftsrates. Neben den ex officio mit Reformfragen befaßten Gremien sind auch zahlreiche Gruppen aus eigener Verantwortung tätig geworden; lediglich als Beispiel sei der „Hofgeismarer Kreis“ genannt. Zugleich haben empirische Untersuchungen versucht, den Reformern Material zu liefern. Wiederum nur als Beispiel seien die von H. Pleßner herausgegebenen „Untersu-

chungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer“ angeführt<sup>2)</sup>.

Sieht man sich andererseits das praktische Ergebnis all dieser Bemühungen an, so kann man es eigentlich nur als deprimierend bezeichnen: Bis in die späten sechziger Jahre, als dann die Revolte der Studenten hastig improvisierte Reformen erzwang, ist nichts oder doch fast nichts geschehen. Selbst um ein vergleichsweise drittrangiges Problem wie die Kolleggeldreform stritt man sich viele Jahre hindurch ohne Ergebnis, von kühneren, wirklich strukturverändernden Reformvorhaben nicht zu reden. Die deutsche Universität erschien eben als „im Kern gesund“, und so beschränkte man sich im wesentlichen auf den Wiederaufbau, den Ausbau und die Vermehrung der vorhandenen Institutionen. Aber von der mangelnden geistigen, moralischen, praktischen Aufarbeitung der eigenen, unmittelbaren politischen Vorgeschichte und Verantwortung einmal ganz abgesehen, war doch klar erkennbar, daß Größenwachstum, Massenbetrieb, Hierarchisierung und Bürokratisierung den Rahmen der überkommenen — auf die kleine Zahl und weitgehend auf Honorarientum und Informalität der internen Entscheidungsprozesse angelegten — Universität längst gesprengt hatten und sie zunehmend mit Funktionsunfähigkeit bedrohten. „Das trifft alle Beteiligten, die Professoren, den wissenschaftlichen Nachwuchs und die

<sup>1)</sup> Das sogenannte „Blaue Gutachten“ in der britischen Besatzungszone aus dem Jahre 1948. Vgl. „Dokumente zur Hochschulreform 1945—1959“, hrsg. v. d. Westdeutschen Rektorenkonferenz, Wiesbaden 1961, S. 291. — Die „Dokumente“ geben einen Überblick über die Reformdiskussion bis 1959.

<sup>2)</sup> 3 Bde., Göttingen 1956.



Studenten, mit gleicher Härte, und die ‚Begegnung‘ der verschiedenen Gruppen vollzieht sich deshalb immer ausgeprägter in der Form wechselseitiger Vorwürfe und Vermissungserlebnisse.“<sup>3)</sup> Der Satz stammt aus dem Jahre 1963. Was kam und was dann fast über Nacht so vieles — auch Wertvolles — hinwegfegte, hätte nicht im Detail, wohl aber im Prinzip sich eigentlich voraussehen lassen müssen.

Von dieser nachträglichen Einsicht her drängt sich die Frage auf: Warum ist es, wenn doch an Plänen und an gutem Willen jedenfalls vieler der Beteiligten und Verantwortlichen kein Mangel herrschte, nicht beizeiten zu wirksamen Reformen gekommen? Was muß denn, wenn eine Krisensituation deutlich sich abzeichnet, erst alles geschehen, bevor wirklich etwas geschieht? Bedurfte es in der Tat erst der Studentenrevolte, sozusagen des rüden Zähnefleischens und der Gewalt keineswegs nur gegen Sachen?

Solche Fragen erweisen sich jedoch als im Grunde falsch gestellt. Denn sie setzen die Möglichkeit von Reformen — gewissermaßen als „natürlich“ — naiv voraus, gesetzt nur, man habe einen Plan. Die Wahrheit steckt eher in der Sentenz der Dreigroschenoper: Man mache einen Plan und noch einen — „gehn tun sie beide nicht“.

„Natürlich“ ist für einmal bestehende Institutionen weit mehr, daß sie beharren, allenfalls gemäß „Parkinsonschem Gesetz“ sich aufblähen und jeder Veränderung sich widersetzen. Für soziale Institutionen gilt, was man ihre Dinosaurierreaktion nennen könnte, falls es zutrifft, daß jene ehrwürdigen Riesenachsen den Herausforderungen und Gefahren ihres Daseins nur durch Größenwachstum und stets vermehrte Panzerung zu begegnen wußten und deshalb schließlich in der Sackgasse ihres Wachstums und ihrer Starrheit zugrunde gingen. Ins Symbol gefaßt: In den fünfziger Jahren tauchte im politischen Tageskampf um Fragen der Wiederbewaffnung ein Plakat auf, das einen Saurier zeigte, mit der Unterschrift: „Ausgestorben — zuviel Panzer, zuwenig Gehirn“. Das traf offensichtlich zu tief; das Plakat wurde gerichtlich verboten. Erstaunen sollte deshalb nicht das Beharren erregen, sondern die gelungene Veränderung. Sie ist das Problem.

Der Mechanismus der Dinosaurierreaktion läßt sich recht einfach ermitteln: Jede soziale

Institution schafft Führungspositionen und verfestigt Führungsgruppen, denen die Macht innerhalb der Institution, die durch die Institution nach außen ausgeübte Macht, sowie das der Macht zugeordnete Prestige, Selbstwelterlebnis und Spitzeneinkommen in erster Linie zufallen. Sie befinden sich auf der Sonnenseite des Bestehenden; sie entwickeln konservative Interessen und Ideologien der Selbstrechtfertigung; sie reagieren — subjektiv völlig verständlich — auf drohende Veränderungen mit defensiver oder aggressiver Gegenwehr. Sie fungieren dabei als Vetogruppen um so erfolgreicher, je mehr es ihnen gelingt, als die „Insider“ — die sie ja sind — ihr Urteil als das der allein Sachverständigen, der Experten auszugeben und jede von außen oder „unten“ andrängende Kritik als das unverantwortliche, bloß gefühlsbestimmte Gerede von Laien, wenn nicht von Böswilligen, von „subversiven Kräften“ abzuwerten, die von machtgerigen Verschwörern, Hintermännern, Drahtziehern als „nützliche Idioten“ verführt und gelenkt werden. Der Ideologieverdacht wird so vom Bestehenden auf die Kritik umgelenkt oder zynisch abgetan: „Der Dilettantismus, mit dem in Bürgerversammlungen die großen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik behandelt zu werden pflegen, ist rührend und steril zugleich. Wenn die Staatsbürger je länger je weniger daran Gefallen finden, so darf man daraus folgern, daß sie inzwischen gelernt haben, die Grenzen ihrer Zuständigkeit zu erkennen. Sie verhalten sich systemgerecht, wenn sie sich demagogischer Verführung zur Unsachlichkeit verschließen.“<sup>4)</sup>

Auf unabweisbare, objektive Schwierigkeiten aber reagieren die *beati possidentes*, wenn irgend möglich, nicht mit Veränderung ihrer Institution, sondern mit deren Straffung und Verstärkung: Überlastete Minister, Manager oder Professoren sind in der Regel schnell bereit, ihre Apparate zu vergrößern und neue Hilfskräfte einzustellen, kaum aber, Macht zu delegieren oder gar einen strukturellen Wandel der Institution, in der sie eine Spitzenstellung einnehmen, in Betracht zu ziehen. Am Ende wird die Überlastung als Dauerzustand, der überfüllte Terminkalender, das Jagen von einer Konferenz zur anderen selbst zu einem Statussymbol — wie der Herzinfarkt, mit dem der Körper schließlich auf die Überlastung reagiert. Denn damit wird die eigene Bedeutsamkeit noch im Todesschatten bestätigt.

<sup>3)</sup> Vgl. vom Verf.: Möglichkeiten und Unmöglichkeiten einer Reform am Beispiel der deutschen Hochschulen, in: Schriften des Hochschulverbandes, H. 14, Göttingen 1963, S. 137 ff., hier: S. 140.

<sup>4)</sup> E. Forsthoff, Rechtsstaat im Wandel, Stuttgart 1964, S. 206.



Die Neigung, mit purem Größenwachstum zu reagieren, wird bei alledem um so zwanghafter, je mehr sich die Verhältnisse arbeitsteilig und hierarchisch differenzieren, horizontal und vertikal durchgliedern. Denn um so glaubhafter nimmt sich die Experten-Laien-Argumentation aus, und um so unmißverständlich wird zugleich die Macht- und Prestigeprämie, die der jeweiligen Führungsgruppe zufällt. Mit anderen Worten: Ist die „Dinosaurier“-Entwicklung erst einmal in Gang gekommen, so wird sie im Maße ihres Fortschreitens immer unwiderstehlicher und zwanghafter.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Selbstverständlich gab und gibt es in allen Bereichen immer wieder Beispiele dafür, daß einzelne oder Teilgruppen aus der Schicht der Herrschenden sich kritisch gegen das Bestehende wenden und Reformen durchzuführen versuchen, selbst wenn dadurch ihre eigene Vorzugsstellung in Mitleidenschaft gezogen wird. Aber die Regel ist das verständlicher Weise nicht.

Für die Untersuchung und Darstellung der hier gemeinten Zwänge liegt übrigens ein Muster großen Stils vor: Marx' Analyse des Kapitalismus, der, in den Mechanismen seines „Fortschritts“, von Akkumulation und Konzentration gefangen, dem eigenen Wachstumsgesetz ausgeliefert ist und mit eben seinem Erfolg, zu strukturellen Wandlungen unfähig, sich die Totengräber schafft und damit schließlich das eigene Grab bereitet. Marx erkennt, daß es wegen der Zwanghaftigkeit der Entwicklung mit bloßem Zureden und mit Moralisieren, auch mit durchaus möglichen selbstkritischen Einsichten von Teilen der Bourgeoisie nicht getan ist; alles Moralisieren führt letztlich ins Reich der Utopie. Abhilfe, wirkliche Veränderung kann vielmehr nur durch die Ausbildung kritischer Gegeninstanzen, von *Gegeninstitutionen* her in Gang gebracht werden, die zwar schicksalhaft auf das Bestehende hin angelegt sind, jedoch eben im Sinne seines kritischen Gegenpols, einer Gegenmacht. Diese Gegenmacht entsteht mit dem Proletariat, mit seiner Bewußtseinsbildung und Organisation.

Die Analyse ist konsequent und leuchtet ein. Sie bricht allerdings in ihrem letzten, entscheidenden Stadium kurzschlüssig ab und ersetzt die Konsequenz durch die sonst so sicher abgewiesene moralisierende Utopie, die Reform durch den Sprung in ein imaginäres Reich revolutionsgegründeter Freiheit. Was dagegen wirklich geschah, war genau das, was man auch vom Ansatz der Analyse her hätte erwarten müssen: Die erfolgreiche Aus-

bildung kritischer Gegeninstitutionen — der in Parteien und Gewerkschaften organisierten Arbeiterbewegung — erzwang durch den Druck, den sie auf ihr kapitalistisches Gegenüber und die Staatsgewalt ausübte, Schritt für Schritt die Reformen, die den Weg vom Massenelend im „klassischen“ Laisser-faire-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts zum steigenden Wohlstand, zum Massenkonsum und zum Sozialstaat unserer Epoche bezeichnen.

Dialektik ist eine *ironische* Bewegung. Gerade der sozialistische Reformdruck hat dem Kapitalismus seine nicht bloß technische, sondern soziale Modernisierung und damit das Überleben ermöglicht. Wenn daher Schumpeter — durchaus marxistisch — formuliert hat: „Die wahren Schrittmacher des Sozialismus waren nicht die Intellektuellen und Agitatoren, die ihn predigten, sondern die Vanderbilts, Carnegies und Rockefellers“ — dann gilt mindestens in gleicher Weise die umgekehrte Pointe, daß nicht in erster Linie große Unternehmer den Kapitalismus gerettet haben, sondern seine geschworenen Todfeinde: eben jene, die den Sozialismus predigten, als politische Bewegung organisierten und genau damit die Bildung kritischer, reformierend wirkender Gegeninstitutionen vorbereiteten. In der funkelnden Version Rudolf Hilferdings: „Die konterrevolutionären Wirkungen der Arbeiterbewegung haben die revolutionären Tendenzen des Kapitalismus geschwächt.“

Am Ende hat sich das kritische Gegenüber selbst institutionalisiert, das heißt als ein System der permanenten Dynamik und des programmierten Wachstums stabilisiert, das sich damit gegen allen Umsturz als gefeit erweist — freilich zugleich selbst, als institutionalisiertes System, zu keiner Transformation mehr fähig zu sein scheint, es sei denn, es fände insgesamt wieder ein kritisches und machtvolles Gegenüber. Das ist indessen ein weites Feld und kann nicht jetzt, sondern erst am Ende unserer Untersuchungen zum Thema gemacht werden. Im Augenblick lassen sich aus dem Gesagten wohl drei Folgerungen ableiten:

1. Institutionen ändern sich selten oder nie aus eigenem Antrieb. Sie tendieren vielmehr zur Erstarrung und dazu, auf Schwierigkeiten — „Krisen“ im Sinne des marxistischen Sprachgebrauchs — mit der „Dinosaurierreaktion“, mit Größenwachstum, mit Machtsteigerung und Machtkonzentration, mit Repression und Aggression zu antworten.
2. Zur Veränderung bedarf es der kritischen Gegeninstitutionen, von denen ein zureichender Reformdruck ausgehen kann.



3. Dieser kritische Reformdruck kann — obwohl häufig als bössartiger Angriff empfunden, oft auch gemeint — durch die bewirkten Reformen entscheidend zur Rettung, zur Weiterentwicklung und damit erfolgreichen, dynamischen Stabilisierung der von ihm betroffenen Institution beitragen. Die Gefahr des vernichtenden Umsturzes oder des Zusammenbruchs wächst dagegen in dem Maße, in dem es einer Institution an ihrer institutionalisierten, kritischen Gegenmacht mangelt oder in dem die Institutionalisierung der Gegenmacht gewaltsam verhindert wird: Unter dem Gesichtspunkt der fehlenden, unzureichend entwickelten und organisierten oder unterdrückten Gegenmacht könnte man eine Geschichte der Revolutionen schreiben, mehr noch vielleicht eine Geschichte der katastrophentartigen Zusammenbrüche, wie sie Deutschland in diesem Jahrhundert erlebt hat.

Für die Institutionalisierung von kritischer Gegenmacht gegen bestehende Institutionen gibt es nun grundsätzlich drei Möglichkeiten, manchmal auch ihre Kombinationsmöglichkeiten:

1. „Druck von oben“. Eine autoritäre politische Führung oder eine Diktatur, mit genügender Macht ausgestattet, kann Veränderungen befehlen und durchsetzen. So konnte zum Beispiel Stalin tiefgreifende Umwälzungen der sowjetischen Gesellschaft bewirken. Auch die forciert nachholende Industrialisierung Japans stellt ein klassisches Beispiel der „Veränderung von oben“ dar.

Bei den preußischen Reformen war es nicht anders: „Die Städteordnung von 1808 ist ausschließlich der Initiative des höheren Beamten­tums entsprungen, und ihre Einführung stieß überall im Lande auf Verwunderung, Bedenken und Beschwerden der verschiedensten Art — so gut wie nirgends auf freudige Zustimmung. Bürgerliches Selbstbewußtsein gab es — außerhalb des Beamtentums — nur im Bereich der Literatur, der Wissenschaft, Dichtung, Tageschriftstellerei ... Unzweifelhaft ist also durch die Reformtat Steins ein mächtiger Anstoß zur Belebung städtischer Selbstverwaltung in das ganze deutsche Staatsleben gekommen. Ihre Kühnheit wird erst dann recht sichtbar, wenn man sich im einzelnen anschaulich macht, wie völlig überrascht und hilflos das Bürgertum der ostelbischen Kleinstädte, aber selbst der wenigen großen Residenzen und Handelsstädte, der neu geschenkten, nicht erkämpften, ja nicht einmal erbetteten Freiheit gegenüberstand.“<sup>5)</sup>

<sup>5)</sup> G. Ritter, Stein — Eine politische Biographie, Stuttgart 1958<sup>3</sup>, S. 125 u. 267.

Autoritäre Regime sind in der Regel natürlich mehr auf Beharrung als auf Fortschritt eingerichtet; was sie dennoch in bestimmten historischen Situationen zu leisten vermögen, zeigt die Epoche des aufgeklärten Absolutismus. Ähnliches gilt für moderne Diktaturen. Selbstverständlich sind sie nicht schlechthin Instrumente der Veränderung; es gibt auch und erst recht „Beharrungsdiktaturen“. Allgemein kann man sagen, daß Diktaturen immer dann eine besondere Chance haben, wenn es entweder gilt, tiefgreifenden sozialen Wandel zu bewirken, oder wenn es darum geht, starkem Veränderungsdruck standzuhalten. Deshalb erweisen sich heute viele Entwicklungsländer als so anfällig für Diktaturen oder Militärregime, und zwar gleichviel in welchem Sinne: Alte Oligarchien versuchen sich mit allen Mitteln zu behaupten, auch mit modernsten technisch-militärischen Mitteln — die ja oft genug frei Haus geliefert werden. Die Kräfte der Revolution aber, die Befreiung von rückständiger Tyrannei verheißen, schlagen, zur Macht gekommen, meist alsbald selbst in Tyrannei um — nur eben mit verändertem Vorzeichen.

Eine grundsätzliche Schwierigkeit liegt im übrigen darin, daß Diktaturen schwerlich die Entwicklung kritischer Gegenkräfte dulden oder gar fördern, daß sie sich durchweg als unfähig erweisen, sich am eigenen, Münchhausenschen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen. Daher pflegt sogar der Übergang von einem Gewaltregime zum anderen, wenn erst die Schwaden, die der Umsturz aufwirbelte, sich gesetzt haben, weniger zu bewirken, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Meist treten im neuen Gewande die alten Konturen, auch die alten Übel wieder hervor, und früher oder später pflegt die Erstarrung in der Sackgasse der „Dinosaurier“-Entwicklung unausweichlich zu sein. Das Beispiel Mao Tsetungs, der als alter Mann die Losung „Bombardiert das Hauptquartier!“ ausgab und in der „großen proletarischen Kulturrevolution“ bis an die Grenzen von Chaos und Bürgerkrieg den selbstgeschaffenen Staatsapparat bekämpfte und in die Luft sprengte, dürfte einzigartig sein. Ob ähnliches sich je wiederholen lassen, wenn nach dem Tode des Großen Gründers niemand mehr über dessen mythische Macht verfügt, bleibt abzuwarten.

Chruschtschow, obwohl nicht entfernt so radikal, immerhin aber sich der Reformbedürftigkeit der sowjetischen Gesellschaft bewußt, die das Brachialstadium nachholender Industrialisierung hinter sich gelassen hatte, verfügte über kein vergleichbares Prestige und scheiter-



te daher — außer an seiner eigenen Sprunghaftigkeit — an den Beharrungskräften der bürokratischen Apparate, die ja alle Macht in den Händen hielten und nicht gewillt waren, sie aufzugeben. Der noch systemkonforme, das heißt dem Marxismus-Leninismus verpflichtete sowjetische Historiker und Regimekritiker Roy A. Medwedjew sagte in einem Interview mit westlichen Journalisten: „Unsere Gesellschaft ist reformbedürftig. Chruschtschow hatte das begriffen, aber er hat nicht viel geleistet. Er hat ungefähr jede Woche eine neue Reform produziert, und dieser Übereifer hat ihn in Schwierigkeiten gebracht. Doch um Reformen kommen wir nicht mehr herum. Allerdings, am dringendsten brauchen wir zunächst einmal einen klugen Reformen. Wer das sein wird und ob es einen solchen Mann überhaupt gibt — wir können es nicht sagen.“<sup>6)</sup>

Damit wird exakt das Dilemma bezeichnet: Worauf es ankäme, was die Reformen vor allem anderen leisten müßten, wäre eine Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen, die Weckung von Eigenverantwortung und Initiative auf unterer Ebene. Aber die Reformen werden einzig vom Zentrum, von der Spitze her erwartet — und können unter den gegebenen Bedingungen wohl auch nur von dort kommen.

Es handelt sich keineswegs um ein neues und nur in der Sowjetunion anzutreffendes Problem. Grundsätzlich stellt es sich überall dort, wo Verwaltungszentralismus zum beherrschenden politischen Instrument geworden ist und wo demzufolge Freiheit kaum als Partizipation, statt dessen in erster Linie als Verteidigung gegen staatliche Eingriffe und Übergriffe verstanden wird. Dies ist das klassische Dilemma Frankreichs, das niemand so tiefgründig erfaßt und beschrieben hat wie Alexis de Tocqueville. Der Spätabolutismus will sich vor seinem drohenden Bankrott retten durch die Aktivierung der Stände, aber er löst damit die Revolution aus, in deren Gefolge der Zentralismus nicht abgebaut, sondern vollendet wird. In der Epoche der Restauration gibt es ein starkes Bewußtsein von der Notwendigkeit dezentralisierender Reformen — aber zugleich eben den Schauer angesichts der historischen Erfahrungen, so daß alle Reformbemühungen scheitern, weil sie auf eine Quadratur des Zirkels hinauslaufen: alle Macht an der Spitze in der Hand zu behalten und sie nach „unten“ zu delegieren. Man kann das Dilemma bis hin zu dem von

de Gaulle — halbherzig genug — unternommenen Reformversuch und seinem Scheitern im Referendum 1969 verfolgen, und es erledigt sich nicht, wie der schwelende Konflikt zwischen regionalen Autonomiebestrebungen und Pariser Zentralismus ständig demonstriert<sup>7)</sup>.

Vor solchem Hintergrund drängt sich unwillkürlich die Frage auf: Dienen die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik vollzogenen oder eingeleiteten Gebiets- und Kommunalreformen eigentlich einer Stärkung der Selbstverwaltungskräfte — oder womöglich, jedenfalls im Ergebnis, nur dazu, die unteren Verwaltungseinheiten von „oben“ besser administrierbar zu machen?

Vor dem gleichen Hintergrund ist indessen auch im Rückblick auf die preußischen Reformen Skepsis am Platze. Bei aller Bewunderung für ihre Kühnheit und für die tatsächlich erbrachten Leistungen bleibt doch gültig, daß ein bürokratischer Obrigkeitsstaat schwerlich den eigenen Schatten zu tilgen vermag: „Die praktische Wirkung der Reformpläne und der Reformen auf den politisch moralischen Zustand des preußischen Volkes... muß um so geringer veranschlagt werden, als auf fast allen Gebieten, ausgenommen die Heeresreform, im Jahre 1812 der Stand der Entwicklung hinter die Ende des Jahres 1808 erreichte Linie zurückgedrängt war und die kaum geweckten Hoffnungen einer um so größeren Enttäuschung gewichen waren. Bewußter, wacher und aktiver war durch die Reform die feudale Reaktion geworden, nicht aber das Volk. Als politische ‚Partei‘ war die reaktionäre Opposition früher vorhanden als irgendeine politische oder nationale Bewegung. Den traditionellen Verbindungen des Adels als Stand mit seinen Beziehungen zum weitverzweigten System der bürokratischen Verwaltung stand keine organisierte oder durch geistige Verbindungen zusammengehaltene Meinung oder gar Bewegung gegenüber... Die soziale Reform war im Jahre 1812 teils tot, teils mühseliges Experiment, teils im Stillstand, teils rückläufig.“<sup>8)</sup>

<sup>7)</sup> Der Analyse des französischen Beispiels verdanken wir eine der wenigen gründlichen Untersuchungen zum Problem von Zentralismus und Reform: R. v. Thadden, Restauration und napoleonisches Erbe — Der Verwaltungszentralismus als politisches Problem in Frankreich, 1814—1830, Wiesbaden 1972.

<sup>8)</sup> R. Ibbeken, Preußen 1807—1813 — Staat und Volk als Idee und in Wirklichkeit, Köln u. Berlin 1970, S. 319. — Zur weiteren Entwicklung in Preußen siehe vor allem: R. Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution, Stuttgart 1967.

<sup>6)</sup> Abgedruckt in: Die Zeit, Nr. 29, 11. Juli 1975, S. 3.



2. „Druck von unten“: Agitation, Mobilisierung der öffentlichen Meinung, Demonstration, Organisation von Bürgerinitiativen, Streik, Generalstreik, schließlich und vor allem Revolution. Daß die Revolution ein Veränderungsinstrument darstellt, muß kaum eigens demonstriert werden. Das *Problem* dürfte allerdings darin liegen, daß die Revolution zunächst einmal auf die Zerstörung von Vorhandenem zielt — sei dies auch nur die radikale Auswechslung des Führungspersonals — und daß die in ihrer Komplexität hochempfindlichen Industriegesellschaften dies kaum überstehen können. Deshalb ist es schwerlich ein Zufall, daß nicht nur die bürgerlichen Revolutionen der Vergangenheit, sondern auch die sozialistischen unseres Jahrhunderts — entgegen den ursprünglichen marxistischen Erwartungen — nicht etwa in den hochentwickelten westlichen Industriestaaten, sondern in Gebieten stattgefunden haben, die zum Zeitpunkt der Revolution oder des revolutionären Krieges noch wenig entwickelt und überwiegend agrarisch bestimmt waren, wie in Rußland, China, Kuba oder Vietnam.

Um den Sachverhalt in ein Bild zu fassen: Die entfaltete Industriegesellschaft gleicht einem empfindlichen, komplizierten elektronischen Gerät, die Revolution aber einer Axt oder einem Vorschlaghammer; man kann damit das elektronische Gerät weder reparieren noch verbessern, sondern es nur zerschlagen. Von einem bestimmten Schwellenwert an wächst daher die allgemeine Angst vor der Revolution und die Gefahr von Panikreaktionen: die Gefahr, daß ein Revolutionsversuch, selbst nur die revolutionäre Agitation, lediglich Unterdrückungsstrategien und dem Terror der Konterrevolution zum Durchbruch verhilft. Dafür gibt es von Deutschland bis Chile viele düstere Beispiele. Der kritische Schwellenwert dürfte vor allem dann erreicht sein, wenn es bereits starke Mittelschichten gibt, unter Umständen auch: wenn eine Arbeiterelite entstanden ist, die etwas zu verlieren hat und sich jedenfalls vor dem Hintergrund der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung als privilegiert empfindet.

Ein weiteres Problem liegt darin, daß die gar nicht oder nur wenig organisierte revolutionäre Spontaneität der Massen nur zu leicht zum Opfer von zielbewußten Kadergruppen wird, welche die Führung an sich reißen, den unerläßlichen organisatorischen Rückhalt herstellen, um alsbald die Bewegung von „unten“ in eine neue, straffe Herrschaft von „oben“ zu verwandeln. Der Ablauf der russischen Revolution hat diesen Umschlag fast modellartig demonstriert; die Sprengung der

Konstituierenden Nationalversammlung im Januar 1918 und vor allem das Massaker von Kronstadt und die Beschlüsse des X. Parteitags im März 1921 markieren entscheidende Stationen. Ob Lenin, hätte er länger gelebt, die stalinistische Entwicklung aufgehalten oder gar, wie in China Mao Tse-tung, die bürokratisch-zentralistische Verkrustung gesprengt hätte, muß offenbleiben. Aber Skepsis ist angebracht; schließlich hatte Lenin selbst, anders als Rosa Luxemburg ohne Vertrauen auf die Spontaneität der Massen, das strategische Konzept der eliteartigen, als Avantgarde gedeuteten Kaderpartei entworfen<sup>9)</sup>.

Läßt man die Probleme der Revolution beiseite, so ist evident: Wohl nur selten — und unter modernen Bedingungen noch seltener als in früheren Epochen — kommt eine Reform zustande, wenn nicht „Druck von unten“, mindestens eine machtvolle Strömung öffentlicher Meinung, für sie wirkt. Das gilt um so mehr, je stärker etablierte Machtinteressen und Privilegien berührt werden, je mächtigere Widerstände sich daher im politischen Konflikt aufürmen. Geradezu Musterfälle stellen die großen englischen Wahlrechtsreformen des 19. Jahrhunderts dar: „The Reform Bill of 1867 survived because a majority of the members of both Houses of Parliament dared not throw it out. They did not want it, they did not like it, they feared what it might do, but they passed it. For the first time in the Second Reform period a majority of members felt an imperative need to make a settlement.“<sup>10)</sup>

Der teils akute, teils befürchtete „Druck von unten“ siegte über die etablierten Interessen. Dies gilt auch dann, wenn man das Wirken weitsichtiger Staatsmänner, in diesem Falle vor allem die Manöver Disraelis, keineswegs gering veranschlagt. Und es gilt noch mehr für die Geschichte der Reform von 1832, die einzig unter dem Druck massiver Agitation und heftiger Unruhen zustande kam.

Klugheit mag gebieten, dem „Druck von unten“ nachzugeben, Borniertheit dies verhindern, bis es zu spät ist. Manchmal mag auch Standfestigkeit geboten sein: Als im Bundestag einmal über die Wiedereinführung der Todesstrafe debattiert wurde und man dabei auf die Mehrheitsmeinung der Bürger ver-

<sup>9)</sup> Zur Kritik R. Luxemburgs vgl. u. a.: Organisationsfragen der Russischen Sozialdemokratie, 1904; Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, 1906; Parteidisziplin, 1914; Die russische Revolution, 1919.

<sup>10)</sup> F. B. Smith, *The Making of the Second Reform Bill*, Cambridge 1966, S. 229.



wies, sprach Carlo Schmid vom notwendigen „aufgeklärten Absolutismus“ des Parlaments; nichts anderes meint das Repräsentationsprinzip, wie es Edmund Burke in seiner berühmten Rede an die Wähler von Bristol formuliert hat: „Euer Repräsentant schuldet euch nicht nur seine Hingabe, sondern sein Urteil, und er betrügt euch, anstatt daß er euch dient, wenn er dieses Urteil eurer Meinung zum Opfer bringt.“

Doch ob man dem „Druck von unten“ nun nachgibt oder standhält, in jedem Falle signalisiert er politische Strömungen, Möglichkeiten und Gefahren und macht damit angemessene Reaktionen jedenfalls prinzipiell möglich. Wo dagegen nichts herrscht als das Ideal des Unpolitischseins, die Scheinidylle von Ruhe und Ordnung, da sollte dies im modernen Zeitalter keineswegs als Zeichen der Sicherheit, sondern im Gegenteil als Alarmsignal gewertet werden: Früher oder später wird es zur Explosion des Kessels kommen, dessen Sicherheitsventile man zuschraubte.

In den Worten Tocquevilles: „Man hat oft mit Staunen die seltsame Verblendung betrachtet, mit der die höheren Klassen im alten Staate selbst zu ihrem Untergang beigetragen haben; allein, wie hätten sie sich aufklären sollen? Freie Institutionen sind für die vornehmen Staatsbürger zur Erkenntnis ihrer Gefahren nicht weniger notwendig als für die geringsten zur Sicherung ihrer Rechte. Seit mehr als einem Jahrhundert, nachdem die letzten Spuren des öffentlichen Lebens bei uns verschwunden waren, hatte den an der Erhaltung der alten Verfassung am meisten interessierten Leuten keine Erschütterung und kein Geräusch den Zerfall dieses uralten Gebäudes angekündigt. Da sich äußerlich nichts verändert hatte, bildeten sie sich ein, es wäre alles beim alten geblieben... Man darf sich (also) nicht wundern, daß der Adel und das Bürgertum, seit so langer Zeit von allem öffentlichen Leben ausgeschlossen, diese außerordentliche Unerfahrenheit zeigten, aber in Erstaunen setzen muß, daß auch die, welche die Geschäfte leiteten, die Minister, die Magistrate, die Intendanten, fast ebensowenig Voraussicht bewiesen. Viele waren in ihrem Beruf sehr geschickte Männer; sie waren mit allen Spezialitäten der öffentlichen Verwaltung ihrer Zeit gründlich vertraut; was aber die große Wissenschaft der Regierung anlangt, die ja die allgemeine Bewegung der Gesellschaft begreifen, was im Geist der Massen vorgeht, beurteilen und dessen Folgen voraussehen lehrt, so waren sie darin ganz ebenso unerfahren wie das Volk selbst. In der Tat, nur das Walten freier Institutionen kann die Staatsmänner

in diesem wesentlichen Teil ihrer Kunst unterrichten.“<sup>11)</sup>

Angesichts der deutschen „Tendenzwende“ der siebziger Jahre gewinnt diese Warnung unerwartete Aktualität — auch in der Form, in die sie der Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1975, Alfred Grosser, bei seiner Dankesrede taktvoll genug gekleidet hat: „Was mich etwas beunruhigt, ist, daß in der letzten Zeit in der Bundesrepublik so viel vom Rechtsstaat und von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gesprochen wird. Vielleicht höre ich schlecht. Aber mir scheint, die Betonung liegt etwas zu sehr und immer mehr auf ‚Staat‘ und auf ‚Ordnung‘ und nicht mehr genug auf der Idee der freien politischen Tätigkeit des einzelnen, den gerade die Begriffe Staat und Ordnung nicht zum politischen autonomen Denken und Handeln auffordern... Huldigen nicht manche Bürger der Bundesrepublik dem Staat mehr als dem Recht und erleben die freiheitlich-demokratische Grundordnung als eine Abwandlung der staatlichen Ordnung, die ihren Vätern oder ihnen selbst, im Kaiserreich oder sogar im totalen Staat, den täglichen Frieden sicherte? Vielleicht bin ich zu sehr Franzose oder denke ich zu sehr an 1933, aber es scheint mir doch, als ob in der Bundesrepublik immer mehr von der Verteidigung der Grundordnung durch den Staat die Rede sei und immer weniger von der Verteidigung der Grundfreiheiten gegen den Staat.“

3. „Druck von der Seite“, von *Konkurrenzinstitutionen* her. Den Konkurrenzdruck durch seine systematische Freisetzung für Veränderung und Fortschritt nutzbar zu machen: das ist eine Kernidee, ein Grundprinzip des Liberalismus, das vor allem — aber keineswegs nur — auf wirtschaftlichem Felde zur Anwendung gelangt.

Wo Konkurrenz herrscht, befindet sich das gesamte Wirtschaftsgefüge in ständiger Bewegung; jedes Unternehmen ist dem Zwang des Wandels unterworfen und muß eine dynamisch-aktive Zukunftssicherung durch Investitionen betreiben. Wer stehenbleibt, wer sich auf die Technologie, den Organisationsstand und die Produkte verläßt, mit denen er gestern noch erfolgreich war, der befindet sich bereits auf der abschüssigen Straße, an deren Ende der Konkursrichter wartet.

Will man den Sachverhalt besonders anschaulich machen, so kann man auf die symbolträchtige Bedeutung des Sports verweisen,

<sup>11)</sup> Der alte Staat und die Revolution, Drittes Buch, Kap. 1.



der in seiner modernen Gestalt nicht zufällig zugleich mit der kapitalistisch-industriellen Entwicklung von England aus seinen weltweiten Siegeszug antritt, alle anderen, älteren, meist regional, oft ständisch oder auch mythisch gebundenen Formen körperlich-spielerischer Betätigung zersetzend, umformend, aufsaugend. Im Beispiel: Johnny Weissmüller war der berühmteste, überlegenste Kraulschwimmer seiner Epoche. Er unterbot als erster die „Traumgrenze“ von einer Minute für 100 Meter, stellte zahlreiche Weltrekorde auf und gewann bei zwei Olympischen Spielen Goldmedaillen. 1972 aber wäre er mit seinen einstigen Leistungen gar nicht mehr zugelassen oder noch von den Mädchen geschlagen worden, über 400 Meter Freistil um eine Dreiviertelminute. Doch den Münchener Fabelleistungen des „Superstars“ Mark Spitz wird es absehbar ähnlich ergehen; größtenteils sind sie inzwischen schon überboten worden. Es ist das Gefüge aus Konkurrenz und Leistung, welches zu immer ausgefeilteren Trainingsleistungen antreibt und das ständige Vorwärts bewirkt und *erzwingt*, dessen Ende nicht abzusehen ist <sup>12)</sup>).

Ein weiteres wichtiges Gebiet, auf dem Konkurrenz als Prinzip Entscheidendes bewirkt hat, ist die Wissenschaft. Vormoderne Wissenschaft bleibt wesentlich „Scholastik“, als Orientierung an vorgegebener Autorität und als deren Auslegung — handle es sich nun um Aristoteles, um Thomas von Aquino oder auch um Marx, Lenin, Mao ... Die Dynamik der modernen Wissenschaftsentwicklung seit Beginn der Neuzeit beruht darauf, daß das Autoritätsprinzip zugunsten des Konkurrenzprinzips aufgegeben wird. Alle Theorie ist eigentlich nur Hypothesenbildung, „Wahrheit“ nichts Endgültiges und Abgeschlossenes, sondern Gelten auf Widerruf, zu messen am Kriterium der Falsifikation, der Widerlegbarkeit durch weiteren Erkenntnisfortschritt, vor allem durch den systematischen Zweifel, dessen Prinzip Descartes formuliert, und durch empirische Forschung, Quellenstudium, Experiment. In wahrhaft klassischer und über Wissenschaft im engeren Sinne weit hinausreichender Weise hat John Stuart Mill das Konkurrenzprinzip der Wahrheitsfindung in seinem berühmten Kapitel „Über die Freiheit des Denkens und der Diskussion“ dargestellt <sup>13)</sup>.

<sup>12)</sup> Zur genaueren Darstellung der Zusammenhänge vgl. v. Verf.: Sport und Industriegesellschaft, München 1974<sup>2</sup>; Sport — Eine Soziologie und Philosophie des Leistungsprinzips, Hamburg 1974.

<sup>13)</sup> J. St. Mill, Über Freiheit, dt. Neuausgabe v. A. v. Borries, Frankfurt 1969.

Schließlich und nicht zuletzt ist Konkurrenz als dynamisches Prinzip der Veränderung bestehender Verhältnisse auf politischem Felde zur Geltung gebracht worden, vor allem durch die Institutionalisierung des offenen Gegenüber von Regierung und Opposition im parlamentarischen System. Der Parteienpluralismus, die Legitimation der Mehrheitsherrschaft jeweils nur auf Zeit und der Zwang zu periodischen Neuwahlen haben nicht nur den Sinn, Freiheit als Rückbindung der Herrschenden an das Volk zu sichern — dies ist die ursprüngliche, in der ständischen Repräsentation verwurzelte Idee des Parlamentarismus —, sondern zunehmend geht es zugleich darum, die politische Ordnung in der Parteienkonkurrenz auf eine offene Zukunft auszurichten und damit vor Erstarrung zu bewahren. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß in seinem englischen „Modell“-Falle sich dieses System kraft einer eingebauten Konkurrenzmotorik sogar zur tiefgreifenden Transformation seiner selbst, zu einem stufenweisen Umbau der eigenen Legitimationsgrundlage ohne revolutionären Bruch als fähig erwiesen hat.

Insgesamt, so scheint bereits die flüchtige Skizzierung von Anwendungsbereichen es als Schlußfolgerung nahelegen, stellt das liberale Konkurrenzprinzip als Antwort auf die Frage, wie eigentlich Reformen bewirkt werden können, fast so etwas wie ein Patentrezept dar. Man sagt in der Tat nicht zu viel, wenn man behauptet, daß die Durchsetzung dieses Prinzips entscheidend dazu beigetragen hat, daß seit Beginn der Neuzeit von Europa her eine weltgeschichtlich einmalige, alle Lebensbereiche ergreifende und auch geographisch immer weiter ausstrahlende, schließlich globale Entwicklungsdynamik in Gang gekommen ist. Was nämlich das einmal durchgesetzte, als „Systemzwang“ etablierte Konkurrenzprinzip auszeichnet, ist seine gleichsam mechanische Wirkung, sein eingebauter Automatismus. In dem gewaltigen, freilich auch unheimlichen Bilde, in dem Thomas Hobbes bereits im 17. Jahrhundert den Sachverhalt vorgezeichnet hat, erscheint das menschliche Leben als ein einziges Wettrennen aller gegen alle, in dem sämtliche Bedürfnisse, Interessen und Zielsetzungen nicht mehr göttlich oder natürlich vorgegeben und begrenzt sind, sondern einzig noch relativ auf den Mitbewerber, vermittelt Konkurrenz sich darstellen: „Von diesem Rennen aber müssen wir annehmen, daß es kein anderes Ziel, keinen anderen Siegeskranz kennt als: der Erste



zu sein... Und das Rennen aufgeben heißt sterben.“<sup>14)</sup>

Vom Sterben, von der dunklen Seite des Sachverhalts wird im letzten Teil dieser Untersuchungen noch zu sprechen sein. Zunächst aber ist festzuhalten, daß von den drei Hebeln zur Überwindung der „Dinosaurierreaktion“ der „Druck von der Seite“, das Konkurrenzprinzip, sich dadurch auszeichnet, daß Veränderungen nicht allein möglich, sondern notwendig werden. Auf den aufgeklärten Autokraten, den klugen Reformen von „oben“ kann man mit dem sowjetischen Systemkritiker Medwedjew hoffen; er kann kommen oder nicht. „Druck von unten“ mag sich zu-

zeiten aufstauen und dann entladen; ob, wann, unter welchen Vorzeichen und mit welchem Resultat dies geschieht, läßt sich schwerlich abschätzen. Im einen wie im anderen Falle bleiben dem Zufall der historischen Umstände Tor und Tür geöffnet. Überdies dürfte es sich, solange das Konkurrenzprinzip nicht eine allgemeine Dynamik, die Einstellung auf eine grundsätzlich offene Zukunft erzwungen hat — am Ende als selbstverständlichen Horizont menschlicher Daseinserwartung —, eher um das Bemühen um Bewahrung oder Wiederherstellung des Überkommenen und Gewohnten, als natürlich Erlebten handeln: re-formatio als Kampf um das gute alte Recht, das verletzt wurde.

## Die Demokratie vor den Grenzen des Wachstums

Die im Auftrage des „Club of Rome“ erstellten Studien „Die Grenzen des Wachstums“ und „Menschheit am Wendepunkt“ haben lebhaftige Diskussionen ausgelöst und pessimistische Zukunftserwartungen geschaffen, die durch den Schock der Ölkrise noch entscheidend verstärkt wurden. Es stellt sich die Frage, ob Malthus auf neuer Ebene nicht auch die Industriestaaten einholt, ob der Prozeß umfassender Weltbemächtigung, die „natürliche Künstlichkeit“ menschlicher Existenz, nicht an Grenzen stößt, die die Natur selbst setzt.

Die neuzeitliche Veränderungs- und Entwicklungsdynamik beruht, wie zu zeigen war, entscheidend darauf, daß das Prinzip Reform in wichtigen Bereichen gleichsam mechanisiert, um nicht zu sagen automatisiert wurde. Mit der Institutionalisierung des „Drucks von der Seite“ im Bedingungsgefüge aus Konkurrenz- und Leistungsprinzip gerinnen Veränderung und Wachstum zum Systemzwang: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren... Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus.“

Diese Sätze aus dem „Kommunistischen Manifest“ gewinnen heute eine unerwartete und

neuartige Aktualität. Denn angenommen, die westlichen Industriestaaten würden wegen zunehmender Rohstoff- und Energieverknappung und ökologischer Probleme tatsächlich auf unüberwindbare Wachstumsgrenzen stoßen oder sogar zu einem „Minuswachstum“ gezwungen sein<sup>15)</sup>, so könnte dies das Ende all jener bürgerlich-liberalen Institutionen, Verhaltensweisen, Vorstellungen und Wertungen signalisieren, die bisher den — selbst ganz und gar wachstumsorientierten — marxistischen Zusammenbruchs- und Revolutionserwartungen erfolgreich getrotzt haben.

Falls es richtig ist, daß die westlichen Industriegesellschaften zu jenem Hobbesschen Wettrennen organisiert sind, das kein anderes Ziel, keinen anderen Siegeskranz kennt als der Erste zu sein, und in dem das Rennen aufgeben sterben heißt, dann stellt sich die fatale Frage: Treibt uns der Systemzwang der Veränderung und des Wachstums, des Konkurrenz- und Leistungsprinzips nicht unaufhaltsam an jene Grenze, an jenen „point of no return“ heran, hinter dem keine Stabilisierung mehr möglich ist, sondern nur noch der Absturz in die Katastrophe?

Unwillkürlich wird man an das erinnert, was Tocqueville vor beinahe schon anderthalb Jahrhunderten schrieb: „Die christlichen Völker scheinen mir heute ein erschreckendes Schauspiel zu bieten; die Bewegung, die sie davonträgt, ist schon zu stark, als daß man sie aufhalten könnte; doch sie ist noch nicht

<sup>14)</sup> Human Nature, The English Works, ed. Molesworth, IV, Kap. 9, Abschn. 21.

<sup>15)</sup> Dies betont als Notwendigkeit u. a.: S. Mansholt, Die Krise — Europa und die Grenzen des Wachstums, Reinbek 1974, S. 93 et passim.



so reißend, daß man daran verzweifeln müßte, sie zu lenken: Die christlichen Völker halten ihr Schicksal in ihren Händen, aber bald wird es ihnen entgleiten . . . Aber daran denken wir kaum: Von einem rasch fließenden Strome dahingetrieben, heften wir den Blick hartnkig auf einige Trümmer, die man noch am Ufer wahrnimmt, während die Strömung uns mit sich führt und rücklings dem Abgrund zutrgt." <sup>16)</sup>

Doch was *kann* man tun? Uber die technologischen Probleme der Rohstoffeinsparung, des "recycling", der Umweltentgiftung und ähnliches ist bereits sehr viel gesagt und geschrieben worden, aber — merkwürdig genug — noch wenig über ideelle und institutionelle Voraussetzungen und Konsequenzen prinzipiellen Nullwachstums. Treffen jedoch unsere früheren Überlegungen über die Möglichkeiten der Reform auf der Grundlage der Konkurrenz, des "Drucks von der Seite", nur halbwegs zu, so stellt sich die Frage, ob eine Systemstabilisierung bei grundsätzlichem Nullwachstum nicht einzig unter der Voraussetzung denkbar ist, daß viele der für unsere bisherige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zentralen Funktionen außer Kraft gesetzt werden.

Es handelt sich einmal um die Unternehmerfunktion, die ja spezifisch mit Innovation und Wachstum zu tun hat. Die Ausübung dieser Funktion war — und bleibt — grundsätzlich legitim, solange "Wachstum" ein vorrangiges wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ziel darstellt. Mit der Innovationsfunktion ist zugleich ein spezifisches Risiko verbunden, von dem her die unternehmerische Prämie im Sinne von Gewinnchancen und Entscheidungsbefugnissen als legitimiert erscheint. Wenn es jedoch darauf ankäme, von Dynamik und Wachstum zu Statik und Stabilität überzuleiten, müßte dann nicht unausweichlich mit der Funktion auch deren Legitimation zerbrechen? Paradoxer Sachverhalt: Träfe die neomarxistische Zwangsvorstellung vom "Monopolkapitalismus" zu, so wäre die Unternehmerfunktion wahrscheinlich längst zur historischen Erinnerung verblaßt. Aber diese Vorstellung trifft eben nicht zu, sondern in aller Regel haben wir es mit Oligopolen zu tun, die die Konkurrenz keineswegs beseitigen, sondern sie nur in neue Praktiken und Dimensionen — zum Beispiel übernationaler Art — verwandelt haben. Um nochmals an Hobbes' Bild anzuknüpfen: Die Konkurrenz der Konzerne gleicht einem allgemeinen Wettrennen,

bei dem man die dahinrasenden Läufer nicht plötzlich anhalten kann, ohne daß alle heftig und blutig auf die Nase fallen. Als Alternative drängt sich auf, die Wettkämpfe zu verbieten und die Wettkämpfer allesamt aus der Arena zu verbannen.

Es würde jedoch auch die herkömmlich zentrale Funktion der Verbnde, besonders der Gewerkschaften, betroffen, die darin liegt, für die Mitglieder Anteile am Produktivitätsgewinn und am wirtschaftlichen Gesamtwachstum zu erkämpfen. Könnte im Dauerzustand des Nullwachstums diese Funktion noch erfüllt werden bzw. müßte sie sich nicht ins Dysfunktionale, Destruktive verkehren? Denn der Verteilungskampf gliche einem "Nullsummenspiel", bei dem, wie beim Poker, immer jemand das verlieren muß, was ein anderer gewinnt. Soll eine neue Statik erreicht werden, dann scheint mithin die Freiheit der Verbnde im Kampf um das Sozialprodukt unerträglich zu werden, vor allem die Tariffreiheit. Ohnehin funktioniert das bisherige System eigentlich nur, wenn im Durchschnitt ein jährliches Mindestwachstum des Sozialprodukts von etwa vier Prozent gesichert ist. Denn andernfalls entsteht — bei vorausgesetzter Freiheit zu Rationalisierungsinvestitionen, die wiederum eine Voraussetzung des Wachstums sind — ein rasch wachsendes Heer von Arbeitslosen. Wie das Beispiel Großbritannien zeigt, drängt bereits ein längerfristig geringfügiges Wachstum die Gewerkschaften zu verzweifelten Defensivreaktionen, die jedoch unter den gegebenen Rahmenbedingungen das Wachstum nur noch mehr drosseln und daher die Gesamtwirtschaft immer tiefer in die Krise hineintreiben.

Man macht es sich leicht, zu leicht, wenn man meint: dies alles kndige eben die vielberufene und so oft geforderte "Systemberwindung" an, und wenn es keinen Unternehmenswildwuchs mehr gäbe, dann könnte man auch auf die Autonomie der Verbnde unschwer verzichten. Kann man dies wirklich? Schumpeter hat in seinem noch immer oder schon wieder lesenswerten Buch "Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie" einmal gesagt, er könne sich die Ablösung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht anders vorstellen als in der Form einer umfassenden, zentral verwaltenden und zuteilenden Bürokratie. Dies entspricht auch allen bisherigen Erfahrungen, handle es sich nun um eine Rstungszwangswirtschaft und die Verwaltung extremen Mangels — wie in der Kriegs- und Nachkriegszeit — oder um die Lenkungssy-

<sup>16)</sup> Uber die Demokratie in Amerika, Bd. I, Einleitung.



steme, wie sie die Staaten des Ostblocks entwickelt haben.

Läßt sich aber *politische Freiheit* als Konkurrenz der Interessen und als ein Pluralismus der Meinungen und Anschauungen im Rahmen eines offenen Parteiensystems und des Parlamentarismus noch erhalten, wenn die Konkurrenz aus anderen, entscheidend wichtigen Lebensbereichen verbannt wird? Worum sollten denn — abgesehen von den „Futtertrögen“ für ihre Mitglieder — Parteien noch ernsthaft konkurrieren, wenn programmatische Alternativen von Innovationen und von Prioritäten der Wachstums-Investitionen nicht mehr zugelassen werden dürften, vielmehr alles auf ein permanentes Krisenmanagement hinausliefe? Bedarf es im übrigen nicht, um die Härte der bürokratischen Eingriffe, der Lenkungs- und Rationierungsmaßnahmen zu rechtfertigen, der einen, alles umfassenden und durchdringenden Legitimationsideologie, die keine Freiheiten des Abweichens und Andersseins dulden kann, die rigoros vorentscheidet, welche Bedürfnisse befriedigt werden und welche nicht — mehr noch: die festlegt, was überhaupt als geistiges und materielles Bedürfnis anerkannt wird und was nicht? Entsprang daher die Reaktion der Ostblock-Orthodoxie auf den tschechischen Versuch, geistige und politische Freiheit im Sinne offener Konkurrenzmöglichkeiten zu entwickeln und damit eine Reformdynamik in Gang zu bringen, bloßer Engstirnigkeit einer erstarrten Machtkaste oder womöglich nicht auch einem ehernen Systemzwang? Wachsen vielleicht im Blick auf die „Grenzen des Wachstums“ gerade dem autoritären Staatssozialismus und -kommunismus ganz neuartige Legitimationschancen zu?

Gewiß: *Bisher* haben die sozialistischen Staaten sich wesentlich durch den Anspruch gerechtfertigt, sie könnten mehr, stetiger und krisenfreier Wachstum produzieren als der Kapitalismus. Im Sinne des Leninschen „Wer — wen?“ und der Parole vom „Einholen und überholen“ haben sie sich auf das Hobbesche Wettrennen eingelassen, und dabei sind sie — jedenfalls im Bereich der Industriestaaten — meist zweite Sieger geblieben, weil sie innerhalb ihres Systems dem Wettbewerb keinen oder nur unzureichenden Raum ließen. Aber könnte sich dies nicht drastisch ändern, wenn wirklich Malthus auf neuer Ebene uns wieder einholt und — möglicherweise — das historische Experiment der offenen Gesellschaft und der demokratischen Freiheit zur weltgeschichtlichen Episode, zum letztlich fehlgeschlagenen Experiment degradiert? Wenigstens ein intelligenter Außenseiter im

kommunistischen Lager, Wolfgang Harich, hat die Problematik präzise erfaßt und so konsequent wie unverblümt ausgesprochen, daß ein Kommunismus der Askese statt des Überflusses, der Stabilität statt des Wachstums, ein Kommunismus, der die anarcho-libertären Vorstellungen vom „Absterben“ des Staates als Kinderkrankheiten endgültig abstreift, gerade dann zum Zuge kommen kann, wenn ökologische Zwänge jedes weitere, prinzipiell un gelenkte und unbegrenzte Wachstum verbieten. Der autoritäre Staatssozialismus bringt für die erzwungene Wendung wichtige Voraussetzungen mit: „Ausgeschaltet sind alle Störfaktoren, die sich im Westen aus dem System der pluralistischen Demokratie, dem Parlamentarismus, der institutionalisierten Opposition usw. ergeben.“<sup>17)</sup> Es wären also genau die Faktoren, die das Prinzip Reform politisch zu institutionalisieren versuchen. Nur der autoritär-sozialistische Zentralverwaltungsstaat kann die Bedürfnislenkung erzwingen, „falls nötig, auch durch rigorose Unterdrückungsmaßnahmen . . ., und für den einzelnen gäbe es Rationierungskarten, Bezugsscheine, damit basta“<sup>18)</sup>. So schroff, um nicht zu sagen ungeheuerlich das vorerst klingen mag, es ist nur konsequent, und Harich beansprucht — daher fasziniert von den Perspektiven, die die Studien des „Club of Rome“ aufgewiesen haben — die höhere Rationalität, die tiefere Humanität für sich: die Gleichheit aller in erzwungener Askese als Alternative zur Menschheitskatastrophe.

Nun kann und muß man natürlich sagen, daß Analysen der Strukturbedingungen einer nicht mehr unkontrolliert wachsenden, sondern grundsätzlich statischen Industriegesellschaft nicht von der Gegenwart, sondern von der weiteren — allerdings nicht mehr fernen — Zukunft reden. Zunächst wird es kaum ein prinzipielles Nullwachstum, geschweige denn „Minuswachstum“ geben. Zudem dürfte mindestens zum Teil eine qualitative Verlagerung des Wachstums in neue, energiesparende und umweltfreundliche Dimensionen möglich sein. Einige Veränderungen zeichnen sich bereits ab: Arbeits- und rohstoffintensive Industrien schrumpfen oder stagnieren; die Zukunft gehört der „highly sophisticated technology“ und den Dienstleistungen — wobei übrigens anzumerken ist, daß die Bundesrepublik, was den Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft angeht, gegenüber sonst

<sup>17)</sup> Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der „Club of Rome“, Reinbek 1975, S. 135.

<sup>18)</sup> A. a. O., S. 179 u. 167.



vergleichbaren Ländern wie etwa den Vereinigten Staaten oder Schweden einen massiven Rückstand aufweist. Eine vorbeugende Krisenstrategie könnte und müßte hier ansetzen<sup>19)</sup>.

Nur sollte man sich von alledem keine Wunder versprechen; daß die Vereinigten Staaten als fortgeschrittene Dienstleistungsgesellschaft mit den natürlichen Ressourcen sparsamer umgehen als wir, wird man kaum behaupten dürfen. Und die Zukunft wartet ja nicht; die Probleme, die sich auftürmen, sind keine Erfindungen von Unheilslüstringen. Die Aufgabe, *politische* Voraussetzungen und Konsequenzen der Stabilisierung zu überdenken, ist dringend gestellt, wenn die Beschäftigung mit den „Grenzen des Wachstums“ nicht zum ehrenwerten, aber unfruchtbaren Moralisieren verdorren soll. Harich jedenfalls hat erkannt, wie dem autoritären Staatssozialismus eine unerwartete, neuartige Legitimationschance zuwachsen könnte, und aus dem einstweiligen Außenseiter könnte unter dem Druck sich wandelnder Verhältnisse bald ein Prophet seines Lagers werden. Auch ein westlicher Beobachter hat bereits formuliert: Den Wettkampf um Butter und Kühlschränke mag der Ostblock absehbar verloren haben, aber den Kampf um die Zukunft wird er gewinnen, gerade weil er weniger erfolgreich war, also seine Ressourcen weniger angegriffen hat und die Bevölkerung an Lenkungsmaßnahmen und Entbehrungen besser gewöhnt ist<sup>20)</sup>, ganz abgesehen davon, daß vor allem die Sowjetunion noch über gewaltige natürliche Reserven verfügt.

Wenden wir uns wieder der Tragfähigkeit und Zukunftsträchtigkeit politischer Institutionen zu, so kommt zum bisher Gesagten noch etwas Wesentliches hinzu. Wie die Geschichte lehrt, zerbrechen bestehende Institutionen meist nicht im direkten Ansturm ihrer erklärten Feinde, sondern die Zerstörung wird dadurch langfristig und gleichsam unterirdisch vorbereitet, daß das den Institutionen zugeordnete Ethos seine Überzeugungskraft einbüßt. In unserem Zusammenhang handelt es sich also um das konkurrenzorientierte Leistungsethos. Gibt es nicht schon seit geraumer Zeit Anzeichen seiner Auflösung? War die „Kulturrevolution“ der sogenannten „Neuen Linken“ nicht entscheidend ein Aufstand gegen dieses Leistungsethos, das als inhuman und aggressionsfördernd, als „Leistungsterror“ denunziert wurde und gegen das man vielfältige Formen der „Leistungs-

verweigerung“ proklamierte und praktizierte? Muß man nicht zugleich sehen, daß diese Verweigerung keineswegs nur Sache notorischer „Drückeberger“ war, sondern gerade sensible Angehörige der jungen Generation weithin ansprach und überzeugte?

Daß entgegen ihrer Selbstdarstellung die Bewegung der „Neuen Linken“ vorwiegend von Söhnen und Töchtern des Bürgertums in den höheren Bildungsinstitutionen getragen wurde, macht den Sachverhalt nur noch auffälliger und erweist sich insofern als folgerichtig, als diese Gruppen ja ungleich stärker als Angehörige der Arbeiterschaft und der Unterschichten vom Leistungs- und Konkurrenzprinzip zugleich geprägt worden sind und bedrängt werden. Daher sollte man sich auch nicht dadurch täuschen lassen, daß gegenwärtig die Bewegung zurückgedämmt zu sein scheint. Mindestens zu einem erheblichen Teil dürfte dies auf den Disziplinierungseffekt zurückzuführen sein, der zum Beispiel von verdüsterten Berufsaussichten und vom Numerus clausus an den Hochschulen ausstrahlt — von einem Zwang also, der insgeheim Gefühle der Entfremdung und der Sinnlosigkeit nur noch verstärkt. Wer dem offenbar unentzerrbaren Zwang jedoch eine neue Richtung weist — „Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit“ — und damit Idealismus und Opferbereitschaft anspricht, der könnte bald wieder gehörigen Zulauf bekommen — wobei freilich über die deutschen Vorzeichen eines derartigen Sinneswandels noch wenig ausgemacht ist.

Schließlich ist daran zu erinnern, daß die gedankenlose Verallgemeinerung des Konkurrenzprinzips, seine pauschale Verherrlichung und Verteidigung, seine Übertragung auf alle Lebensbereiche, tatsächlich barbarische Züge aufweist. Was wird aus denen, die im Hobbeschen Wettrennen nicht mithalten können, aus den Schwachen, Behinderten, den nicht oder nicht mehr Leistungsfähigen? Sprechen die Zunahme der Kriminalität und der Aggressivität, die Flucht in den Rausch, zur Droge, in Neurose und Nostalgie nicht eine deutliche Sprache? Was tut die Leistungsgesellschaft alternden Menschen an? Gewiß gibt es Auffangnetze, die ständig weiter ausgebauten sozialen Sicherungen und Rentensysteme. Aber ist es mit Abstellgleisen getan, wenn man den Menschen zugleich demonstriert, daß sie zu nichts mehr nützlich sind? Lebt der Mensch wirklich vom Brot allein? (Diese Fra-

<sup>19)</sup> Vgl. dazu F. W. Scharpf, *Krisenpolitik*, hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg 1974.

<sup>20)</sup> Herbert Gruhl, *Ein Planet wird geplündert — Die Schreckensbilanz unserer Politik*, Frankfurt a. M. 1975, S. 270 et passim.



ge wäre allerdings auch und nicht nur nebenher an Harichs autoritäre Bedürfnisplaner zu richten.)

Es ist also ernsthaft zu fragen, welche wirkliche Überzeugungskraft dem konkurrenzorientierten Leistungsethos überhaupt noch zukommen kann, wenn tatsächlich die Probleme so drohend sich auftürmen, die unter dem Stichwort „Grenzen des Wachstums“ diskutiert werden. Dabei ist es natürlich wiederum möglich, sogar unerlässlich, Gegenfragen zu stellen: Was sollte eigentlich als Prinzip der sozialen Statuszuweisung an die Stelle von Konkurrenz und Leistung treten? Sollen wir etwa zum Herkunftsprinzip zurückkehren, das bereits der junge Marx sarkastisch abgefertigt hat: „Der König teilt das mit dem Pferd, daß, wie dieses als Pferd, der König als König geboren wird.“ Oder sollen wir den „Beziehungen“, der Rechtgläubigkeit, dem Parteibuch und der Linientreue den Vorzug geben? Und falls wir dies alles nicht wollen, welche Alternativen bieten sich dann an, die mehr bezeichnen, als im harmloseren Falle Illusionen, im bösertigeren Regressionen? Die Pauschalurteile helfen offensichtlich in keiner Richtung weiter <sup>21)</sup>.

Wenn wir uns allerdings auf die rigorose Angleichung einlassen, wer *entscheidet* dann eigentlich über Bedürfnisse und Zuteilungen? In der Situation des verwalteten Mangels wird — eine Elementarerkenntnis politischer Ökonomie — Herrschaft nicht etwa beseitigt, sondern im Gegenteil angeeignet, und konsequent genug will Harich ja auch die Illusion verabschieden, es könne im vollendeten Kommunismus die autoritäre Staatsgewalt abgeschafft oder auch nur abgemildert werden. Muß damit aber die *Gleichheit ohne Freiheit* nicht wiederum in eine neue Form radikaler Ungleichheit einmünden, wie George Orwell es vorgezeichnet hat? Und muß es damit, entgegen Harichs Hoffnungen, nicht zu einem neuen, perfekten System bürokratischer und technokratischer Klassenherrschaft kommen — und mit ihm zu neuen, bösertigen innergesellschaftlichen wie zwischenstaatlichen Konflikten?

Jedenfalls: Die perfekte und permanente Notstandsdictatur des autoritären Staates als den vollendeten Kommunismus anzubieten, das läuft angesichts aller Perspektiven, die bisher von sozialistischen und marxistischen Denkern je entwickelt worden sind, auf einen

<sup>21)</sup> Näheres zu diesem Fragenkomplex v. Verf.: Sport — Eine Soziologie und Philosophie des Leistungsprinzips, Hamburg 1974.

makabren Scherz hinaus. Aber mit dieser Feststellung kann es ja nicht sein Bewenden haben. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Gruhl, der so eindrucksvoll die Daten zur kommenden Katastrophe zusammengetragen hat, unterscheidet sich in seinen Schlußfolgerungen von Harich im Grunde nur dadurch, daß er auch noch dessen letzte Selbsttäuschung, die vom kommenden Reich allgemeiner Gleichheit und Konfliktlosigkeit, über Bord wirft. Gruhl greift unter anderem auf die autoritäre Staatsideologie eines Ernst Forsthoff zurück, der das Entscheidende ohnehin nie verschwiegen hat: „Staatsgesinnung als Grundlage der Gehorsamsbereitschaft erwächst nicht aus der Freiheit. Die Freiheit isoliert den Menschen — sie distanziert ihn vom Staat. Sie konstituiert nichts an überindividueller Ordnung, auch nicht im Ethischen. Sie bringt keine Staatsgesinnung hervor.“ <sup>22)</sup>

Gleichwohl soll hier die Frage gestellt werden, ob es nicht doch eine Alternative gibt, die nicht — in heimlichem Aufatmen — Freiheit, Demokratie und Reform als politisches Prinzip zugunsten der Diktatur verrät. Welche Möglichkeiten denkbar wären, mag ein Gedankenexperiment anschaulich machen:

Angenommen, westliche Regierungen hätten etwa um 1960, als der Verdrängungswettbewerb des Erdöls gegenüber der Kohle spürbar zu werden begann, beschlossen, die Heizöl- und Benzinsteuern künftig Jahr für Jahr um etwa 10 Prozent zu erhöhen, und sie hätten diesen Beschluß seither durchgehalten. Gleichzeitig hätten sie beschlossen, die einkommenden Gelder für die Entwicklung von Nahverkehrsmitteln und für Maßnahmen zur Energieeinsparung einzusetzen, zum Beispiel durch Subventionierung der Wärmedämmung bei Neu- und Altbauten. Was wäre geschehen? Wahrscheinlich wäre das wirtschaftliche Gesamtwachstum weniger stürmisch verlaufen. Vor allem hätte sich dies bei der Automobilindustrie, beim Straßenbau und in verwandten Bereichen bemerkbar gemacht. Aber die Krise des Bergbaus hätte nicht stattgefunden — und vermutlich auch nicht die Erdölkrise von 1973 mit all ihren Folgen, weil einem großen Angebot eine stark gedämpfte Nachfrage gegenübergestanden hätten.

<sup>22)</sup> Rechtsstaat im Wandel, Stuttgart 1964, S. 66. — Zur weiteren Darstellung der autoritären Staatsideologie vgl. v. Verf.: Staatsideologie oder demokratisches Bewußtsein — Die deutsche Alternative, in: Nationalsozialismus als deutsches Problem, München 1974<sup>2</sup>. — Der Rückgriff auf Forsthoff bei Gruhl, a. a. O., S. 209 f.



Selbstverständlich handelt es sich nur um einen kleinen Ausschnitt aus einem insgesamt weitläufigen, überaus komplexen Problembereich, der vieldimensional vorausschauende Maßnahmen notwendig macht. Es handelt sich überdies um ein sehr vereinfachtes Modell, etwa was das gemeinsame Handeln oder die Alleingänge der zahlreichen beteiligten Regierungen betrifft. Aber ein historischer Vergleich erweist sich als informativ:

Als es im Frühstadium der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts darum ging, die Kinderarbeit in Bergwerken und Fabriken zunächst einzuschränken und dann ganz zu unterbinden, erklärten Fachleute, daß dies undurchführbar sei, weil es zum wirtschaftlichen Ruin führen müsse. In der Tat: Hätte ein menschenfreundlicher Unternehmer die Kinderarbeit in seinem Betrieb abgeschafft und die Löhne seiner Arbeiter erhöht, um sie daran zu hindern, ihre Kinder anderweitig zu verdienen, so hätte er sich alsbald aus dem Wettbewerb ausgeschlossen. (Sogar dies gilt nur bedingt, wie Robert Owen in New Lanark demonstrierte.) Aber der Sachverhalt ändert sich, sobald durch staatliche Verordnungen und Kontrollen die Kinderarbeit abgeschafft wird. Die „Spielregeln“, die allgemeinen Rahmenbedingungen des Wettbewerbs werden neu gefaßt, doch der Wettbewerb selbst geht auf neuer Stufe weiter.

Wieder handelt es sich nur um den Teilaspekt eines weiten Problemfeldes. Aber es ist klar, daß insgesamt der zähe, nie endende Kampf um Sozialreformen, der seit mehr als hundert Jahren ausgefochten wird, den Weg begehbar gemacht hat, der vom einstigen „Laisser-faire“-Kapitalismus zum modernen Sozialstaat führt. Am Gesamterfolg des reformerischen Kampfes sind alle Erwartungen zerschellt, daß wachsende Massenverelendung und, damit im Zusammenhang, ständig verschärfte Überproduktionskrisen den Marktmechanismus zum Untergang verurteilen würden.

Natürlich hinkt der Vergleich: Die Abschaffung der Kinderarbeit erforderte keine Vorausschau auf kommende Probleme, sondern nur die Reaktion auf bereits bestehende. Und Parlamente wie Regierungen wurden vom immer zunehmenden „Druck von unten“, den die Arbeiterbewegung ausübte, zum Handeln angetrieben. Wer, außer vielleicht ganz wenigen einflußlosen Außenseitern, hätte es um 1960 vermocht, die Probleme der zukünftigen Energieversorgung und demgemäß Strategien einer weit vorausschauenden Energiepolitik angemessen zu formulieren? Selbst die „Zu-

kunftsforscher“ schwelgten durchweg noch in Vorstellungen vom grenzenlosen Wachstum. Und ein kritisches Umweltbewußtsein gab es bis dahin kaum; als die SPD im Bundestagswahlkampf von 1961 einen „blauen Himmel über der Ruhr“ forderte, erntete sie kaum mehr als Heiterkeitserfolge; sie wurde sogar wegen derart „unpolitischer“ Parolen getadelt.

Macht indessen dieses Beispiel nicht auch Möglichkeiten des Wandels sichtbar? Inzwischen, in kaum anderthalb Jahrzehnten, haben sich die Verhältnisse entscheidend verändert; den Behörden fällt es immer schwerer, neue Industrieansiedlungen oder Kraftwerksbauten gegen den Widerstand der Bürger überhaupt noch durchzusetzen. Ist hinsichtlich der Rohstoff- und Energiefragen ein ähnlicher Wandel ausgeschlossen? Regierungen und Regierte werden durch die Zirkulation öffentlicher Meinungsbildung miteinander vermittelt, und wenn einerseits Regierungen mutig vorangehen, andererseits immer mehr Bürger sie entschlossen antreiben, läßt sich vieles erreichen.

Gewiß erweist sich hierzulande Optimismus immer wieder als eine Form der Pflichtvergessenheit. „Freiheit“ wird offenbar buchstäblich als Vorrecht des ungezügelten Wettrennens mißverstanden; nicht einmal allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzungen auf den Autobahnen haben sich bisher durchsetzen lassen. „Was für eine Mentalität ist das, daß eine solche Maßnahme in Deutschland nicht möglich ist? Das macht mir manchmal bange.“<sup>23)</sup>

Es ist eine Untertanen- und Schulbubenmentalität, die außer Rand und Band gerät, wenn der tyrannische Lehrer einmal nicht da ist — und die nach dem Vormund schreit, sobald Schwierigkeiten auftauchen. Eröffnet deshalb die Notstandsdictatur des autoritären Staates einen Ausweg? Bildet sie nicht vielmehr das konsequente Gegenstück der mißverstandenen Freiheit? „Menschen sind genau in dem Maße zu bürgerlicher Freiheit qualifiziert, in dem sie ihren Begierden Bindungen auferlegen . . . Eine Gesellschaft kann nicht bestehen, wenn nicht irgendwo eine kontrollierende Macht gegenüber dem Willen und den Begierden existiert, und je weniger es diese Macht in den Menschen selbst gibt, desto mehr muß sie von außen kommen. In der ewigen Ordnung der Dinge ist es bestimmt, daß Menschen von zügellosem Geist nicht frei sein können. Aus ihren Leidenschaften entstehen

<sup>23)</sup> S. Mansholt, a. a. O., S. 101.



ihre Fesseln" <sup>24)</sup>. Diszipliniertes, zukunftsbezogenes und selbstverantwortliches Handeln läßt sich allerdings nur dort erwarten, wo im Horizont einer offenen Gesellschaft und politischer Freiheit den Bürgern Verantwortung und Freiheit auch zugestanden und zugemutet werden. Den Gefahren der Demokratie kann daher nur durch Stärkung und Ausweitung demokratischer Institutionen begegnet werden, nicht aber durch deren Zerstörung. Sie käme einem Selbstmord aus Angst vor dem Tode gleich — oder vielmehr: einem Selbstmord aus Angst vor den bis zum Tode immer unabsehbaren Risiken und Wechselfällen des Lebens.

Es gibt keinen einfachen Ausweg: Ohne das bürgerlich-liberale Konkurrenzprinzip wäre die moderne Industriegesellschaft schwerlich entstanden und gäbe es ihr Wohlstandsniveau so wenig wie eine politische Ordnung der Freiheit. Mit dem blinden Wirken des Konkurrenzprinzips wird die Industriegesellschaft jedoch kaum bestehen können, ohne sich schwersten Gefährdungen auszusetzen und früher oder später wahrscheinlich Katastro-

phen zu provozieren. Sie wird zum mindesten dann nicht bestehen können, wenn die „Spielregeln“ des Wettkampfes im Blick auf die Probleme der Zukunft nicht ständig überprüft und neu gefaßt werden. Gerade darin liegt heute die entscheidende Reformaufgabe, und gerade daran zeigt sich noch einmal, daß Reform als politisches Prinzip den gestellten Anforderungen nur genügen wird, wenn es nicht in den Grenzen der Gegenwart als bloßes Reagieren und als opportunistische Anpassung sich einschließen läßt, sondern wenn es diese Grenzen in der Vorausschau auf das Kommende überschreitet.

Will man es hierauf aus Furcht vor dem Scheitern nicht ankommen lassen, so bleibt allerdings nur die ersatzlose *Abschaffung* des Konkurrenzprinzips. Damit würde man aber keineswegs nur Probleme lösen; man würde vielmehr neue und wahrscheinlich endgültig unlösbare Probleme schaffen. Daß jedenfalls die vollzogene „Systemüberwindung“ mit einem Schlage entweder die wahre Demokratie, die wirkliche Emanzipation, die vollendete Freiheit und den Frieden herbeiführen würde — oder wenigstens die allgemeine Gleichheit auf Kosten der Freiheit und eine bescheidene Idylle im Schatten der autoritären Gewalt: dies dürfte mit Sicherheit sich als die große Illusion erweisen. Um so notwendiger ist es, daß wir uns illusionslos den Herausforderungen unserer Zeit stellen, sogar dann, wenn wir niemals sicher sein können, daß wir sie bestehen werden.

---

<sup>24)</sup> E. Burke, Letter ... to a Member of the National Assembly: The Works of Edmund Burke, Boston 1839, Bd. III, S. 326. — Zum historischen Prozeß der Selbstdisziplinierung bzw. zu seinen Mängeln, die auf die Leidensgeschichte politischer Emanzipation in Deutschland verweisen: N. Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, Bern u. München 1969<sup>2</sup>; siehe u. a. die Formulierungen Bd. 2, S. 432.



## **Wilmont Haacke: Staat, Gesellschaft und politische Zeitschrift**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/76, S. 3—19

Die politische Zeitschrift scheint als Mittler der gesellschaftlichen Kommunikation im Vergleich zu den modernen Massenmedien immer mehr in den Hintergrund zu treten; dennoch hat sie weitgehend ihre ursprüngliche Funktion erhalten können: die differenzierte, umfassende und trotzdem aktuell-kontinuierliche Berichterstattung über staatliche, gesellschaftliche und kulturpolitische Angelegenheiten von Rang.

Mit ihrer gruppen- und damit meinungsbildenden Wirkung ermöglicht sie den gesellschaftlichen Diskurs und trägt so zu einem aufgeklärten Selbstverständnis des Gemeinwesens bei. Als „Schrift der Zeit“ war die politische Zeitschrift jedoch stets auch Stimme der Kritik und Opposition gegenüber herrschenden Mißständen. In diesem Sinne ist sie nicht nur ein historisch zu erforschendes ‚Zeit-Phänomen‘ zum konfliktbeladenen Verhältnis von Geist und Macht, sondern bis in die Gegenwart hinein ist sie selber politischer Akteur geblieben, der neben der — stets gefährdeten — grundgesetzlichen Meinungsfreiheit auch die wirtschaftliche Chancengleichheit zu fordern berechtigt ist.

## **Dieter Lattmann: Die Intellektuellen und die Politik**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/76, S. 20—24

Das intellektuelle Klima in der Bundesrepublik hat sich in den zurückliegenden zehn Jahren zweimal entscheidend verändert: zunächst ab Mitte der sechziger Jahre der Aufbruch zu einer in Deutschland nicht selbstverständlichen Liberalität und Reformfreudigkeit, ausgelöst durch das energische Demokratieerlangen der damals erwachsen gewordenen Generation, dann plötzlich ab 1973 der Umschwung zu neokonservativen Strukturen mit Anpassungsprozessen unter dem Druck einer „Gegenreformation“, zu der sich verändernde wirtschaftliche Voraussetzungen, der beginnende Numerus clausus und nicht zuletzt der politische Terrorismus extremer Minderheiten beigetragen haben. Auf den Ausbruch aus dem Elfenbeinturm folgte überraschend schnell ein neuer Privatismus, auf das scheinbar umfassende politische Engagement schöpferischer Intelligenzen eine neue Flucht in die Vereinzelung. Während hier und dort Verlassenheit und Trauer auf der Endmoräne der Außerparlamentarischen Opposition einen ohnmächtigen Protest aufpflanzen, kerben die Mitglieder schlagender Verbindungen sich mit neuem Stolz die Insignien ihrer Elitevorstellungen ins Gesicht. Die junge Generation steht teilweise vor verschlossenen Toren der Universitäten, Schulen und Berufe — in der Hoffnung, doch noch hineinzukommen —; sie steht in immer unbeholfenerer Weise innerlich wieder stramm. Dennoch: Die Auseinandersetzung findet statt zwischen einem bloß formalen Verständnis von Demokratie und jener Überzeugtheit, die sich mit dem bestehenden Zustand nachgerade nirgends zufriedengeben will, weil ihr der Staat, in dem wir leben, noch lange nicht als die Demokratie erscheint, die das Grundgesetz fordert. Nicht Ruhe, sondern Demokratie ist ihr die erste Bürgerpflicht.

## **Christian Graf von Krockow: Reform als politisches Prinzip**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/76, S. 25—39

Reform als politisches Prinzip ist nicht „natürlich“, sondern hat die im Bestehenden investierten Interessen gegen sich. Es erweist sich als äußerst komplex, an bestimmte wirtschaftliche und gesellschaftliche, politische und geistige Voraussetzungen gebunden. Praktisch können Reformen auf dreifache Weise — oder in Kombinationsmöglichkeiten — in Gang gesetzt werden: von oben, von einer autoritären Staatsgewalt her, durch „Druck von unten“ und durch den „Druck von der Seite“, den Konkurrenzinstitutionen auslösen. Das liberale Konkurrenzprinzip, schließlich zum Systemzwang geronnen, war für die dynamische Entwicklung, die von West- und Mitteleuropa ihren Ausgang nahm, besonders bedeutsam. Es ist jedoch die Frage, ob es nicht zunehmend an Grenzen stößt, ob es daher nicht zu den besonders dringenden Reformaufgaben gehört, seine künftige Funktionsfähigkeit zu überdenken und neu zu fassen.